

GENERATIONEN-gerechtigkeit!

Warum findet Generationengerechtigkeit im klassischen betriebswirtschaftlichen Kalkül keine Berücksichtigung?

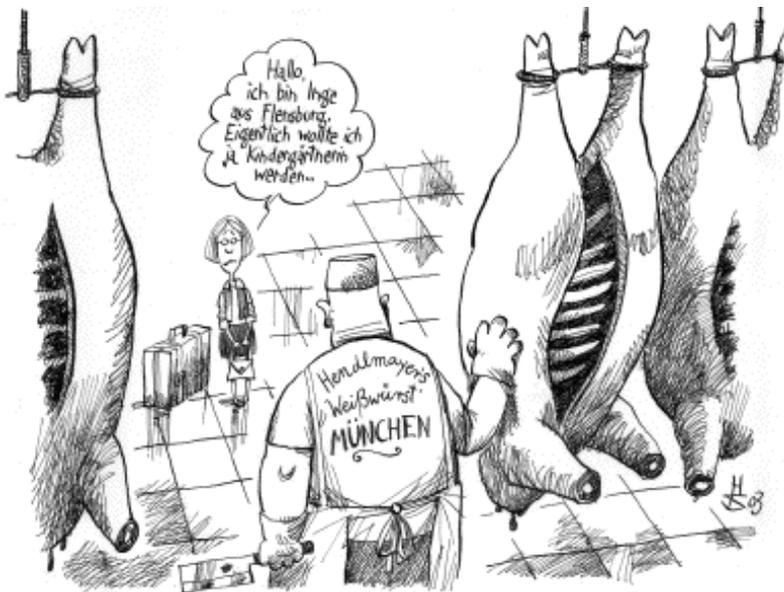
Fünf Thesen zur Weiterentwicklung der Betriebswirtschaftslehre, von Prof. Dr. Edeltraud Günther

Generationengerechtigkeit erscheint allen als wichtige Aufgabe. Doch noch hat dieses gesellschaftspolitische Ziel keinen Eingang in unternehmerisches Handeln gefunden. Warum? Eine kurze Analyse zeigt, dass die wichtigsten Parameter unseres Wirtschaftssystems die zukünftigen

Und doch gibt es Lösungsansätze für jede der Unzulänglichkeiten.

1 Zukünftigen Generationen fehlt der monetäre Wert

Zukünftige Generationen stellen die künftigen Mitarbeiter, Kunden und Eigentümer eines Unternehmens dar.



Generationen außen vor lassen. Ein rationales Agieren im Rahmen dieses Systems - so wie es heute gelebt wird - lässt Generationengerechtigkeit nicht zu.

Doch heute beeinflussen Sie weder die Kosten- noch die Erlösstruktur dieses Unternehmens. Die fehlende kurzfristige

(weiter auf Seite 4)

Generationengerechtigkeit im Bundestag

Buchpräsentation findet großes Interesse. Interfraktionelle Initiative für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit gestartet, vom Vorstand der SRzG

Die Bilanz der Buchpräsentation des 'Handbuch Generationengerechtigkeit' am 25.6.03 in Berlin kann sich sehen lassen. 40 Abgeordnete und deren Mitarbeiter aus allen Parteien ließen sich über Generationengerechtigkeit informieren. Die SRzG erreichte vor allem die Nachwuchspolitiker: Das Alter der Anwesenden lag deutlich unter dem Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten von 50 Jahren. Das *heute-journal* nahm die Veranstaltung sogar als Auf-

hänger für seinen zehninütigen Einleitungsbeitrag, den Moderator Claus Kleber mit den Worten einleitete: „Junge Abgeordnete in Berlin merken allmählich, dass dies [generationengerechte Politik] mehr mit ihrem Alter als mit ihrer Partei zusammenhängt - und tun sich zusammen.“ Der Beitrag zeigte u.a. den SRzG-Geschäftsführer Jörg Tremmel beim Vortrag und schwenkte über das Handbuch und das SRzG-Logo, ohne

(weiter auf Seite 32)

In dieser Ausgabe

Thema: Generationengerechtigkeit und Unternehmen

Warum findet Generationengerechtigkeit im klassischen betriebswirtschaftlichen Kalkül keine Berücksichtigung? von Prof. Dr. Edeltraud Günther

Generationengerechtigkeit im Bundestag vom Vorstand der SRzG 1

Editorial, Impressum 2

Welche Nutzen oder Risiken sind für Unternehmen mit den Themen „Nachhaltigkeit“ und „Generationengerechtigkeit“ verbunden? von Volkmar Lübke 3

Generationengerechtigkeit und Unternehmen von Elmar Sing 5

Betriebliche Altersversorgungsmodelle - 7 Wie kann man Generationengerechtigkeit im Unternehmen implementieren? von Ralph Glatz und Joerg Schlichtmann

Generationengerechtigkeit und die betriebliche Säule der Rentenversicherung von Daniel Bahr 9

Generationengerechtigkeit als Spiegelbild der Sustainability-Prinzipien. von Michael Hölz 10

Der Mangel an Ausbildungsstellen ist nicht generationengerecht von Jörg Tremmel und Katja Heller 12

Der Globale Pakt - Gemeinsame Werte für den globalen Markt von Thomas Dreiling 14

Für und Wider der Diskontierung Abschied von einem Grundpfeiler der Wirtschaftswissenschaften? von PD Dr. Reimund Schwarze 16

Generationengerechtigkeit aus ökonomischer Sicht: Abdiskontierung - die ökonomische Art der Zukunftsbewertung in der Diskussion von Jörg Tremmel 19

Die politische Feder
Die Generationen zwischen Konsens und Konflikt - eine Herausforderung für die Politik von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 22

Nicht zukunftsfähig! - Generationengerechtigkeit im Wirtschaftsstudium von Thomas Wiechers 25

Hessen - Hier ist die Zukunft von Dr. Alois Rhiel 26

Bücher 29

Interna SRzG 32

Berichte 45

Ankündigungen 49

Editorial



Unternehmen sind wichtige Akteure, wenn es um Generationengerechtigkeit geht. Deshalb werden wir uns in den nächsten Monaten verstärkt dem Thema „Unternehmen und Generationengerechtigkeit“ widmen. Mit der vor Ihnen liegenden Zeitschriftenausgabe macht die SRzG dazu den ersten Schritt, der zweite und dritte sind der Generationengerechtigkeits-Preis (vgl. Seite 50) und das Symposium zum gleichen Thema in Arnoldshain mit Beteiligung von Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen im Herbst 2004.

Die Recherche für dieses Heft ergab, dass der Zusammenhang zwischen Generationengerechtigkeit und Unternehmen noch denkbar wenig erforscht ist und es quasi keine Literatur gibt. Zu „Nachhaltigkeit und Unternehmen“ gibt es eine Menge Literatur - aber Nachhaltigkeit ist eben ein Konzept mit intra- und intertemporalen Aspekten. Will man nur intertemporale bzw. intergenerationale Aspekte im Zusammenhang mit Unternehmen untersuchen, so gibt es - das zeigen auch die Beiträge - drei besonders relevante Themenfelder:

1.) Ökologische Unternehmensführung: Die Entscheidungen von Managern und Unternehmern bestimmen maßgeblich mit, welches Naturkapital nachrückende Generationen noch nutzen bzw. genießen können.

2.) Die Problematik der Betriebsrenten: In vielen Unternehmen haben nur die älteren Arbeitnehmer noch eine Betriebsrente. Diese Schlechterstellung der jüngeren Generation ist ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit.

3.) Ausbildungsplätze für die junge Generation: Mehr als in jeder anderen Lebensphase ist es für einen Menschen nach dem Abschluss der Schulausbildung notwendig, den Schritt hinein ins Erwerbsleben zu schaffen.

In vielen Artikeln ist dennoch weiterhin die Rede von ‚Nachhaltigkeit‘. Manche Autoren benutzen den Begriff dabei synonym zu ‚Generationengerechtigkeit‘, die meisten geben ihm jedoch eine eigene Bedeutung. Dies zeigt, dass wir von einer Verständigung über den Begriffs-

inhalt von ‚Nachhaltigkeit‘ nach wie vor weit entfernt sind (vgl. GG 1/2003).

In dem Heft beschreibt z.B. Prof. Dr. Edeltraud Günther, Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, die Möglichkeiten der Integration von Langfristaspekten in die betriebswirtschaftliche Sichtweise.

Volkmar Lübke, Dipl. Pädagoge und Kommunikationswirt, Vorstandsmitglied der Verbraucher Initiative Berlin, erläutert die Sicht des Verbraucherschutzes. Die beiden Diplom-Ökonomen Jörg Schlichtmann und Ralph Glatz erläutern die betriebliche Säule der Altersversorgung; auch der Beitrag des jungen Bundestagsabgeordneten Daniel Bahr zielt in diese Richtung.

Elmar Sing vom mittelständischen Unternehmerverband Unternehmensgrün erläutert, was für ihn ein ‚nachhaltiges‘ Unternehmen ausmacht.

Wie Unternehmen versuchen, Nachhaltigkeit bei sich selbst zu implementieren, schildert Michael Hölz am Beispiel der Deutschen Bank. Dr. Alois Rhiel, hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, stellt die Standortkampagne seines Bundeslandes vor, die unter dem Motto „Hier ist die Zukunft“ steht.

Generationengerechtigkeit aus volkswissenschaftlicher Sicht sind die Themen der Beiträge von PD Dr. Schwarze und Jörg Tremmel. Beide Beiträge gehen vor allem auf das Problem der Diskontierung ein. Die politische Feder schwingt diesmal Dr. Edmund Stoiber, bayrischer Ministerpräsident. Er zieht für die GG! die Schlüsse aus der kürzlich vorgestellten Generationenstudie 2002.

Thomas Wiechers von der Studierendenorganisation AIESEC schildert aus der Sicht der Jugend, welche Reformen er sich für das BWL-Studium wünscht, damit ‚generationengerechte Unternehmensführung‘ zumindest für die nächste Managergeneration ein Leitbild wird.

Ganz können und wollen wir uns aber auch aktuellen Themen nicht verschließen. Eine Stellungnahme des SRzG-Vorstandsvorsitzenden Jörg Tremmel zum Irak-Krieg dürfte für Diskussion sorgen, ebenso ein offener Brief des Kuratoriumsvorsitzenden Prof. Kreibich an den Bundeskanzler zum wichtigsten innenpolitischen Thema der letzten Monate, der Agenda 2010.

Eine erbauliche Lektüre wünschen Ihnen Jörg Tremmel, Stavros Antoniou

**Sie sprechen mit Ihrer
Anzeige 8000 Meinungsbildner
in Deutschland an!
Besser können Sie nicht für
sich werben!**

**Nebenbei fördern Sie unsere
gemeinnützigen Ziele.**

**Fordern Sie unsere
Mediadaten an:**

Tel. 06171-982367

Fax 06171-952566

E-mail: info@srzg.de

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Jörg Tremmel, Stavros Antoniou

Redaktion: Thomas Dreiling, Joanna Flamand, Katja Heller, Maik Hömke, Tobias Kemnitzer, Oliver C. Lange, Laura Memmert, Sandra Moritz, Adrian Schell, Kerstin Thoenes

Layout: Kerstin Hose

Konzept und Umsetzung: Jörg Tremmel

Druck: Ind.-Druck & Verlag Reisner Berthold GmbH, An den drei Hasen, 61422 Oberursel

Verlag: Eigenverlag, Oberursel,

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG, Postfach 5115,

61422 Oberursel, Tel. 06171-982367,

Fax 06171-952566,

E-mail: info@srzg.de, www.srzg.de

Die GG! wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint i.d.R. vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen, v.a. Jugendorganisationen.

Pro Jahr gibt es i. d. R. drei deutschsprachige und eine englischsprachige Ausgabe.

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder.

Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplares ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Welche Nutzen oder Risiken sind für Unternehmen mit den Themen „Nachhaltigkeit“ und „Generationengerechtigkeit“ verbunden?

von Volkmar Lübke

Im Zuge der Karriere des Begriffs der „Nachhaltigkeit“ haben wir uns auch an die Wortkonstruktion des sogenannten „nachhaltigen Unternehmens“ gewöhnt. Inzwischen versuchen zahlreiche Untersuchungen nachzuweisen, dass die „nachhaltigeren“ Unternehmen auch die erfolgreicherer Unternehmen am Markt sind. Frühzeitig vermiedene ökologische und soziale Risiken, permanente Anpassung an sich wandelnde gesellschaftliche Wertvorstellungen und die konsequente Beachtung von gesellschaftlichen „issues“, die Chancen und Risiken für die Unternehmen bergen können, sollen auch Garant für das Überleben und den mittel- bis langfristigen ökonomischen Erfolg von Unternehmen sein. Ein an Nachhaltigkeitszielen orientiertes Unternehmen erzielt darüber hinaus auch Wirkungen „nach innen“, also auf die eigenen Arbeitnehmer. Höhere Arbeitszufriedenheit, geringere Fluktuation, höhere Motivation, geringerer Krankenstand und eine entsprechende „Mitarbeiter-PR“ sind Effekte, deren ökonomischer Wert ebenfalls außer Frage steht, aber nicht immer präzise in Zahlen ausgedrückt werden kann. Theoretisch steht also der Nutzen für „nachhaltige“ oder „generationengerechte“ Unternehmen fest. In der gesellschaftlichen Praxis herrschen bei der Auseinandersetzung um die „Nachhaltigkeit“ allerdings kaum derart einfache „wenn - dann“ Beziehungen, sondern vielmehr ringen zahlreiche relevante Akteure und Konzeptionen um diesen neuen gesellschaftlichen Handlungsbereich. Dabei sind - wie in anderen Bereichen - vor allem Machtfragen relevant.

Die ökonomische und politische Macht von Großunternehmen nimmt seit vielen Jahrzehnten stetig zu. Im Jahre 1997 fanden sich unter den 100 größten Budgets der Welt nur noch 34 Staatshaushalte, die restlichen 66 Plätze wurden bereits von milliardenstarken transnationalen Konzernen eingenommen. Vor allem für Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ sind damit mögliche Abhängigkeiten verbunden, die ein verfassungsgemäßes Handeln - insbesondere im Rahmen staatlicher Wirtschaftsaufsicht - praktisch enorm erschweren oder gar unmöglich machen können.

Die Macht gesellschaftlicher Gruppen auf das Unternehmen

Der Machtzuwachs von Unternehmen wird nur selten von einem entsprechenden Zuwachs an freiwilliger Verantwortungsübernahme für die ökologischen und sozialen Folgen unternehmerischen Handelns begleitet, weshalb parallel auch zivilgesellschaftliche Reaktionen und Methoden der Einflussnahme entstanden. Wesentliche Impulse gingen dabei zunächst vor allem von externen Kritikern aus, die die Politik spezifischer Unternehmen in ihrem Sinne beeinflussen und verändern wollten. Versuche, dies nur über moralische Appelle zu erreichen, stellten sich fast immer als ineffektiv heraus. Deshalb spielten sich schnell Techniken ein, um die moralischen Argumente in die „Sprache des Geldes“ zu übersetzen - in der Analyse unternehmenskritischer Gruppen „die einzige Sprache, die im modernen Wirtschaftssystem wirklich verstanden wird“. Deren klassische Interventionspunkte ranken sich deshalb um das ökonomische Zielsystem der jeweiligen Unternehmung und betreffen vor allem die Verringerung von Absatzzahlen, die Schmälerung von Gewinnspannen durch eine Erhöhung von Kosten (z.B. des PR- und Werbeaufwands, der Versicherungsprämien, der Kapitalkosten, u.a.m.) oder die negative Beeinflussung des Aktienkurses. Als Marktakteure, die über den jeweiligen Hebel zur Veränderung verfügen, kommen so - je nach gewähltem Interventionspunkt - die Verbraucher (bzw. die öffentlichen Nachfrager), Aktionäre, Kreditgeber oder auch die Beschäftigten innerhalb des Unternehmens in Frage. Die Aktivitäten selbst werden üblicherweise in der Form von spezifischen „Kampagnen“ durchgeführt. Auch diejenigen Kampagnenziele, die primär auf die Verschlechterung des Images einer Unternehmung hinwirken sollen, werden letztlich verfolgt, um den Druck (oder das Drohpotenzial) in der ökonomischen Dimension zu erhöhen. Unternehmen, die sich nicht „nachhaltig“ oder „generationengerecht“ verhalten, müssen - insbesondere in Zeiten der „globalen Öffentlichkeit“ via Internet - jederzeit mit derartigen Entwicklungen rechnen, die sie ggf. „über Nacht“ treffen können.

Wenn du ein Schiff bauen willst,
so trommle nicht Männer
zusammen, um Holz zu
beschaffen, Werkzeuge vorzu-
bereiten, Aufgaben zu verge-
ben und die Arbeit einzuteilen,
sondern lehre die Männer
die Sehnsucht nach dem wei-
ten, endlosen Meer.

Antoine de Saint-Exupéry,

Für die Motivation von Unternehmen, sich mit den Themen „Nachhaltigkeit“ oder „Generationengerechtigkeit“ auseinander zu setzen, hat diese Form der Entwicklung allerdings bedeutsame Folgen gehabt: Bei vielen Entscheidungsträgern ist die Beschäftigung mit Nachhaltigkeits-Themen nicht aufgrund eines positiven inhaltlichen Engagements oder echter Überzeugungen zustande gekommen, sondern allein zum Zweck der Minderung von kommunikativen und ökonomischen Risikopotenzialen. Dies bedeutet zum einen, dass das Engagement endet, sobald das Risiko ausgeräumt scheint oder die Wahrnehmung des Risikos nachlässt (siehe z.B. die Endlichkeit der Argumentation mit dem Umweltnutzen in der öffentlichen Darstellung von Unternehmen), zum anderen aber auch, dass versucht wird, die Risiko-Definitionen in die eigene Definitionshoheit zu bekommen, um ihre Wirkungen besser kontrollierbar zu machen (siehe z.B. die erfolgreichen Anstrengungen von Unternehmensverbänden, das Feld der „Nachhaltigkeit“ selbst zu besetzen oder die Akzeptanzstrategien für die Gentechnik, die Risikowahrnehmungen der Bevölkerung als „reine Hysterie“ verstehen und bearbeiten).

Nachhaltigkeit wird auch von Unternehmen definiert

Für die kritische Öffentlichkeit bestehen angesichts dieser Struktur erhebliche Probleme. Zum einen ist in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob es sich bei der Berichterstattung von Unternehmen nur um reine Rhetorik oder tatsächliche

(weiter auf Seite 4)

(Welche Nutzen... Fortsetzung von Seite 3)
 (unabhängig verifizierte) Aktivitäten handelt. Zum anderen ist noch immer keine verbindliche definitorische Grundlage dessen verfügbar, was unter einem „nachhaltigen Unternehmen“ verstanden werden soll. Vielmehr steht dieser Begriff - so wie der Begriff der „Nachhaltigkeit“ selbst - nach wie vor für vielfältige Interpretationen und Definitionen offen. Die gegenwärtige Beliebigkeit, mit der dieser Begriff ausgefüllt werden kann, erscheint bedenklich, insbesondere da die Interpretation seitens der Unternehmensverbände die Dimension der „ökonomischen Nachhaltigkeit“ auf das einfache Prinzip „es muss sich auf Dauer rechnen“ zu reduzieren versucht. Bei Orientierung an dem Modell der gleichberechtigten drei Dimensionen der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit wird dadurch praktisch das Vetorecht des Profitprinzips gegenüber ökologischen und sozialen Zielsetzungen fest installiert. Aber auch bei den ökologischen und sozialen Definitionselementen der Nachhaltigkeit bewirkt die Vielfalt der Ansätze eher Probleme als Lösungen. Selbst Unternehmen, die ökologische oder soziale Teilziele verfolgen, müssen gewahr sein, dass sie von Gruppen mit anderen Wertgrundlagen öffentlich kritisiert werden. Auf der anderen Seite führen neue

Formen von „Kooperationen“ zwischen Unternehmen und NGOs zu Allianzen, bei denen die Unternehmen Optimierungsstrategien auf dem Hintergrund ihrer eigenen Kommunikationsziele entwickeln und durchsetzen können. Es wird also für die kritische Öffentlichkeit immer schwieriger, bei der Ausübung von positiven oder negativen Sanktionen gegenüber Unternehmen am Markt „mit einer Stimme“ zu sprechen. Auch für das einzelne Unternehmen ist die Reaktion von Teilöffentlichkeiten auf Aspekte der „Nachhaltigkeit“ im Unternehmensverhalten gegenwärtig zum Teil nur schwer zu prognostizieren. Im Einzelfall sind z.B. „Vorreiterunternehmen“, die den ersten Schritt zu mehr Verantwortungsübernahme mit einer Selbstverpflichtung tun, beliebte Ziele für kritische NGOs oder „Enthüllungsjournalisten“, die gezielt nach Verstößen gegen den Code of Conduct suchen, um nachzuweisen, dass es sich dabei um reine Public Relations handelt. Vor diesem Hintergrund müssen für die Zukunft vor allem zwei Bedingungen erfüllt werden, wenn die „Belohnung“ von Unternehmen am Markt erfolgen soll, die sich „nachhaltig“ oder „generationengerecht“ verhalten:
 → Der gesellschaftliche Diskurs zur Klärung dessen, was unter „nachhaltigem Unternehmensverhalten“ verstanden

werden soll, muss weitergeführt und möglichst einvernehmlich zu Ende geführt werden. Der gegenwärtigen Dominanz von Großunternehmen in dieser Diskussion muss mit geeigneten Mitteln entgegengewirkt werden.
 → Die Informationsbasis zur Bewertung der „Nachhaltigkeit“ von Unternehmen kann nicht auf der Basis von freiwilligen Selbstausskünften der betroffenen Unternehmen basieren. Hier ist sogar eine kontraproduktive Verzerrung durch die „Bestrafung“ von Unternehmen, die ehrlich auch ihre negativen Aspekte veröffentlichen, möglich. Außerdem sind viele Unternehmen gar nicht über öffentliche Märkte und ihre Nachfrage beeinflussbar. Hier ist also unbedingt eine verbindliche und sanktionsbewährte Veröffentlichungspflicht auch von sozialen und ökologischen Grundtatbeständen für alle Unternehmen ab einer bestimmten Größe einzuführen (wie es sie in vielen Staaten der Erde bereits gibt).

Volkmar Lübke, Dipl. Pädagoge und Kommunikationswirt. Vorstandsmitglied der Verbraucher Initiative Berlin, von 1992 bis 2000 in der Projektleitung des „sozial-ökologischen Unternehmenstests“.



(Warum... Fortsetzung von Seite 1)
 ge Monetarisierbarkeit macht sie für heutige betriebswirtschaftliche Entscheidungen, die meistens drei bis fünf Jahre Planbarkeit einfordern, irrelevant. Möglicher Lösungsansatz: Werden verstärkt strategische Überlegungen in unternehmerische Entscheidungen einbezogen und diese längerfristig ausgelegt, können auch die Ansprüche zukünftiger Generationen ein stärkeres Gewicht bekommen.
 2 *Zukünftige Generationen verfügen über kein Eigentum*
 Unser Gesellschaftssystem basiert auf dem Grundrecht des Eigentums. Über Eigentum definieren sich Einfluss- und auch Ausschlussmöglichkeiten. Da die zukünftigen Generationen über kein Eigentum, z. B. an den Weltressourcen verfügen, führt unser Verbrauch nicht einmal zu Schulden ihnen gegenüber.
 Möglicher Lösungsansatz: Einen Ausweg aus diesem Dilemma stellen z. B. Emissionsrechte dar, die darauf ausgerichtet sind, einen bestimmten Umweltstandard, sozusagen als Eigentum der zukünftigen Generationen zu erhalten.

3 *Unsere Zeitpräferenz führt zur Diskontierung des Werts zukünftiger Generationen*
 Auch wenn zukünftige Generationen einen Wert hätten, führt die Diskontierung als Ausdruck unserer Zeitpräferenz dazu, dass dieser Wert umso geringer wird, je weiter er in der Zukunft liegt.
 Möglicher Lösungsansatz: Die Empfehlung der EU-Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung schlägt für langfristige Verbindlichkeiten einen Diskontsatz von Null vor. Theoretisch könnte auch eine Aufzinsung in Betracht kommen.
 4 *Zukünftige Generationen sind keine Marktpartner*
 Unsere Märkte werden durch Anbieter und Nachfrager bestimmt. Da die zukünftigen Generationen weder als Anbieter noch als Nachfrager auftreten, spielen sie im Wirtschaftsgeschehen keine Rolle. Die Marktpreise reflektieren vielmehr das Austauschverhältnis zwischen den momentanen Partnern.
 Möglicher Lösungsansatz: Die Vermeidung

externer Effekte oder deren Internalisierung, z.B. motiviert durch staatliche Eingriffe, stellen einen möglichen Schritt in die richtige Richtung dar.
 5 *Zukünftige Generationen sind keine Einzelwirtschaften*
 Unser Marktsystem besteht aus einer Vielzahl von Einzelwirtschaften. Deren Handeln wirkt jedoch über die Grenzen dieser Einzelwirtschaften hinweg. Darüber hinaus lassen sich die zukünftigen Generationen nicht Einzelwirtschaften zuordnen.
 Möglicher Lösungsansatz: Strategische Allianzen, Selbstverpflichtungen der Einzelwirtschaften sowie regionale oder überregionale Netzwerke sind erste Organisationsformen für die zukünftigen Generationen.

Prof. Dr. Edeltraud Günter, Professorin für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Betriebliche Umweltökonomie, Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden



Generationengerechtigkeit und Unternehmen

von Elmar Sing

Die Generation meiner Eltern kannte Acht-Stunden-Arbeitszeit, berufliche Vielfalt, automatische Gehaltserhöhungen, gesetzliche Absicherung gegen Berufsunfallrisiken. Bereitwillig gingen die Eltern mit Anfang 50 in Frührente, bekommen für einen Euro Beitrag 1,8 Euro Rente raus und stehen durch Betriebsrenten fast besser da als vorher. Heute: Zehn-Stunden-Arbeitszeit, praktisch kein Arbeitsmarkt, Berufsunfallschutz aus der eigenen Tasche, arbeiten bis 65 plus, aus einem Renten-Euro werden 50 Cent Rente, Betriebsrenten wurden gestrichen, die Überschussbeteiligung meiner privaten Altersversorgung schmilzt dahin. Ich bekomme die Krätze, wenn ich das Wort „Generationengerechtigkeit“ höre.

Leserbrief aus WamS vom 24.11.02

Wie eine Infratest-Umfrage des SWR zum Auftakt der Themenwoche „Alt gegen Jung“ im Mai 2003 zeigt, spricht der Leserbriefschreiber für 2/3 der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren.

Höchste Zeit sich auch aus Unternehmenssicht mit dem Thema „Generationsgerechtigkeit“ zu beschäftigen, um auch in Zukunft als attraktiver Arbeitgeber noch genügend geeignete „Humanressourcen“ zur Verfügung zu haben. Zunächst ist dazu eine dreifache Differenzierung notwendig:

1. Unternehmensart und -größe

z.B. internationaler Großkonzern, mittelständisches Familienunternehmen, handwerklicher Kleinbetrieb u.ä.

2. Intra- und intergenerationale Gerechtigkeit

d.h. innerhalb einer Generation und zwischen verschiedenen Generationen

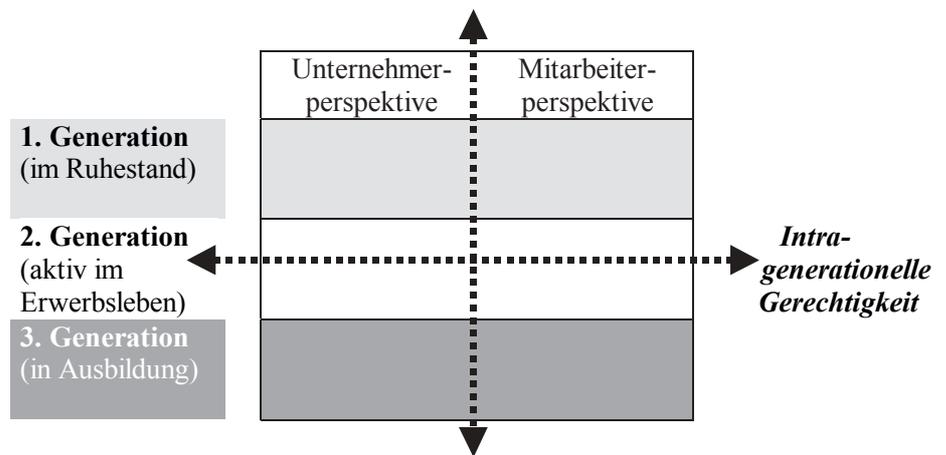
3. Unternehmer- und Mitarbeiterperspektive

z.B. Senior-/Juniorchef, Gesellschafter, Geschäftsführer bzw. Azubi, Sozialplangeschützter Mitarbeiter, freier Mitarbeiter u.ä.

Generationsbilanzen für Unternehmen

Sehr erhellend für das Thema „Generationsgerechtigkeit“ wäre, wenn aus den Jahresabschlüssen der Unternehmen deren Beitrag zur jeweiligen Generationsbilanz (Ein- und Auszahlungen für jede der 3 Generationen im Verlauf der ver-

Intergenerationelle Gerechtigkeit



Die Grafik deutet die Komplexität des Themas an, die in diesem Beitrag nur sehr vereinfacht skizziert werden kann.

bleibenden Lebenszeit) erkennbar wäre. Doch auch ohne ein solches Instrument ist die staatliche Ungleichbehandlung von Unternehmen und deren Mitarbeitern heute offensichtlich:

◆ Im Februar 2003 berichtet der *Stern*, dass jährlich 10 000 Beamte bei Post und Telekom auf Kosten der Steuerzahler vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in Pension geschickt werden. Ein Viertel davon ist sogar jünger als 45 Jahre.

◆ 3/4 aller Unternehmen zahlen als kleine und mittlere Unternehmen nicht nur mehr Steuern als die „steueroptimierten“ Konzerne (mit Sitz auf den Cayman Islands) sondern erhalten vergleichsweise weniger Subventionen. Sie schaffen überproportional viele Innovationen und Arbeitsplätze wofür sie mit hohen Arbeitgeberanteilen bei den Sozialversiche-

rungsbeiträgen bestraft werden.

◆ Viele Kleinunternehmen im Handwerks- und Dienstleistungsbereich tragen als ohnehin steuerlich benachteiligte Personengesellschaften wie ihre Mitarbeiter das volle Risiko und gehen in der aktuellen Krise Pleite mit der Folge einer enormen privaten Verschuldung, ohne dass ein Bundeskanzler mit Steuermitteln und Unterstützung der Banken zur Rettung einfliegt.

Angesichts dieser betrieblichen Realität sind beispielsweise auf den ersten Blick lobenswerte staatliche Fördermaßnahmen für ältere Arbeitnehmer kritisch zu hinterfragen: Was nützt diese Subvention einem regional verankerten Familienunternehmen, dem nie in den Sinn käme, seine langjährigen Mitarbeiter subventioniert auf die Straße zu setzen, um sie

Fördermaßnahmen für Arbeitgeber die ältere Arbeitnehmer (50+) einstellen möchten:

- Eingliederungszuschuss (Regelförderung bis zu 24 Monaten von 50% zum Ausgleich der brutto Gehaltsdifferenz). Die Bemessungsgrundlagen können pro Arbeitsamt unterschiedlich sein.
- Förderung für Weiterbildung ältere Arbeitnehmer
- Zuschuss bei „Job-Rotation“
- Bei Einstellung von Arbeitnehmern über 55 Jahre kann der Arbeitgeber von der Zahlung des Arbeitgeberanteils der Arbeitslosenversicherung (3,25%) befreit werden.
- Befristete Beschäftigung ist schon ab dem 52. Lebensjahr möglich.
- Entgeldsicherung für ältere Arbeitnehmer (Bei Beibehalten des Arbeitsplatzes kann bis zu 50% des Gehaltsunterschiedes gefördert werden).
- Das Arbeitsamt übernimmt bis zu 90% des Bemessungsentgelds der Differenz der Rentenversicherung.

www.arbeitsamt.de/hst/services/was_wieviel_wer/wawiewer.pdf

www.proage-online.de

www.etuc.org/ETUI/Publications/Books/ActStrat/ActStrat.cfm (Europäischer Vergleich)

(weiter auf Seite 6)

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 5)

dann subventioniert wieder einzustellen?

Vom 3-Generationen-Unternehmen...

Es ist kein Zufall, dass es gerade Familien- und Mitarbeiterunternehmen sind, die unabhängig von staatlichen Förderprogrammen in Bezug auf „Generationsgerechtigkeit“ neue Wege gehen:

◆ Als Reaktion auf den Spiegel-Artikel „Jugendwahn“ der Personalabteilungen (Nr.13/24.03.2003), in dem berichtet wurde, dass 60% der Unternehmen inzwischen keine Mitarbeiter über 50 Jahre mehr beschäftigt, schaltet die Brose Fahrzeugteile GmbH&Co KG in der folgenden Ausgabe eine ganzseitige Anzeige „Senioren gesucht“ (www.brose.net).

◆ Der Hildener Unternehmer Werner Brandenbusch vermittelt über sein Bellheim-Netzwerk bewährte Kräfte im Alter 55plus (www.bellheim-netzwerk.de), ähnlich der Bonner Intes Akademie für Familienunternehmen (www.intes-online.de). Brachliegende Humanressourcen der älteren Generation werden so für die sie finanzierende mittlere Generation wieder produktiv gemacht.

◆ Das Mitarbeiterunternehmen Freie Holzwerkstatt Freiburg erhielt 2000 die Auszeichnung als „familienfreundlicher Betrieb“ (z.B. flexible Arbeitszeit, betriebliches Kindergeld u.ä.) und 2001 den „Internetpreis“ des Bundeswirtschaftsministeriums für ihre „virtuelle Schreinerei“ als Verbund mehrerer Schreinereien, die u.a. den verschiedenen Lebensphasen angemessene Arbeitsformen ermöglicht (www.koncraft.de)

In Österreich nimmt die VOESTALPINE AG seit 2002 mit dem Programm

LIFE eine Vorreiterrolle ein. Ziel ist ein „3-Generationen-Unternehmen“ (für junge, mittlere und ältere Mitarbeiter) zu schaffen, um ausreichend qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte heute und morgen zu haben.

Die österreichische Industriellenvereinigung betreibt mit dem Internetportal www.arbeitundalter.at eine virtuelle Unternehmensberatung für die lebensaltergerechte Reorganisation von Arbeitsprozessen. Dort findet sich u.a. ein empfehlenswerter „Selbst-Check“ für das eigene Unternehmen.

In Deutschland hat der BDA (www.bda-online.de) einen ebenfalls sehr guten Leitfaden „Ältere Mitarbeiter im Betrieb“ für Unternehmer vorgelegt.

... zum Diversity Management

Das Beispiel VOESTALPINE zeigt, dass sowohl intergenerationelle („Lehrlinge“ und „Ältere Mitarbeiter“) als auch intragenerationelle, z.B. geschlechtsspezifische Fragen („Mehr Mitarbeiterinnen“) betrachtet werden müssen. So führt beispielsweise die unterschiedliche Lebenserwartung im demographischen Katastrophenjahr 2060 dazu, dass in Deutschland nur 30 000 über 100-jährige Männer aber 115 000 über 100-jährige Frauen leben werden.

Bereits heute suchen hochqualifizierte Arbeitskräfte (2. Generation) ihren Arbeitsplatz dort, wo sie nicht nur für ihre Kinder (3. Generation) sondern auch für ihre pflegebedürftigen Eltern (1. Generation) eine attraktive Ganztagesbetreuung finden.

Global agierende Unternehmen wie die Lufthansa orientieren sich deshalb seit einiger Zeit am Konzept „Managing Diversity“. Diesem neuen Managementan-

satz liegt die Überzeugung zugrunde, dass gerade die Vielfalt von Geschlecht, Alter, Religion, Lebensstil und sozialer Schicht zum Erfolg einer Organisation beiträgt.

Statt „Ausgrenzung“ oder „Gleichma-



cherei“ werden die Unterschiede zum produktiven Ausgangspunkt der Personalpolitik gemacht (Vgl. Sing, E., *Managing Diversity: Geschlecht, Alter, Familienstand... was noch?* In: *Zukunftsfähige Unternehmen*. Hrsg. BUND/UnternehmensGrün, ökom-Vlg. München, 2002).

Ein Beispiel dafür ist der Einsatz von bewusst altersgemischten Teams bei der Softwareentwicklung.

Vorteile altersgemischter Software-Entwicklungsteams

- Ältere liefern mit ihrer Erfahrung in der Anfangsphase sorgfältigere Aufgabenanalysen, Jüngere mehr Kreativität beim Systementwurf.
- Bei den Phasen Codierung und Modultest können erfahrene Ältere geringer Qualifizierte anleiten.
- Für die Phasen Integration, Systemtest und Implementation spielt wiederum die Erfahrung der Älteren eine große Rolle.
- Ältere, sozialkompetente Entwickler als Kundenberater und bei Supportfällen.
- Altershomogene Teams kommen schneller zu Ergebnissen mit hoher Ergebnisqualität für definierte Situationen.

• Altersheterogene Teams brauchen länger, aber schaffen hohe Ergebnisqualitäten für unterschiedliche Situationen und damit einen nachhaltigeren Erfolg.

In Europa finden sich viele weitere interessante Ansätze (www.diversityand-business.com, www.demotrans.de).

Elmar Sing ist Unternehmensberater in Karlsruhe (www.gbrteam.de) und Mitbegründer des Verbandes UnternehmensGrün (www.unternehmensgruen.de).



Das „3-Generationen-Unternehmen“ VOESTALPINE

- Weiterbildung für alle Mitarbeiter (jährlich mind. 2% der Arbeitszeit)
- Karrierechancen auch für Ältere (keine Altersgrenzen bei externen Stellenausschreibungen)
- Schwerpunkt Gesundheit und Ergonomie
- Verringerung der Nachtschichtarbeit für ältere Mitarbeiter
- 60% mehr Lehrlinge (Lehrlinge auch für andere Unternehmen in 20 Lehrberufen)
- Mehr Mitarbeiterinnen ins Unternehmen
- Förderung von akademischem Nachwuchs (Übernahme von Studiengebühren + Stipendien)
- VOESTALPINE als attraktiver Arbeitgeber (Benchmark: mind. Drittattraktivster Arbeitgeber in der Region)
- Zielvereinbarung für Führungskräfte zur Umsetzung des LIFE-Programms als Größe für den variablen Gehaltsbestandteil
- Konzernweite Umsetzung (zunächst an österreichischen Standorten, dann auch in ausländischen Unternehmen)

Betriebliche Altersversorgungsmodelle - Wie kann man Generationengerechtigkeit im Unternehmen implementieren?

von Ralph Glatz und Joerg Schlichtmann

Generationengerechtigkeit in der betrieblichen Altersversorgung

Die Generationengerechtigkeit in der Altersversorgung ist ein aktuelles Thema. Demografische Verschiebungen und überlastete Staatsfinanzen lassen in Deutschland die Diskussion um die umlagefinanzierte staatliche Altersversorgung immer heftiger werden. Eine gerechte Verteilung der Lasten fordert sowohl von der jungen beitragszahlenden Generation als auch von der leistungsbeziehenden Rentnergeneration ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Systems. Wahlpolitisch opportun ist weder die Erhöhung der Beiträge noch die Verringerung der Renten. Daher sind betriebliche und private Altersversorgung wieder stärker ins Blickfeld geraten. Von diesen beiden Säulen wird erwartet, die sich abzeichnende Lücke zwischen dem gewünschten Lebensstandard im Rentenalter und der aus der staatlichen Versorgung fließenden Rente zu schließen. Die Frage ist, wie es innerhalb dieser Systeme mit der Generationengerechtigkeit bestellt ist.

Neben der privaten Altersversorgung könnte in Deutschland die betriebliche Altersversorgung eine neue Blütezeit erleben. Die betriebliche Versorgung war bereits vor der von Bundeskanzler Adenauer 1957 eingeführten umlagefinanzierten staatlichen Rente das vorherrschende Altersversorgungssystem neben dem Sozialverbund der Familie. Durch geeignete staatliche Förderung und Anreizsysteme könnten hier langfristig Beiträge zur Schließung der Versorgungslücke geleistet werden. Dabei spielt die Ausgestaltung der Versorgung eine entscheidende Rolle.

Bei der betrieblichen Altersversorgung handelt es sich im Falle unternehmensexterner Durchführung über Versicherungen oder Pensionsfonds um kapitalgedeckte Systeme. Generationengerechtigkeit ist dann ein Thema der Nachhaltigkeit der Kapitalanlage (siehe folgender Abschnitt), da eine direkte Transferfinanzierung der jungen an die alte Generation in diesem Fall nicht stattfindet. Bei der unternehmensinternen Durchführung ist das nicht zwangsläufig der Fall. Es ist jedem Unternehmen letztlich selbst überlassen, ob es einen ausreichenden Kapitalstock zur Finanzierung

der Rentenleistung bildet oder nicht. Die derzeit mit sechzig Prozent Anteil vorherrschenden Systeme der betrieblichen Altersversorgung sind unmittelbare Pensionszusagen. Ungefähr siebzig Prozent dieser Zusagen sind nicht durch Kapitalanlagen gedeckt.

Das Thema Generationengerechtigkeit gewinnt damit in Unternehmen eine andere Bedeutung als bei der staatlichen Altersversorgung. In der vorherrschenden Form der Durchführung trägt die aktive Mitarbeitergeneration die Last der Versorgung der sich bereits im Ruhestand befindlichen ehemaligen Kollegen. An dieser Stelle stellt sich die Frage nach der Generationengerechtigkeit.

Den größten Anteil an den im Moment bestehenden Zusagen haben die sogenannten Final Pay-Systeme, die eine Rente in Bezug auf das letzte Bruttogehalt des Arbeitnehmers versprechen.

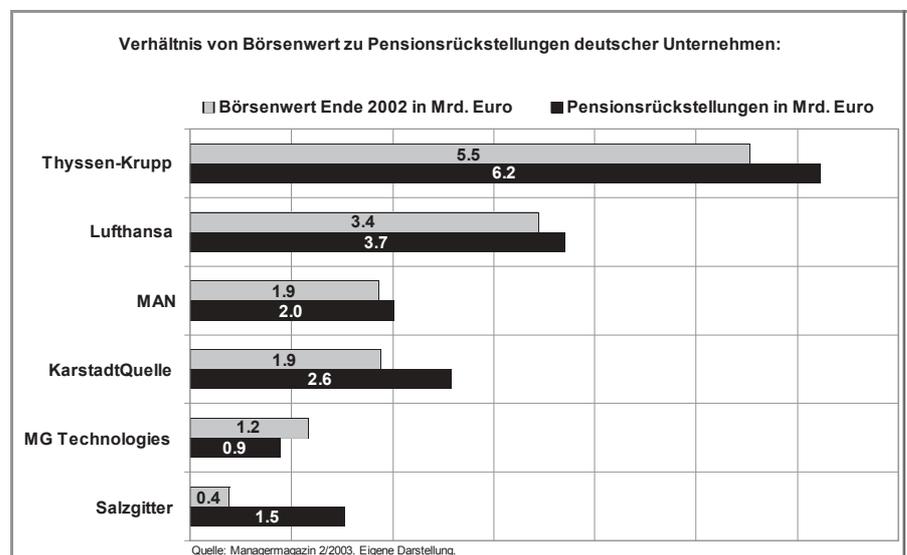
Die Unternehmen ziehen aus diesen Zusagen den Nutzen der Steuerersparnis und die Bindung des qualifizierten Personals. Die Arbeitnehmer haben keinen offensichtlichen Eigenbeitrag zu leisten. Allerdings führen diese Zusagenarten, wie die Grafik der Pensionsrückstellungen und Börsenwerte zeigt, zu enormen Pensionsverpflichtungen der Unternehmen. Dieses stellt solange kein Problem dar, solange die Unternehmen wachsen und die Pensionsverpflichtungen mit immer mehr Kapital und Arbeit erwirtschaftet werden können. Doch in stagnierenden Branchen mit gleichbleiben-

den oder schrumpfenden Betriebsgrößen werden die Pensionsverpflichtungen immer mehr zur Belastung.

Einen Ausweg für die Zukunft bildet im betrieblichen Bereich die Umsetzung von Versorgungsordnungen, die sich an den Eigenbeiträgen der Mitarbeiter oder an den Prämien der Unternehmen orientieren. Eine Verzinsung sollte sich an den Unternehmensgewinnen orientieren. Letztendlich stellen diese Versorgungssysteme dann für den Mitarbeiter immer noch eine gute und gerechte Versorgung dar und das Unternehmen hat den Vorteil, eine für die Zukunft kalkulierbare Sozialleistung zu bieten, die Mitarbeiter bindet und im Wettbewerb um Humankapital die Position stärkt. Für den Fall der Unternehmensinsolvenz ist schon vor über 25 Jahren der Pensions-Sicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit gegründet worden, der die Pensionszahlung bei Insolvenz übernimmt. Der beitriftspflichtige Verein wird von allen Unternehmen getragen, deren Versorgungszusagen darüber gesichert sind. Letztendlich werden Betriebsrenten auf diese Art für Insolvenzunternehmen generationenübergreifend und unternehmensübergreifend abgesichert.

Stellt man sich auf den Standpunkt, dass die betrieblichen Sozialleistungen eine neben dem Kerngeschäftsfeld des Unternehmens stehende Aktivität darstellt, dann sollte sie so ausgestaltet werden, dass sie möglichst wenig Berührungs-

(weiter auf Seite 8)



(Betriebliche... Fortsetzung von Seite 7)

punkte mit dem eigentlichen Unternehmensziel hat. Dafür bietet sich eine Ausgliederung der gesamten betrieblichen Altersversorgung, sowohl der Verpflichtungen als auch der dazugehörigen Kapitalanlagen an. Diese können dann von Beratungsunternehmen so strukturiert werden, dass sie dem Ziel einer störungsfreien Versorgung möglichst weitgehend gerecht werden.

Nachhaltigkeit im Investmentbereich

Nachhaltige Entwicklung und Nachhaltigkeit haben in der Finanzwelt lange Zeit nur wenig Beachtung gefunden.

Nachhaltigkeit ist ein Prozess, der sich kontinuierlich vollzieht und auf Langfristigkeit ausgerichtet ist. Dazu gehört neben einer ressourceneffizienten Wirtschaftsweise auch sozialverantwortliches Handeln, das die Bedingungen für ein „lebenslanges Lernen“ und für ein menschenwürdiges Leben verbessert. Nach unserer Überzeugung gelingt dies am Besten durch marktwirtschaftliche Instrumente, besonders natürlich durch die der Finanzanlage.

Dabei ist zu beachten, dass für die Geldanlagen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung enge Spielräume gelten. Der Grund hierfür liegt in dem Zwang eines Unternehmens mit betrieblicher Altersversorgung, ständig in der Lage sein zu müssen, die Leistungsversprechen auch einhalten zu können. Damit sind ausschließliche Investitionen in Immobilien ebenso unmöglich wie in Aktien. Denn schließlich muss sichergestellt werden, dass man in dreißig oder mehr Jahren dem Mitarbeiter über weitere zwanzig oder mehr Jahre monatlich den vereinbarten Betrag auszahlen kann. Das alles hat primär mit den oft synonym verwendeten Begriffen Ethik oder Ökologie erst einmal nichts zu tun, sondern

ist eine finanztechnische Gegebenheit. Die Streuung in Anlageformen und -regionen muss möglich sein. Wir sind daher auch von Ausschlusskriterien weniger überzeugt, als vom sogenannten „best in class“-Ansatz. Ausschlusskriterien sind in der Regel restriktiv und verbieten bei enger Auslegung die Investitionen in ganze Branchengruppen. Der „best in class“-Ansatz hingegen sucht unabhängig von der Branche das darin unter wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten beste Unternehmen zu identifizieren. Diese können dann in ein mögliches Portfolio aufgenommen werden. Dazu können kulturbedingte „Don't“-s kommen, aber im Prinzip muss immer Rendite, Risikostreuung und Langfristigkeit der Anlage beachtet werden. Aus unserer Sicht gelingt dies am Besten mit einem Nachhaltigkeitskonzept.

Allzulange haben Ökofundamentalisten die Nachhaltigkeitsdebatte dominiert und darüber vergessen, dass ein geglücktes Leben auch etwas mit Wohlstand, Entwicklung und sozialen Gemeinschaften zu tun hat.

Deshalb gilt: Wer nachhaltige Geldanlagen tätigt, zeigt Verantwortung für sich und sein jetziges Umfeld, aber auch für nachkommende Generationen und sein eigenes Leben im Alter.

Seit Ende der 1990er Jahre wird auch in den eher orthodoxen Finanzkreisen das Thema der ethischen und ökologischen Geldanlagen diskutiert. Dabei wird nicht selten eine profunde Unkenntnis über diese Form der Geldanlage deutlich.

Stichworte sind „Underperformance, Renditeverzicht und zu geringe Streuungsmöglichkeiten der Risiken“. Mit dieser Herangehensweise ist eine zukunfts- und erfolgsorientierte Geldanlagepolitik eher nur zufällig zu erreichen.

Einen deutlichen Sprung nach vorne

machte der Bereich „verantwortungsbewusstes Investieren“ mit dem durch die Sustainability Asset Management Group aus Zürich (SAM) in Kooperation mit den DowJones Indexes Inc. geschaffenen DowJones Sustainability Group Index (DJSIG) im Jahr 1999. Spätestens seitdem dieses Produkt am Markt ist, ist das verantwortungsbewusste Investieren auch bei „mainstream“-Anbietern zu einem ernst zunehmenden Thema geworden.

Der Vorteil eines Sustainability-Portfolios für den institutionellen Anleger liegt auf der Hand. Er kann eine Diversifizierung erreichen, wie sie auch bei konventionellen Produkten vorliegt. Die Unternehmensauswahl für den Fondsmanager gestaltet sich somit einfacher. Ein solcher Index, wie der DJSIG, lässt sich auch passiv managen, was dann die Möglichkeit bietet, die Entwicklungen des Aktienmarktes mehr oder weniger eins zu eins abzubilden. Schließlich kann ein aktives Fondsmanagement noch weitere, ethische Kriterien einführen, um eine weitere, kundenspezifischere Aktienauswahl zu erreichen.

Ralph Glatz ist Diplom Physiker, Diplom Kaufmann und Analyst von internen und externen Investment Management/Controlling Prozessen bei der Gerling Gesellschaft für Vermögensmanagement GmbH in Köln.



Joerg Schlichtmann ist Diplom Ökonom und Consultant im Bereich Asset Liability Management von Altersversorgungseinrichtungen bei der Gerling Pensionsmanagement GmbH in Köln.



Lieferbare Bücher und Zeitschriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG):

>SRzG (Hrsg): Handbuch Generationengerechtigkeit? oekom Verlag: 2003; 25 € >SRzG (Hrsg): Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. - Mit einem Vorwort von Roman Herzog, CH. Links: Berlin 1999; 10 € >SRzG (Hrsg): Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen, Kore Verlag: Freiburg 1998; 10 € >SRzG (Hrsg): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt, Rasch und Röhring Verlag: Hamburg 1997; 10 €

Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit / Folgende bisher erschienenen Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen: zu je 10 €:

>Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit (Jg 3, Heft 1) >Generational Justice (engl.) (Jg. 2, Heft 3) >Finanzielle Generationengerechtigkeit (Jg 2, Heft 1) >Biotechnologie (Jg 1, Heft 4) >Global Governance (Jg 1, Heft 3) >Weltbevölkerungswachstum (Jg 1, Heft 2)

Kostenlose Schriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

>Kurzinformation (Flyer) / >Das Wichtigste in Kürze! (Die Selbstdarstellung der SRzG) / >Die SRzG im Spiegel der Presse
>Resolution des Europäischen Jugendkongresses 2000 „Our Common Future - Realising Sustainability“, Resolution des 2. Jugendkongress der SRzG (Politiktest-Ergebnisse), Resolution des 1. Jugendkongresses der SRzG (Neue Generationenverträge) >Erklärung der Rechte zukünftiger Generationen (+ Unterschriftenblatt) / >Gesprächskultur der SRzG >Stellungnahme zur Darstellung des Generationskonfliktes in den Medien

Videokassette von YOIS

>Rally of Youth 2001 (deutsch) (zu beziehen bei: Videart 21, Magnus Pechel, fon: 06421-63101 o. 0177-4146743, e-mail videart21@web.de)

Generationengerechtigkeit und die betriebliche Säule der Rentenversicherung

von Daniel Bahr

In der Politik gibt es manchmal bemerkenswerte Entwicklungen. Noch vor wenigen Jahren hat in Deutschland niemand von Generationengerechtigkeit oder nachhaltiger Politik gesprochen. Die Renten galten bis weit in die 90er-Jahre als sicher. Genauso war es mit den anderen Sozialversicherungen. Auch wenn es darum ging, neue Schulden für den Staat aufzunehmen hat man sich wenig Gedanken um die Interessen künftiger Generationen gemacht.

Das hat sich mittlerweile wenigstens dahingehend geändert, dass Worte wie „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ in aller Munde sind. Leider sind aber diese Reden größtenteils Lippenbekenntnisse. Dabei ist der demografische Wandel eine der größten politischen Herausforderungen für Deutschland. Der Anteil der über 65-jährigen wird sich im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 in den kommenden 40 Jahren verdoppeln. Unser Sozialstaat ist, so wie er derzeit existiert, nicht mehr finanzierbar. Strukturelle Reformen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Was jetzt gefragt ist, ist mutiges Handeln.

Die Alterssicherung in Deutschland stützt sich auf drei verschiedene Säulen: zu 85 Prozent auf die gesetzliche Rentenversicherung, auf die betriebliche Alterssicherung mit 5 Prozent und die private Altersvorsorge zu 10 Prozent.

Entsprechend des Themas dieses Heftes möchte ich mich auf die Fragen der betrieblichen Säule beschränken.

Betrachtet man die Ausgangslage im internationalen Kontext, so nimmt die betriebliche Altersvorsorge in Deutschland im Gefüge der Alterssicherung eine

vergleichsweise untergeordnete Rolle ein. In Großbritannien trägt die betriebliche Altersvorsorge mit 25 Prozent zum Rentenaufkommen bei, in der Schweiz sind es 32 Prozent und in den Niederlanden sogar 40 Prozent.

Das deutsche Rentenversicherungssystem wird nur dann vor dem Kollaps bewahrt, wenn es uns gelingt, diese zweite und auch die dritte Säule der kapitalgedeckten Alterssicherung massiv zu stärken.

Zwar wurden mit der Rentenreform 2001 die bisherigen Regelungen zum Anspruch der Arbeitnehmer auf Betriebsrente, zur Unverfallbarkeit dieses Anspruchs, zu möglichen Durchführungsformen und zur steuerlichen Begünstigung von Betriebsrenten erweitert. Hier müssen aber dringend weitere Reformen folgen, um die zweite Säule weiter auszubauen!

Die Einführung eines Tarifvorbehalts bei der Ausgestaltung der betrieblichen Altersvorsorge im Rahmen der Rentenreform 2001 hat die FDP-Bundestagsfraktion abgelehnt. Dieser Vorbehalt schränkt die Wahlfreiheit der Anlage für Tarifbeschäftigte ein, während Mitarbeiter tarifungebundener Unternehmen weiterhin die freie Wahl haben. Wir brauchen nicht noch mehr Gemeinschaftstöpfe aus denen jeder etwas bekommt und niemand individuell zuordenbare Ansprüche hat. Aus ordnungs- und vermögenspolitischen Gründen halte ich betriebliche Lösungen für sehr viel sinnvoller als tarifvertragliche Lösungen.

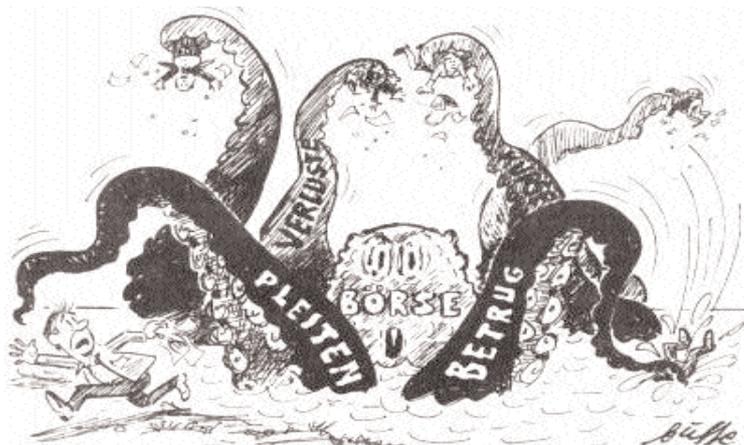
Für die Unternehmen und die Arbeitnehmer wäre es auch vorteilhaft, wenn neben dem bestehenden Pensionsfonds ein zusätzlicher individueller Pensionsfonds zugelassen werden würde, der nach dem US-amerikanischen Vorbild als

Kapitalanlagegesellschaft gestaltet ist. Dieser bietet ein flexibles und effizientes Rahmenwerk, mit dem die Eigenvorsorge der Arbeitnehmer und Zuwendungen der Arbeitgeber für die betriebliche Altersvorsorge kombiniert werden können. Die Erfahrung in den USA, dass individuelle Pensionsfonds einen maßgeblichen Beitrag zu einer weiten Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge leisten können, sollte auch für den Ausbau der betrieblichen und privaten Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden.

Ein sinnvoller Vorschlag ist auch, eine Vorgabelösung auf betrieblicher Ebene, wie sie es in den USA seit längerem gibt, einzuführen. Danach werden Arbeitnehmer bei Aufnahme des Arbeitsverhältnisses automatisch in eine förderfähige Direktversicherung, Pensionskasse oder einen Pensionsfonds aufgenommen, sofern sie nicht widersprechen.

Reine Beitragszusagen der Unternehmen müssen zugelassen werden. Das heutige System der betrieblichen Altersvorsorge beruht auf Leistungszusagen des Arbeitgebers für den Versorgungsfall, der in der Regel weit in der Zukunft liegt. Dadurch können sich Finanzierungsrisiken ergeben, falls die Verzinsung des eingezahlten Kapitals nicht ausreicht, um die zugesagte Leistung abzudecken. Auch Planungs- und Kalkulationssicherheit sind nicht gewährleistet. Es müssen daher auch Modelle der betrieblichen Altersvorsorge, die auf Beitragszusagen beruhen, zugelassen werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen liegt hier eine kalkulierbare Alternative, die den Einstieg in eine überschaubare betriebliche Altersvorsorge erleichtert.

Deutschland altert unaufhaltsam. Der demografische Wandel geht so schnell von statten, dass ihn sogar massive Zuwanderung oder ein spontaner Baby-Boom allenfalls abbremsen können. Im Interesse der Generationengerechtigkeit darf es nicht länger bei politischen Lippenbekenntnissen bleiben. Wir brauchen Taten und mutige Reformen.



Daniel Bahr, MdB, Sprecher der FDP-Fraktion für demografische Entwicklung, Pflege und Behindertenpolitik



Generationengerechtigkeit als Spiegelbild der Sustainability-Prinzipien

von Michael Hölz, Vorstand der Deutschen Bank AG

Sustainability und Generationengerechtigkeit - am Beispiel der Unternehmens-Philosophie der Deutschen Bank zeigt sich, dass zu diesen zwei Zielen ein gemeinsamer Weg führen kann.

Sustainability versteht die Deutsche Bank als Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Diese beweisen sich durch die Synergie von

- wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit,
 - sozialer Verantwortung und
 - dem Schutz der Umwelt,
- um Entwicklungschancen für alle Teile der Gesellschaft weltweit zu ermöglichen und die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu bewahren.

Es ist augenscheinlich, dass diese Sustainability-Prinzipien mit den Anforderungen der Generationengerechtigkeit fast denkungsgleich übereinstimmen.

Sustainability das neue Paradigma im Unternehmens-Management

Viele Unternehmen sind immer noch der Meinung, ihre Wettbewerbsfähigkeit würde leiden, wenn sie Sustainability-Aspekten eine größere Bedeutung einräumen. Oder sie versprechen sich Wettbewerbsvorteile, in Ländern zu investieren, deren Umwelt- und Sozial-Standards niedrig sind. Es ist jedoch anzuzweifeln, ob ein solches Verhalten einen nachhaltigen Bestand des Unternehmens sichert. Was wir deshalb brauchen, ist ein neues ganzheitliches Denken, neue Sichtweisen, ein neues Handeln, kurz: einen Paradigmenwechsel auf Basis von Sustainability-Prinzipien.

Die neuen sustainability-orientierten Paradigmen in der Unternehmensführung lassen sich an zwei zentralen Thesen festmachen:

- Die Marktposition eines Unternehmens wird zunehmend von seiner Sustainability-Kompetenz bestimmt werden.
- Sustainability stellt die Finanzwelt vor neue strategische Herausforderungen und eröffnet zugleich wertsteigernde Aktionsfelder.

Heute erkennen viele Firmen, dass mit dem Engagement im Bereich Sustainability auch „Mehrwert“ zu generieren ist. So können weltweit Partnerschaften, aktive Netzwerke und strategische Allian-

zen aufgebaut werden und die Innovationskraft der Unternehmen wird gefördert - insbesondere mit Blick auf die Entwicklung sustainability-orientierter Produkte und Dienstleistungen. Sustainability-Engagement hilft bei der Absicherung der eigenen Märkte sowie bei der Erschließung neuer Marktchancen. Und nicht zuletzt liefert es Potenziale, um Geschäftsrisiken zu minimieren: Vor allem Reputationsrisiken, aber auch Markt- und Finanzrisiken sowie operationale Risiken können deutlich reduziert werden.

Handeln in Harmonie mit Sustainability-Prinzipien

Die Deutsche Bank berücksichtigt bei ihren geschäftspolitischen Entscheidungen das Zusammenspiel der Sustainability-Faktoren Ökonomie, Ökologie und gesellschaftliche Verantwortung. Dabei handelt die Bank auf Basis der „UNEP-Erklärung der Finanzinstitute zur Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung“ (1992 von der Deutschen Bank mitkonzipiert im Rahmen der Agenda 21 in Rio de Janeiro, 1997 überarbeitet). So wurde Sustainability als Querschnittsthema in alle Geschäftsprozesse und Unternehmensbereiche der Bank festgeschrieben: z.B. in die Kredit- und Projektfinanzierung, beim Asset Management und in den betrieblichen Umweltschutz (u.a. Förderung der Kreislauf- u. Abfallwirtschaft).

Handeln nach dem Leitbild „Sustainability“ versteht die Deutsche Bank als Aufgabe, von der die Anspruchsgruppen Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und Gesellschaft gleichermaßen profitieren. Beispiele dafür sind:

- Aktionäre: Sustainability steigert den Shareholder Value
Sustainability als Leitbild wird von internationalen Börsen, Rating- und Research-Instituten honoriert und wirkt sich positiv auf den Aktienkurs aus. Die Deutsche Bank ist in den Dow Jones Sustainability Indices und den FTSE4GOOD Indices seit deren Gründung gelistet.
- Kunden: Win-Win-Konzepte für Privat- und Firmenkunden
Firmenkunden berät die Bank z.B. beim

Einsatz neuer Technologien, bei der Nutzung von Fördermitteln für Umweltinvestitionen und auch beim Management betrieblicher Umweltrisiken. Privatkunden bietet sie u. a. die Möglichkeit, sich an einem von der DWS aufgelegten „alternativen“ Energiefonds (z.B. DWS New Energies Basket 25+) oder an dem DWS Invest Sustainability Leaders zu beteiligen.

- Mitarbeiter: Sustainability muss aktiv gelebt werden.

Mitarbeiter sieht die Deutsche Bank als ihr wichtigstes Kapital an, und für sie sind Diversity-Prinzipien und kulturelle Vielfalt von großer Bedeutung. Adäquate Arbeitsbedingungen zu schaffen, berufliches Fortkommen zu fördern, die Mitarbeiter laufend in entsprechende arbeitsbezogene Ausbildungsprogramme zu integrieren und sie in ihrem Umwelt- und sozialen Engagement zu unterstützen sind wichtige Ziele der Personalpolitik. Darüber hinaus agieren die Mitarbeiter in der Kundenberatung auch als Multiplikatoren, um den Sustainability-Gedanken weiterzutragen. Die Bank will dabei aber nicht als eine so genannte „Umweltpolizei“ gegenüber Kunden fungieren.

- Gesellschaft: Weltweite Partner für Sustainability

Als Unternehmen mit globaler gesellschaftlicher Verantwortung arbeitet die Deutsche Bank weltweit mit kompetenten Partnern zusammen, z. B. mit der UNEP (United Nations Environment Program), dem World Business Council for Sustainable Development, dem Global Compact sowie der Global Reporting Initiative. Diese Kooperationen haben eine lange Tradition. So war die Deutsche Bank das erste Finanzinstitut, das sich 1988 im Sudan und Madagaskar an der Initiative „Debt for nature swaps“ beteiligte, die es ermöglichte eine Vielzahl von regionalen Umweltprojekten zu realisieren.

(weiter auf Seite 11)

Reisender, es gibt keine Strassen. Sie entstehen beim Gehen.

Spanisches Sprichwort

Sustainability beginnt zu Hause: das Umwelt-Management-System der Deutschen Bank

Als erstes großes deutsches Kreditinstitut realisierte die Deutsche Bank ein Umwelt-Management-System auf Basis der ISO 14001, das im Mai 1999 durch KPMG zertifiziert wurde. Die Laufzeit des Zertifikates beträgt je 3 Jahre mit jährlicher Überprüfung, Die Rezertifizierung erfolgte 2002 durch Det Norske Veritas.

Die Deutsche Bank ist ein global agierendes Finanzinstitut mit einer Vielzahl von Niederlassungen, die Entscheidungen zwar dezentral treffen, deren Arbeitsprozesse und Systemanforderungen jedoch weitgehend ausgeglichen sind. Im Rahmen der Zertifizierung wird nicht nur die Einhaltung und Realisierung der vereinbarten Prinzipien überprüft, sondern auch, ob diese von den Mitarbeitern auch gelebt werden.

Die jährliche Prüfung findet im Rahmen so genannter externer Audits statt, die in der Konzernzentrale und in jeweils wechselnden Niederlassungen durchgeführt werden. Zusätzlich werden interne Audits durchgeführt, in denen der Stand der Umsetzungen von Zielen und Maßnahmen festgehalten wird. Die Ergebnisse werden in einem internen Monitoring dokumentiert.

Sustainability braucht Initiative

Beispielhaft für ein Handeln nach dem Sustainability-Leitbild ist der Microcredit Development Fund der Deutschen Bank Americas Foundation, der vor allem in Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag zur Erreichung stabiler Wirtschaftsstrukturen leistet. Mit der Vergabe von Kleinstkrediten an Existenzgründer wird diesen die Möglichkeit gegeben, ein Gewerbe aufzubauen, bessere Arbeitsmittel anzuschaffen oder Handel zu betreiben.

Eine weitere ganzheitlich ausgerichtete Initiative ist die Peace Park Foundation, die mit Unterstützung der Deutschen Bank auf dem afrikanischen Kontinent über Staatsgrenzen hinweg Lebensraum erhält und neuen schafft - für Menschen und Tiere. Hier beteiligt sich die Deutsche Bank besonders an dem Auf- und Ausbau der PeacePark-Colleges.

Beide Projekte zielen darauf ab, mit einer Hilfe zur Selbsthilfe, die ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen nachhaltig zu verbessern.



Ausblick

Die Konferenz in Johannesburg 2002, 10 Jahre nach Rio, machte deutlich, dass durch Kooperationen von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und Unternehmen (sog. type 2 partnerships) bereits viele Initiativen und Lösungsstrategien zur nachhaltigen Entwicklung auf den Weg gebracht wurden. Doch um mit großen Schritten voranzukommen, ist es notwendig, dass sich auch Regierungen verstärkt in diesen Prozess einschalten - mit eigenen Engagements, aber auch um strukturpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Effizienz der „type 2 partnerships“ steigern.

Die Handlungsfelder sind nach wie vor groß. So stehen auf der Sustainability-Agenda immer noch ganz oben die Themen:

- Menschenrechte
- Bildung
- Armutsbekämpfung
- Gesundheit
- Klima und Ressourcenschonung
- stabile Wirtschaftsverhältnisse und gesundes Wachstum
- friedliche Entwicklung

Gerade diese Herausforderungen machen um ein weiteres Mal deutlich wie spiegelbildlich sich die Ziel in den Handlungsmaximen der Sustainability und der Generationengerechtigkeit darstellen. Wenn die drei Verantwortungsgruppen -

Unternehmen, NGOs und Regierungen - effektiv zusammenarbeiten, stehen die Chancen gut, in immer mehr Regionen in der Welt gesunde ökonomische, ökologische und soziale Lebensräume zu schaffen. Doch ob es Unternehmen, NGOs oder Regierungen sind, immer kommt es auf den Einzelnen an, der sich für eine Sache, für ein Ziel einsetzt. Mit anderen Worten: Nachhaltige Entwicklungen, ob für Sustainability oder für Generationengerechtigkeit, müssen wir selbst vorantreiben - auf andere zu warten, können wir uns nicht leisten.

*Hanns Michael Hölz,
Global Head of Sustainable
Development, Deutsche Bank*



**Die absolute Regel ist es,
zurückzugeben, was man
bekommen hat. Niemals
weniger, immer mehr.**

**Die absolute Regel des
Denkens ist es, die Welt so
zurückzugeben, wie wir sie
bekommen haben - unbegreiflich -
und wenn möglich noch
etwas etwas
unbegreiflicher.**

Jean Beandrillard

Der Mangel an Ausbildungsstellen ist nicht generationengerecht

Die Verantwortung von Unternehmen gegenüber der jungen Generation,
von Katja Heller und Jörg Tremmel

Noch immer fehlen in diesem Jahr schätzungsweise 50.000 - 60.000 Ausbildungsstellen - so die Angabe der Bundesanstalt für Arbeit. Von hundert Jugendlichen sind heute sechs arbeitslos gemeldet, vier leben von der Sozialhilfe, sieben suchen immer noch eine Lehrstelle und siebzehn des vorherigen Ausbildungsjahrgangs sind nach erfolgloser Ausbildungsplatzsuche in berufsvorbereitenden Maßnahmen „geparkt“.

Insgesamt machen 559.903 arbeitslose junge Menschen die Erfahrung, dass unsere Arbeitsgesellschaft keine Verwendung für sie hat (Stand Juli 2003). Dabei ist kaum eine Zeit im Leben eines Menschen so wichtig wie die nach dem Abschluss der Schule bis zum ersten festen Arbeitsplatz. In dieser Zeit formt sich die Persönlichkeit, in dieser Zeit müssen Jugendliche *ihren* Weg finden.

Arbeit bleibt von zentraler Bedeutung innerhalb unserer Gesellschaft

Erwerbsarbeit schafft die Basis unserer sozialen, kulturellen und ökonomischen Partizipation. Sie definiert unsere Position in der Gesellschaft. Die erste Frage auf Partys lautet nach wie vor: „Und, was machen Sie so?“ Dementsprechend ist Arbeit und Beruf ein zentraler Bestandteil der Lebensplanung der Menschen, auch der jungen Menschen.

Allerdings ist für die arbeitslosen jungen Erwachsenen unter 25 Jahren eben dieser Teil ihrer Lebensplanung in Gefahr. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird durch den Mangel an Lehrstellen noch verschärft. Ohne Abschluss, ohne Ausbildung zu bleiben ist durch die Ausbildungsstellenknappheit nicht mehr allein auf die unteren Bildungsschichten beschränkt (wenngleich die Gefahr dort höher ist). Für dieses Ausbildungsjahr (2003/04) wird ein Lehrstellenrückgang von insgesamt 9,1% prognostiziert.

Die Folge all dessen ist eine hektische Betriebsamkeit von Politik und Wirtschaft zur Verbesserung der Situation. Tatsache ist, es wird bereits erstaunlich



viel getan. Nicht zuletzt die Wirtschaft selbst brachte einige bemerkenswerte Initiativen hervor.

Es gibt intelligente Lösungen

Trotz des in den letzten Jahrzehnten weiter gestiegenen Bildungsniveaus halten Firmen und Betriebe viele, gerade ausländische Schulabgänger für nicht qualifiziert genug, um eine Ausbildung aufzunehmen. Deshalb ergriff die Bundesarbeitsgemeinschaft Chemie, IG Bergbau, Chemie- und Energie und der Unterstützungverein der chemischen Industrie die Initiative und rief ein Programm namens „Qualifizierung vor dem Berufsstart“ ins Leben. Es soll die Schulabgänger fit machen für eine Ausbildung in der Chemiebranche. Die Berufsvorbereitung nimmt etwa 6 - 12 Monate in Anspruch. Auch lokale und regionale Verbände/Netzwerke mehrerer Unternehmen, die gemeinsam einen Auszubildenden einstellen, können Ausbildungsplätze sichern helfen. In Mecklenburg-Vorpommern etwa nutzen die Lehrlinge ein externes Ausbildungszentrum, in dem Einrichtungen verfügbar sind, die den kleinen und mittelständischen Betrieben selbst fehlen. Durch diese Ergänzung zum dualen System können auch Betriebe in das Ausbildungsboot geholt werden, die sonst aufgrund ihrer strukturellen Ausstattung nicht zu einer Ausbildung in der Lage wären. Ein anderes Beispiel ist die Metallwirtschaft des Nordverbundes, die durch die Vereinbarung der Tarifparteien ein externes Ausbildungsmanagement schufen (EXAM). EXAM übernimmt kostenlos Dienstleistungen für Klein- und mittelgroße Betriebe in Ausbildungsfragen,

z.B. bei der Beratung für die Organisation betrieblicher Vereinbarungen oder der Vermittlung von Partnern für die Betriebe. Finanziert wird dieses Programm durch das Bundesarbeitsministerium.

Auch tarifliche Einigungen sind wichtig: So einigten sich die Tarifparteien der Metallindustrie darauf, dass die Arbeitgeber die Zahl der Lehrstellen um 20% auf 1107 pro Jahr steigern. Im Gegenzug dafür stimmten die Gewerkschaften einer unterproportionalen Steigerung der Ausbildungsvergütungen zu. In der Bauindustrie besteht bereits seit Mitte der 70er eine Umlagefinanzierung für Ausbildung, die sich an der Bruttolohnsumme bemisst. Dadurch bekommen ausbildende Betriebe einen Großteil ihrer Ausbildungskosten ersetzt. Der Vorteil ist eine gleichmäßige Belastung aller Betriebe. Sobald die Konjunktur rückläufig ist, ist allerdings auch weniger Geld im Topf und die Ausbildung kann nicht mehr finanziert werden.

Dem Vorwurf, anerkannte Ausbildungsgänge seien den Erfordernissen des Marktes nicht mehr angepasst, begegneten die im Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) organisierten Spitzenverbände mit umfassenden Vorschlägen zur Modernisierung des Berufsbildungssystems. Nach einer Schätzung des KWB können so etwa 24.300 neue Ausbildungsplätze entstehen. Insgesamt wurden zwischen 1996 und 2002 133 Ausbildungsgänge modernisiert und 45 neue Berufsbilder plus die entsprechenden Ausbildungsgänge entwickelt. Darunter auch Berufe mit weniger komplexen Anforderungen, wie etwa Dienstleistungsfachkraft im Sonnenstu-

(weiter auf Seite 13)

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Benjamin Franklin

(Der Mangel... Fortsetzung von Seite 12)

dio. Diese sind gekennzeichnet durch kürzere Ausbildungszeiten und einen geringeren theoretischen Anteil. Wir wagen allerdings zu bezweifeln, ob neue Ausbildungsberufe per se auch neue Ausbildungs- und/oder Arbeitsplätze schaffen. Mit fortschreitender Spezialisierung entstehen so bereits in der Ausbildung Berufe mit geringen Wissenstransfermöglichkeiten und dadurch einem höheren Berufsverlustisiko.

Zusammenfassend gesagt finden wir (bei einiger Suche) Programme zur zielgruppenspezifischen Förderung und Qualifizierung, gerichtet an Mädchen, an sozial benachteiligte Jugendliche, an ausländische Jugendliche, an geistig und/oder körperlich behinderte oder gering qualifizierte Jugendliche und so fort. Allerdings wird die Gruppe derer, die dennoch keine Arbeit finden, größer. Jene, die die Ausbildung in einer stagnierenden oder gar rückläufigen Branche machten (etwa Land- und Forstwirtschaft), die, die Arbeit im „falschen“ Bundesland (etwa in Sachsen - Anhalt) oder in einer strukturschwachen Region suchen. Die, die bereits verheiratet und damit weniger mobil sind. Und als neue Risikogruppe: die, die männlich sind.

Neues im Web von der SRzG

Die Seite „Publikationen/Reden“ wurde überarbeitet. Schauen Sie doch mal rein: www.srzg.de

Der globale Wandel lässt Deutschland nicht unberührt

Doch bei all dem muss berücksichtigt werden, dass das hehre Ziel, Jugendliche auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln nur dann erreicht werden kann, wenn unserer Gesellschaft sich insgesamt umstellt und vor allem die Gewerkschaften aufhören, um alte Strukturen zu kämpfen. Die Struktur des Arbeitsmarktes und der „Employability“ ändert sich radikal.

Jugendarbeitslosigkeit ist kein isoliertes Phänomen, sondern muss im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Sie ist eingebettet in den Strukturwandel von Arbeit und Gesellschaft unseres Landes. Die Arbeitsorganisation wandelt sich weg von der Fließbandarbeit zu Team- und Projektarbeit. Globalisierung führt zu einem wirtschaftlichem Strukturwandel und der Änderung von Unternehmensstrategien. Immer wichti-

ger wird die direkte Kunden- und Serviceorientierung und die Differenzierung bereits bestehender Produkte. Der Trend geht zu mehr Freiberuflichkeit, Selbstständigkeit und klein- und mittelständischen Unternehmensformen. Mehr und mehr gewinnen auch Telearbeit und Zeitarbeit an Bedeutung.

Diese Veränderungen führen in ihrer Gesamtheit zu völlig neuen und höheren Qualifikationsanforderungen für die Arbeitnehmer. Neben der Notwendigkeit zur permanenten Weiterbildung („lebenslanges Lernen“) werden Arbeitnehmer durch Abbau von Hierarchie stärker auf sich selber gestellt. „Neue“ Kompetenzen, wie Flexibilität, Kreativität, Problemlösungskompetenz und Entscheidungsfähigkeit als sogenannte „weiche“ Faktoren entscheiden zunehmend über Erfolg oder Misserfolg auf dem Arbeitsmarkt. Im Rahmen dieser neuen Anforderungen sinkt die Nachfrage nach gering Qualifizierten.

Einen einmal gelernten Beruf auf Lebenszeit im Normalarbeitsverhältnis auszuüben, ist schon lange nur noch ein veraltetes Ideal. Stattdessen befinden wir uns auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft - wohin der Weg auch geht, er führt hinaus aus der Industriegesellschaft. „Das Niveau und die Struktur von Qualifikationen wird in Zukunft für das Individuum und die gesamte Gesellschaft zur Schlüsselfrage.“ (Lindner, J.: Jugend ohne Arbeit. in: SRzG (Hrsg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt, Hamburg: Rasch und Röhring, 1997, S.260). Billig-Ausbildungen sind eine (sinnvolle) Sofort-Maßnahme, aber der Schritt zur höherwertigen Ausbildung muss offen bleiben. Johannes Lindner spricht von der „Dialektik der gleichzeitigen Auf- und Abwertung“ von Qualifikationen (ebd. S. 252).

Mehr als jemals zuvor sehen sich Jugendliche in der Risiko- bzw. Multiop-

tionsgesellschaft (je nach Sichtweise) ambivalenten Anforderungen gegenüber: Da steht auf der einen Seite Mobilitätsbereitschaft, Spontanität und Risikobereitschaft und auf der anderen Seite Heimatliebe, Loyalität und Verlässlichkeit. Da streiten Kreativität, Schnelligkeit und Problemlösekompetenz mit Disziplin, Beharrlichkeit und Gründlichkeit um Platzanspruch.

Letztendlich jedoch geht es darum, die Position und die Bedeutung von Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft neu zu definieren und neue Beschäftigungs- und Versorgungskonzepte zu konzipieren, bei denen für jeden jungen Bürger die Möglichkeit zur Teilhabe besteht.

Die Wirtschaft sollte sich überlegen, was sie der nachrückenden Generation zumutet, wenn sie sich auf Kosten von Ausbildungsplätzen gesundschrumpft. Die Persönlichkeitsentwicklung von vielen jungen Menschen wird dadurch aufs Spiel gesetzt.

Jörg Tremmel ist geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.



Katja Heller ist Studentin der Erziehungswissenschaft an der Universität Rostock



Der Geist fliegt voran, die Wirklichkeit hinkt hinterher.

Emil Nolte

GG! in Bibliotheken

Seit Anfang 2003 wurde der Umfang der Generationengerechtigkeit! stark ausgeweitet Um diese Seitenstärke beibehalten zu können, brauchen wir aber ihre Mithilfe. Bis Winter 2003/04 müssen für die nächste Ausgabe der Zeitschrift 5000 Euro aufgebracht werden, das heißt 200 neue Abonnenten gewonnen werden.

Unsere Bitte deshalb: Liegen Ihnen unsere Arbeit und Anliegen ebenfalls am Herzen, können Sie uns aktiv unterstützen, indem Sie in Ihrer Stadt- oder Unibibliothek ein Abo der GG! vorschlagen. Die Bibliotheksverwaltungen richten sich häufig bei ihren Anschaffungen von Büchern und Zeitschriften nach den Wünschen ihrer Benutzer! Sprechen Sie mit einem Mitarbeiter Ihrer Bibliothek! Die Zeitschrift, deren Aufmachung und Qualität von vielen renommierten Wissenschaftlern gelobt wird, spricht mit ihren Themen zum aktuellsten Zeitgeschehen sowohl Fachleute als auch Laien an.

Noch ein Extra-Dankeschön ist Ihnen von Seiten der SRzG gewiss, wenn Sie in einem Aufwasch auch gleich die Anschaffung des Handbuchs Generationengerechtigkeit verlangen.

Der Globale Pakt - Gemeinsame Werte für den globalen Markt

von Thomas Dreiling in Kooperation mit



UNIC Bonn

Durch die unaufhaltsam fortschreitende Globalisierung haben transnationale Konzerne eine überlegene Position in der Weltpolitik erlangt und lassen nationalstaatliche Akteure gelegentlich in den Hintergrund treten. Deswegen regt sich trotz der allgemein anerkannten Vorteile der Globalisierung (im Durchschnitt höherer Lebensstandard, schnelleres wirtschaftlicher Wachstum) Widerstand. Das Problem ist, dass nicht alle Menschen in gleichem Maße vom globalen Markt profitieren, wie uns die Verfechter einer ungebremsen Globalisierung Glauben machen wollen. Solange kein Regelwerk vorhanden ist, das sich auf gemeinsame soziale Ziele stützt, werden tendenziell die Starken noch stärker und die Schwachen noch schwächer. Zudem werden die Ressourcen unserer Erde in absehbarer Zukunft erschöpft sein, sollten die Armen tatsächlich ein dem unseren ähnlichen Wohlstandsniveau erreichen, so wie es die Globalisierung ihnen verspricht. Vor diesem Hintergrund ist der „Globale Pakt“ (Global Compact) zu sehen, eine gemeinsame Initiative von globalen Unternehmen, der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen zur Förderung universaler Werte und verantwortlicher Wirtschaftstätigkeit. „We have to choose between a global market driven only by calculations of short-term profit, and one which has a human face“, wie Kofi Annan es ausdrückt. Der Globalisierung soll auf diese Weise ein menschliches Gesicht verliehen werden. Erstmals wurde die Idee eines „Globalen Paktes“ von General-Sekretär Kofi Annan am 31. Januar 1999 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellt, auf dem es wie in den Jahren zuvor und danach teils gewalttätige Proteste gegen eine ungezügelt Globalisierung gegeben hat. Der Pakt fordert von Unternehmen, ihre Firmenpolitik an den Zielen der UN, insbesondere im Bereich der Menschen-

rechte, der Arbeitsrechte und des Umweltschutzes zu orientieren. Teilnehmende Unternehmen verpflichten sich, die neun Grundsätze des Paktes umzusetzen und zu fördern. Diese Grundsätze basieren auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verabschiedeten grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit, sowie auf den Erklärungen der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992.

Die neun Prinzipien lauten konkret:

Menschenrechte

1. Die Wirtschaft soll den Schutz der international verkündeten Menschenrechte unterstützen und achten
2. sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

Arbeitsbedingungen

3. Die Wirtschaft soll die Vereinigungs- und Tariffreiheit wahren sowie ferner für
4. die Beseitigung aller Formen der Zwangs- oder Pflichtarbeit,
5. die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit und
6. die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf eintreten.

Umwelt

7. Die Wirtschaft soll umsichtig mit ökologischen Herausforderungen umgehen,
8. Initiativen zur Förderung eines verantwortlichen Umgangs mit der Umwelt durchführen und
9. sich für die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologie einsetzen.

Diese Grundsätze stellen Normen dar, die vom Großteil der Staatengemeinschaft bereits seit langem akzeptiert sind und im Grunde von privaten Unterneh-

men nicht mehr missachtet werden dürfen. Die Tatsache, dass dies nichtsdestotrotz nach wie vor in erschreckendem Maße der Fall ist, gab den Ausschlag für die Gründung des Globalen Paktes. Dabei sollten global agierende Unternehmen schon aus Eigeninteresse die Grundsätze befolgen, um nach den teilweise massiven Protesten gegen eine ungezügelt Globalisierung wieder das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Mit dem Beitritt bekannter Konzerne verbindet sich auch die Hoffnung, dass Tochterunternehmen, Zulieferfirmen etc. dem guten Beispiel der teilnehmenden Unternehmen folgen.

Der Globale Pakt basiert dabei auf einem Geben-und-Nehmen-Denken. Zu den Leistungen der Privatwirtschaft gegenüber den Vereinten Nationen gehört eine Unterstützungserklärung für die Ziele des Globalen Paktes sowie die grundsätzliche Bereitschaft, in konkreten Projekten strategische Partnerschaften mit den Vereinten Nationen und einzelnen Programmen einzugehen. Des Weiteren muss das jeweilige Unternehmen seine Mitarbeiter und Aktionäre über den Beitritt und die neun Prinzipien informieren, die Prinzipien in die Unternehmensphilosophie aufnehmen (beispielsweise durch Berücksichtigung in den Jahresberichten) und einmal jährlich ein Beispiel für die gelungene Umsetzung der Werte des Paktes veröffentlichen. Im Gegenzug wird den teilnehmenden Unternehmen u.a. erlaubt, das UN-Logo zu benutzen, womit ein beträchtlicher Imagegewinn verbunden sein dürfte. Ein weiterer Bestandteil des Globalen Paktes ist ein jährliches internationales Lernforum, bei dem involvierte Akteure zusammenkommen, um in Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen gemeinsam zu überlegen, wie Unternehmen die Prinzipien am besten anwenden können und um Erfahrungen mit der Implementierung der Prinzipien auszutauschen. Das nächste Jahrestreffen findet im Dezember 2003 in Belo Horizonte/Brasilien statt.

Der Vorschlag Annans ist von Seiten der Privatwirtschaft positiv aufgenommen worden und etliche renommierte globale Unternehmen sagten direkt ihre Teilnahme zu. Inzwischen sind dem Pakt

(weiter auf Seite 15)

Those who have the power and means, governments and businesses, must show that economics, properly applied, and profits, wisely invested, can bring social benefits within reach not only for the few, but for the many and eventually for all.

U.N. Secretary-General Kofi Annan

zur sozialen Verantwortung von Unternehmen und Staat

(Der Globale Pakt... Fortsetzung von Seite 14)

1040 Unternehmen beigetreten (Stand: 10. Juni 2003), darunter 176 polnische, 147 französische, 119 spanische und 86 indische. Unter den beigetretenen Unternehmen befinden sich auch einige, die in der Vergangenheit Probleme mit der Einhaltung der ein oder anderen Norm hatten. Für andere hingegen bedeutet das Einhalten der zugrunde liegenden Grundsätze nichts Neues. In Deutschland scheint die Kampagne bislang noch nicht auf großes Interesse gestoßen zu sein, wenn man die Zahl der beigetretenen Unternehmen (16) als Maßstab nimmt. Daher wäre es wichtig, noch möglichst viele transnationale Unternehmen für die Initiative zu gewinnen, da diese ja die eigentlichen Schrittmacher der Globalisierung sind. Sie könnten für den Erfolg des Globalen Paktes sorgen, indem sie eine Führungsrolle im gesellschaftlichen Engagement übernehmen, indem sie sich die Grundsätze des Globalen Paktes zu eigen machen und umsetzen und indem sie eng mit den Organisationen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, insbesondere mit der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Amt des Hohen

Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen. Darüber hinaus könnten sie sich für eine starke Rolle der Vereinten Nationen als neutraler Vermittler und Triebkraft des Wandels einsetzen.

Wie ist der Globale Pakt nun zu bewerten? Hauptkritikpunkt ist sicherlich die eingeschränkte Kontrollierbarkeit der Einhaltung der Grundsätze, zu denen sich die teilnehmenden Unternehmen verpflichten. Denn die Überwachung von Unternehmenspraktiken gehört weder zu den originären Aufgaben der Vereinten Nationen noch ist die UN dazu institutionell in der Lage. Da der Globale Pakt auf Freiwilligkeit basiert und keine Rechtsverbindlichkeit aufweist, kann er also theoretisch von Unternehmen genutzt werden, die sich lediglich von der Verwendung des UN-Logos einen Imagegewinn erhoffen oder auf diese Art und Weise versuchen, offenkundige Missstände zu verdecken. Auf der anderen Seite ist durch den Globalen Pakt eine Dialogstruktur etabliert worden, die mit den Mitteln traditioneller Politik nur schwerlich zu erreichen gewesen wäre. Es darf allerdings nicht vergessen wer-

den, dass eine Initiative wie der Globale Pakt kein Ersatz, sondern lediglich eine Ergänzung für Maßnahmen der betreffenden Regierungen auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Arbeitsrechte und des Umweltschutzes sein kann. Aber wieso sollten die Unternehmen eigentlich keine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet übernehmen? So bleibt zu hoffen, dass die Unternehmen dies auch so sehen und sich an die Worte erinnern, die Kofi Annan in Davos an sie gerichtet hat: „Without your active commitment and support, there is a danger that universal values will remain little more than fine words - documents whose anniversaries we can celebrate and make speeches about, but with limited impact on the lives of ordinary people.“

Weitere Informationen zum Globalen Pakt kann man auf folgenden Webseiten finden:

www.unglobalcompact.org,
www.uno.de

*Thomas Dreiling, Student der
Soziologie in Bamberg, 23
Jahre*



Globale Networks für Sustainability



Mehr über Sustainability in der Deutschen Bank
unter www.deutsche-bank.de/sustainability

Unter Sustainability verstehen wir zukunftsfähiges Handeln – mit dem Ziel, kommenden Generationen eine gesunde Umwelt sowie stabile wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu übergeben. Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung sind dabei für uns untrennbar miteinander verbunden.

Um Sustainability-Prinzipien nachhaltig zu verwirklichen, brauchen wir globale Partnerschaften. So engagiert sich die Deutsche Bank aktiv in Organisationen wie der UNEP, dem UN Global Compact, dem World Business Council for Sustainable Development und econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung.

Deutsche Bank



Für und Wider der Diskontierung

Abschied von einem Grundpfeiler der Wirtschaftswissenschaften?

von PD Dr. Reimund Schwarze

In der ökonomischen Nachhaltigkeitsdebatte spielt die Frage der Diskontierung und der Höhe der Diskontrate für öffentliche Projekte eine zentrale Rolle. Dies hat damit zu tun, dass zahlreiche Umweltgüter staatlich bereitgestellt werden und als staatliche Leistungen mit Hilfe der Kosten-Nutzen-Analyse auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Dies geschieht bei langfristigen Projekten mit Hilfe finanzmathematischer Methoden wie z.B. der Barwertmethode, die eine positive Diskontrate ansetzen. Die Diskontierung wirkt allerdings auch außerhalb öffentlicher Investitionsentscheidungen auf die Möglichkeit einer nachhaltigen Ressourcennutzung, denn auch private Investitionsentscheidungen rechnen mit den gleichen dynamischen Investitionsrechnungsmethoden, d.h. mit einer positiven Diskontrate. Dies führt je nach Höhe zu einem beschleunigten privaten Ressourcenverzehr (bei hohem Zins) oder zu einem verlangsamten privaten Ressourcenverzehr (bei niedrigem Zins). In der einen wie der anderen Weise führt die Abzinsung zukünftiger Kosten und Nutzen im Rahmen von Investitionsentscheidungen jedoch immer zu einer Geringschätzung der Bedürfnisse und Betroffenheiten zukünftiger Generationen.

Das zeigen die in Tabelle 1 und Abbildung 1 dargestellten Beispiele.

Zeitpunkt	T=0	T=10	T=20	T=30	T=40	T=50	Barwert
Aufwand	-2000000	0	0	0	0	0	-2000000
Ertrag	0	+100000	+100000	+100000	+100000	+100000	+5000000

Keine Diskontierung

Zeitpunkt	T=0	T=10	T=20	T=30	T=40	T=50	Barwert
Aufwand	-2000000	0	0	0	0	0	-2000000
Ertrag	0	+67556	+45639	+30832	+20829	+14071	+2148218

Diskontrate: 4%

Zeitpunkt	T=0	T=10	T=20	T=30	T=40	T=50	Barwert
Aufwand	-2000000	0	0	0	0	0	-2000000
Ertrag	0	+38554	+14864	+5731	+2209	+852	+991481

Diskontrate 10%

Tabelle 1: Barwerte von Zahlungsreihen

Dargestellt sind dort die Barwerte von Zahlungen (Aufwand oder Ertrag) zu unterschiedlichen Zeitpunkten und der Barwert der Zahlungsströme als ganzes für unterschiedliche Diskonraten. In dem einfachen Beispiel geht es um einen Aufwand von 2 Millionen Geldeinheiten (Euro), der einen dauerhaften Ertrag von 100.000 Euro hervorbringt. Wenn wir diesen Aufwand als Nutzenverzicht der Gegenwärtigen interpretieren und den Ertrag als Nutzen der Zukünftigen, dann wird deutlich, wie mit der Diskontierung der Nutzen der Zukünftigen im Verhältnis zum Nutzenverzicht der Gegenwärtigen rapide abnimmt. Eine ohne Diskontierung lohnende Investition, mit einem Nettonutzen von 3 Millionen, erscheint bei Anwendung einer Diskont-

rate von 10% als unwirtschaftlich. Sie erbringt als Barwert einen Nettoverlust von über 1 Million Euro. Selbst bei Anwendung einer moderaten Verzinsung - viele Ökonomen betrachten eine Diskontrate von 4% als „natürliche Verzinsung“ - erreicht sie nur gerade die Wirtschaftlichkeitsschwelle. Deutlich wird, dass insbesondere langfristige Nutzen bei einer Diskontierung kaum noch ins Gewicht fallen. Der Nutzen im 50. Jahr wiegt bei einer 10%-igen Diskontierung weniger als ein Hundertstel eines vergleichbaren Nutzens in der Gegenwart! Es stellt sich daher die Frage, ob eine solche marktübliche Diskontierung mit dem Grundsatz der intergenerationalen Gerechtigkeit und einer nachhaltigen Naturbewirtschaftung vereinbar ist. Die Literatur zu dieser Frage ist mittlerweile unüberschaubar und stark ausdifferenziert. Systematisierende Arbeiten gibt es wenige. (Eine recht gute Systematisierung gibt Ulrich Hampicke, Neoklassik und Zeitpräferenz: der Diskontierungsnebel, in: Frank Beckenbach (Hrsg.), Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie, Metropolis-Verlag, Marburg, 1991, S. 127-150). Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die häufigsten Rechtfertigungen einer Diskontierung im intergenerationalen Kontext und versucht, einige verbreitete Missverständnisse aufzuklären. Darüber hinaus werden (als Alternative zur Diskontierungsbeschränkung) einige Vorschläge der institutionellen Verankerung von Langzeitverantwortung erörtert.

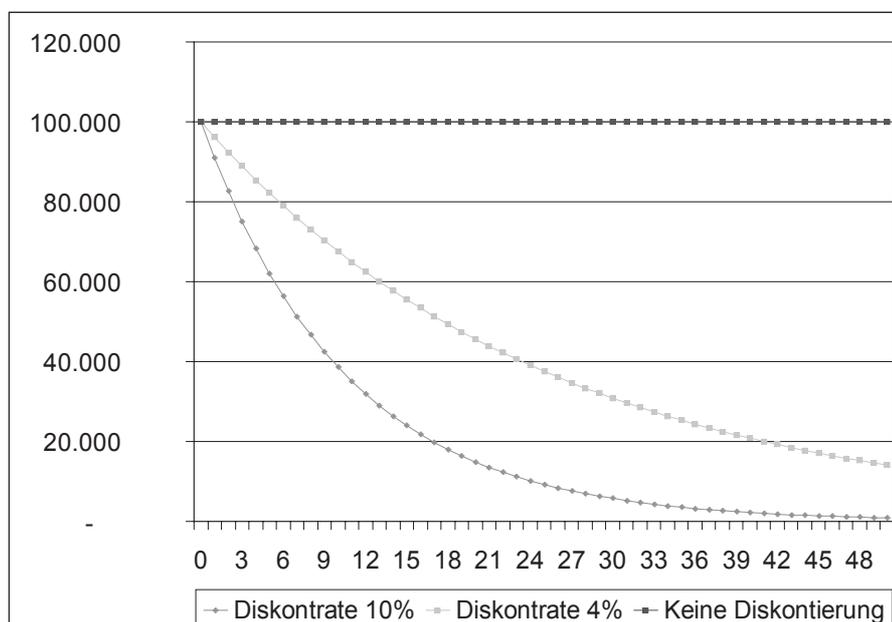


Abbildung 1: Effekt der Diskontierung auf die Bewertung zukünftiger Nutzen

(weiter auf Seite 17)

(Für und Wider... Fortsetzung von Seite 16)

Die These der „reichen Zukunft“

Die Diskontierung von zukünftigen Nutzen und Kosten kann entweder konsumseitig oder produktionsseitig begründet werden. Produktionsseitig gründet sich die Diskontierung auf der Erwartung eines stetigen technischen Fortschritts bzw. einer stetig wachsenden Wirtschaft. Diese nach meiner Einschätzung tiefsitzendeste ökonomische Rechtfertigung - sozusagen das „Bauch-Argument“ - der Diskontierung lautet: Es ist ineffizient, zukünftige und gegenwärtige Güter gleich zu bewerten, wenn die Zukunft reicher ist als die Gegenwart. Warum sollte man denn in Zeiten des Mangels für Zeiten des Überflusses sparen? Die Logik für dieses Argument verdeutlicht das folgende Beispiel von Horst Siebert, dem früheren Präsidenten des IfW Kiel. Siebert schreibt: Heute klagen viele Umweltschützer und Städteplaner über historisch gewachsene Gemengelage von Wohngebieten und Industriegebieten in vielen altindustriellen Gebieten, z.B. im Ruhrgebiet. Im Sinne einer Verhinderung zukünftiger Umwelt- und Gesundheitsrisiken würde man heute im Rahmen einer großflächigen Planung eine Ansiedlung der Industriebetriebe in der äußeren Peripherie verlangen. Aber wäre es vernünftig gewesen, von den Bürgern der Gründerzeit bei den damaligen langen Arbeitszeiten und schlechten Fortbewegungsmitteln zu verlangen, die aus heutiger Sicht notwendigen langen Wege auf sich zu nehmen? Seine Antwort lautet: Dies wäre nicht nur ineffizient, sondern auch ungerecht, denn die Nutzenopfer der Vergangenheit ständen in keinem Verhältnis zu den Nutzenopfern der Gegenwart. Dieses Beispiel verdeutlicht aber zugleich, dass es bei der „These der reichen Zukunft“ nicht um die Diskontierung von Nutzen geht, denn der Konsumverzicht der Vergangenheit wiegt in diesem Zusammenhang nur deshalb mehr, weil er vor dem Hintergrund einer völlig anderen, wesentlich schlechteren Versorgungslage erfolgt, und nicht etwa aus einer bloßen Ungeduld oder Kurzsichtigkeit („Myopie“). Tatsächlich lässt sich die Diskontierung von zukünftigem Konsum bei einem stetigen Konsumwachstum schwer mit dem Hinweis auf die Fairness gegenüber zukünftigen Generationen zurück zu weisen. Wenn der materielle Reichtum der Menschheit stetig wächst, und wenn die Menschen Sättigungsercheinungen zeigen („Gesetz des abnehmenden Grenznutzens“), dann wäre

es gerade unter Berücksichtigung der (geringeren) Nutzen zukünftiger Generationen zwingend, dass die Heutigen nicht zugunsten der Zukünftigen sparen. Es stellt sich jedoch die Frage nach der Plausibilität der Annahme eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums. Hält man sich die wirtschaftliche Entwicklung der Vergangenheit vor Augen, so spricht zunächst vieles für dieses Argument. Das Pro-Kopf-Einkommen ist bis auf wenige historische Phasen - die Weltkriege - weltweit durchschnittlich gestiegen und das bei einer gleichzeitig stark wachsenden Weltbevölkerung. Aber kann man diesen Trend in alle Zukunft extrapolieren, wie dies die Zinseszinsformel der Investitionsrechnung tut? Im Kontext mit den deutlich werdenden Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Natur (Klimawandel) und der Erschöpflichkeit fossiler Brennstoffe sowie anderer Ressourcen sind hier Zweifel angebracht. Tatsächlich reagieren alle Modelle optimalen Wachstum sehr empfindlich auf

**Der Traum von gestern
ist die Hoffnung von heute und
die Realität von morgen.**

Robert H. Goddard

die Einführung einer erschöpflichen Ressource. Ein über alle Zeiten durchzuhaltendes positives Konsumniveau ist hier nur unter zwei alternativen Bedingungen möglich, nämlich 1) bei unbeschränkter Substituierbarkeit der Ressource oder 2) bei einem grenzenlosem technischen Fortschritt, der es ermöglicht, irgendwann aus einem Atom Kohle die gleiche Leistung zu gewinnen wie heute aus einer Tonne. Aus Sicht einer ökologischen Ökonomik muss man angesichts dieser Voraussetzungen wohl eher skeptisch gegenüber einer zinseszinsmäßigen (exponentiellen) Fortschreibung des Wachstumstrends der letzten zwei Jahrhunderte sein.

Rechtfertigungen einer Diktatur der Gegenwart

Konsumseitig beruht die Diskontierung auf der Annahme einer sog. sozialen Zeitpräferenz, d.h. einer gesellschaftlichen Geringerschätzung zukünftiger Nutzen gegenüber den Nutzen in der Gegenwart. Tatsächlich beobachten wir diese „Ungeduld“ alltäglich. Aufgrund dieser „Ungeduld“ verlangen Sparer z.B. einen positiven Zins für ihren vorübergehenden Konsumverzicht. Aus dieser beobachtbaren Ungeduld kann man nun die folgende Schlussfolgerung ziehen:

Wenn jeder Einzelne für sich zukünftigen Nutzen minderbewertet, dann muss dies auf der Grundlage des ökonomischen Postulats des „methodologischen Individualismus“ zu einem allgemeinen Gesetz erklärt werden. Der „methodologischen Individualismus“ verlangt nämlich, dass jede soziale Bewertung auf individuelle Bewertungen basieren soll. Allokationszustände in der Zeit sollen daher entsprechend der aggregierten Zeitpräferenz der Individuen bewertet werden. Die beobachtete individuelle Zeitpräferenz begründet insofern auch eine soziale Zeitpräferenz. Angewandt auf den intergenerationalen Kontext taucht allerdings sofort die Frage auf, welche Menschen definieren die soziale Diskontrate bzw. warum definieren eigentlich die gegenwärtigen Menschen diese? Eine häufige Begründung für diesen axiomatischen Gegenwartsbezug lautet: Eine demokratische Entscheidung kann nur die Präferenzen der gegenwärtig Lebenden widerspiegeln („Diktatur der Gegenwart“), denn die Zukünftigen haben nun einmal keine Stimme, um ihre Präferenzen vorzutragen. In dieser Sicht wäre der Schutz der Nachwelt eine selbst auferlegte moralische Pflicht der Gegenwärtigen gegenüber zukünftigen Generationen und nicht deren Recht.

Nachweltschutz als Koordinationsproblem

Eine solche „Diktatur der Gegenwart“ gesetzt, stellt sich natürlich die Frage, ob wir auf das Pflichtbewusstsein der Gegenwärtigen gegenüber den Zukünftigen vertrauen können? Man muss in dieser Hinsicht skeptisch sein, denn wir beobachten in der Praxis selbst dort, wo Menschen ein aufrichtiges Interesse an der Nachwelt haben, spricht beim Erbmotiv, ein kurzfristiges, zumeist nur auf ein oder zwei Generationen ausgerichtetes Pflichtbewusstsein. Und selbst wenn wir daraus die Hoffnung schöpfen würden, dass das kurzfristige Erbmotiv in der Kette der Generationen zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen führen würde, entsteht im Bereich des Umweltschutzes ein Problem, auf das der Nobelpreisträger der Ökonomie Amartya Sen aufmerksam gemacht hat. Er hat dieses Problem als Isolationsparadox bezeichnet. Es besteht nach Sen ein wichtiger Unterschied zwischen einem gemeinschaftlichen Sparakt, der fair zwischen den Zukünftigen aufteilt wird, und einem individuellen Akt des Sparens, in dem jeder für seine eigenen Nachkommen Konsumverzicht

(weiter auf Seite 18)

(Für und Wider... Fortsetzung von Seite 17)

leistet und deshalb damit rechnen kann, dass ein bestimmter Anteil davon an seine eigenen Nachkommen fließt. Sen zeigt, dass die individuelle Zeitpräferenz und entsprechend die individuelle Diskontrate immer dann höher als die soziale Diskontrate sein muss, wenn infolge von Erbschaftssteuern oder Unterbeschäftigung nicht der volle Ertrag der eigenen Ersparnis an die eigenen Nachkommen übergeht oder wenn eine Person heute für sich im Verhältnis zum Rest der Gesellschaft mehr beansprucht, als er für seine Nachkommen gegenüber anderen aus der Zukunftsgemeinschaft beansprucht („Mir soll es besser gehen als meinen Zeitgenossen, bei meinen Kindern muss dies nicht unbedingt der Fall sein.“). In beiden Fällen lässt sich aus der offenbarten individuellen Zeitpräferenz keine gleichgroße soziale Zeitpräferenz ableiten. Da zahlreiche globale Umweltgüter, wie z.B. der Erhalt der Erdatmosphäre und des Weltklimas, kollektive Sparakte sind, können wir uns insofern bei der Wahl der Diskontrate nicht auf die Präferenzen der Gegenwärtigen verlassen, sondern benötigen eine überindividuell konstruierte moralische Pflicht, d.h. eine Nachhaltigkeitsregel, zum Schutz der elementaren Lebensinteressen der Zukünftigen.

Institutionen der Langzeitverantwortung

Folgt man diesem Argument, gelangt man zu einer politisch festgelegten Diskontrate, die unterhalb der individuellen Zeitpräferenz liegt und damit unterhalb des Marktzinssatzes. Doch kann man sich in diesem Zusammenhang auf die Politik verlassen? Auch hieran kann man erhebliche Zweifel haben. Allein der Wiederwahlwunsch der Politiker zwingt diese dazu, sich an den (Zeit-)Präferenzen der Mehrheit der (gegenwärtigen) Wähler zu orientieren. In Bezug auf die Alternative politisch festgelegte versus dezentral marktmäßig bestimmte Diskontrate bewegt man sich also im Rahmen der Suche nach dem „kleineren Übel“. Ein Kompromiss wäre es in dieser Lage, die Langzeitverantwortung in politischen Institutionen zu verankern, die über eine höhere Konstanz und Stabilität verfügen und weniger den Jetztzeit-Interessen verpflichtet sind als die Parlamentsvertreter und Regierungen, z.B. bei Staatsoberhäuptern (insb. in Monarchien), bei Kirchen oder der Wissenschaft. Möglich wäre auch die Schaffung neuer Institutionen der Langzeit-

verantwortung, etwa eines Sachverständigenrats für Zukunftsfragen oder eines Ombudsmann für zukünftige Generationen.

Eine andere Möglichkeit dem Dilemma der Bestimmung der „richtigen“ Diskontrate zu entkommen bestünde darin, die Diskontierung in herkömmlicher Weise entsprechend dem Marktzins vorzunehmen, und die Rechte zukünftiger Generationen durch unveräußerliche Grundrechte zu berücksichtigen. Es wären dann bestimmte Grundnutzungsansprüche zu formulieren, z.B.

- das Recht auf Minimierung irreversibler Risiken,
- das Recht auf Nutzung erneuerbarer Ressourcen,
- das Recht auf Erhalt des bestehenden Naturvermögens u.a.

Diese Grundrechte wären als Restriktion der Handlungsfreiheit der gegenwärtig Lebenden zu betrachten und würden z.B. zu der Forderung nach ökologischen Ausgleichsprojekten (Aufforstung für Abholzungen, Schaffung von Naturreiservaten als Ersatz für die Nutzung von naturbelassenen Flächen u.ä.) führen, wie dies im Konzept der schwachen Nachhaltigkeit angelegt ist. Mir scheint, dass man mit einem solchen Vorgehen dem Problem intergenerationaler Gerechtigkeit eher gerecht würde als durch die unbestimmte Forderung nach einem Verbot oder der Senkung der sozialen Diskontrate. Welche Fallstricke sich bei einem Verzicht auf die Diskontierung aus Sicht einer ökologischen Ökonomik ergeben würden, verdeutlicht der folgende Abschnitt.

Paradoxien eines Diskontierungsverzichts

Häufig wird von Ökologen gefordert, auf die Diskontierung ganz zu verzichten. Diese Forderung ist aber auch unter Umweltgesichtspunkten ambivalent. Auf der Seite der Pros ist zu verbuchen, dass weit in der Zukunft auftretende Umweltkosten des heutigen Wirtschaftens ohne Diskontierung zumindest im Rahmen der Evaluierung öffentlicher Projekte gewichtiger werden, so dass Problemverlagerungen auf zukünftige Generationen, wie etwa die Atommüllproblematik, schwieriger durchsetzbar werden. Ein Verzicht auf Diskontierung ist auch deshalb unter Umweltgesichtspunkten attraktiv, weil nur in langer Sicht verfügbare umweltschonende Energiealternativen, wie z.B. die Photovoltaik, gegenüber der Nutzung vorhandener,

weniger umweltschonender Energiequellen, weniger „unwirtschaftlich“ werden. Schließlich spricht für eine Diskontrate von Null das Argument, dass die Nutzung erschöpflicher Ressourcen dadurch zeitlich gestreckt würde. Es gibt jedoch auch negative ökologische Wirkungen einer Diskontrate von (nahe) Null. Ökologen finden sich z.B. häufig völlig unerwartet auf der Seite der Diskontierungsbefürworter, wenn es um langfristig angelegte Großprojekte geht, die eine gegebene naturverträgliche Nutzung zerstören, wie etwa der Bau von Staudämmen in Entwicklungsländern. Eine Diskontrate von Null macht derartige Projekte nämlich attraktiver als im traditionellen Nutzen-Kosten-Kalkül mit Diskontierung. Weiterhin übersieht die pauschale Forderung nach Senkung der Diskontrate, dass niedrige Diskontraten neben einem mikroökonomischen Struktur auch einen makroökonomischen Niveaueffekt haben. Sie machen Investitionen generell attraktiv. Hohe Diskontraten verlangsamen dagegen insgesamt die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn eine hohe Investitionsquote einer Wirtschaft - nach den Gesetzen der Thermodynamik - mit hohem Rohstoffverbrauch einhergehen, bedeutet dies, dass mit hohen Diskontraten der Rohstoffvorrat eher geschont wird als mit niedrigen. Anders ausgedrückt, eine niedrige Diskontrate ermöglicht die Durchführung von mehr Projekten, die jedes für sich genommen zwar weniger ressourcenintensiv sind, die aber insgesamt einen höheren Ressourcenverzehr darstellen können als die wenigen ressourcenintensiven Projekten, die bei einer hohen Diskontrate durchgeführt werden. Welcher der beiden Effekte überwiegt, ist vor allem in langer Sicht nicht klar. Insgesamt kann insofern nicht gesagt werden, dass ein Verzicht auf Diskontierung aus Umweltgesichtspunkten immer vorteilhaft ist. Ich plädiere daher dafür, ökologische Gesichtspunkte durch Restriktionen, wie sie in den Konzepten der starken oder schwachen Nachhaltigkeit niedergelegt sind, zu berücksichtigen, anstatt pauschal auf eine Diskontierung zu verzichten bzw. die soziale Diskontrate niedriger als den Marktzins anzusetzen.

Dr. Reimund Schwarze, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DIW Berlin, forscht gegenwärtig zum Thema „Wirtschaftswissenschaften und Nachhaltige Entwicklung“



Generationengerechtigkeit aus ökonomischer Sicht

Abdiskontierung - die ökonomische Art der Zukunftsbewertung in der Diskussion,

von Dipl.-Kfm., Dipl.-Pol. Jörg Tremmel

Jeder Ökonomiestudent bekommt im Grundstudium die Frage gestellt, ob er lieber heute oder lieber in einem Jahr 1000 Euro bekommen würde. Natürlich möchte jeder das Geld sofort. Damit soll die in der Ökonomie gängige Praxis der Abdiskontierung plausibel gemacht werden. Aber handelt es sich bei der Zeitpräferenz wirklich um ein empirisches Faktum? Und wenn ja, wie ist sie normativ zu bewerten?

Das Verfahren der Wertminderung zukünftigen Nutzens und Schadens proportional zu ihrer zeitlichen Entfernung führt aber wie kein anderes zur „Zukunftsvergessenheit“ und „Gegenwartspräferenz“.

Der Beitrag stellt die Gedanken von Dieter Birnbacher zur Diskussion (in geringem Maße ergänzt durch meine eigenen). Birnbacher untersuchte in einer Vielzahl von Zusammenhängen, ob diese Gegenwartspräferenz ethisch ist - und ob sie überhaupt rational ist. Er konstatiert zunächst, dass „sowohl über die Aufgaben als auch die Bemessungsgrundlage der Diskontrate in den Wirtschaftswissenschaften ein gewisses Maß an Verwirrung herrscht. Das technische Instrument der Diskontierung wird mit einer Vielfalt von Aufgaben betraut, die nur selten klar voneinander getrennt und auf ihre jeweiligen Grundlagen und ihre spezifische Anwendbarkeit hin durchleuchtet werden. So soll die Zukunftsdiskontierung je nach Kontext einmal die Mindereinschätzung zukünftigen Nutzens aus Gründen der reinen Zeitpräferenz repräsentieren, ein andermal die Mindereinschätzung zukünftigen Geldes aufgrund des Zinses, ein andermal die Unsicherheit über das Eintreten zukünftiger Ereignisse (Unsicherheitsdiskontierung). Zeitpräferenz, Zins und Unsicherheit sind allerdings drei so verschiedene Dinge, dass es eher nur Verwirrung stiftet, sie durch dasselbe formale Instrument zu repräsentieren.“¹

Birnbacher blendet im folgenden Zins-effekte und Unsicherheit aus und untersucht die reine Zeitpräferenz. Er kommt zu dem Schluss, dass sie sogar aus einer eigennützig verstandenen Rationalität eines Individuums heraus grob unvernünftig ist. Will ein homo oeconomicus seiner Strategie der Maximierung seines Lebenszeitnutzens treu bleiben, so darf er sich auf reine Zeitpräferenz, also auf

Diskontierung seines zukünftigen Nutzens und Schadens nicht einlassen. Denn sonst würde für ihn „die Zukunft zu kurz kommen“, d.h. der entgangene Nutzen in seinen späteren Lebensjahren würde den zusätzliche Nutzen in den frühen Lebensjahren überkompensieren.

Birnbacher versucht dies an zwei Beispielen zu verdeutlichen, bei denen annahmegemäß Unsicherheit und Zinsen unberücksichtigt bleiben.

Beispiel 1:

Investive versus konsumtive Option.

Ein rationaler Egoist (R.E.) ist zum Planungszeitpunkt 20 Jahre alt und rechnet mit einer zukünftigen Lebenszeit von weiteren 50 Jahren. Er hat die Wahl zwischen zwei Optionen: bis 30 die Mühen eines entbehrensreichen Studiums und einer unerfreulichen Wartezeit auf sich zu nehmen (Nutzniveau 1) und danach bis 50 gut (Nutzniveau 3), danach sogar sehr gut (Nutzniveau 4) gestellt zu sein (A); oder sofort ins Berufsleben einzutreten und von Anfang an gut (Nutzniveau 3), ab 50 wegen zunehmender Erschöpfung allerdings nur noch befriedi-

Alter	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70
Nutzniveau A	1	3	3	4	4
Nutzniveau B	3	3	3	2	2

gend (Nutzniveau 2) gestellt zu sein (B): Fasst man die Nutzniveaus als addierbare Größen auf, wird ein R. E. die Option A vorziehen, da das Nutzenintegral über die erwartete Lebenszeit größer ist. Die Nutzenverzichte im ersten Dezennium des Planungszeitraums werden durch die Nutzenzuwächse in den späteren Lebensphasen mehr als ausgeglichen. Etwas anderes folgt, wenn R.E. den Nutzen späterer Lebensphasen entsprechend ihrer zeitlichen Entfernung zur Gegenwart „diskontiert“ und etwa den Nutzen der unmittelbar bevorstehenden Lebensphase fünfmal so stark, den der folgenden viermal, den der nächsten dreimal, den der vorletzten zweimal so stark gewichtet wie den der letzten Lebensphase. Es zeigt sich, dass bei Summierung über alle Lebensphasen Option B ceteris paribus vorzuziehen wäre.

Option B ist jedoch offensichtlich irrational, da sie das Nutzenmaximum über die Lebenszeit verfehlt. B zu wählen, wäre in

eklatanter Weise unklug.

Dann ergibt sich die folgende gewichtete

Alter	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70
Nutzniveau A	5	12	9	8	4
Nutzniveau B	15	12	9	4	2

Matrix:

Die Maximierung des Nutzenintegrals erfordert in „worse before better“-Fällen, in denen sich ein kurzfristiger Nutzenverzicht langfristig auszahlt, die Wahl einer „investiven“ Option statt einer zunächst bequemeren „konsumtiven“ Option.

Beispiel 2:

Verzehr einer erschöpfbaren Ressource.

Der 20jährige R. E. weiß, daß er bis zu seinem Tode in 50 Jahren seinen Lebensunterhalt ausschließlich aus einem ererbten Vermögen von 1 Mio. Euro bestreiten muß. Er weiß weiterhin, dass sich der Wert des Vermögens zwar nominell, nicht aber seiner realen Kaufkraft nach vergrößern wird, und daß der Nutzen, den er aus dem Verzehr des Vermögens zieht, eine konkave Funktion des konsumierten realen Geldwerts ist (abnehmender Grenznutzen).

Offensichtlich steht R. E. unter den gegebenen Bedingungen nur eine einzige Strategie offen: den Konsum des Vermögens gleichmäßig über die Jahre zu verteilen und nicht mehr und nicht weniger als 20.000 Euro (real) jährlich zu verbrauchen. Sowohl ein Mehr- als auch ein Minderkonsum wäre mit der Maximierung des Nutzenintegrals über die Lebenszeit unvereinbar. Würde er in einem Jahr mehr konsumieren, müsste er den Mehrkonsum in anderen Jahren durch Minderkonsum ausgleichen, um seine Ressourcen nicht vorzeitig zu erschöpfen. Dadurch würde sich jedoch die Gesamtsumme des Nutzens vermindern, da bei konkaver Nutzenfunktion der zusätzliche Nutzen durch Mehrkonsum geringer ist als der Nutzenentgang durch einen gleich hohen Minderkonsum. Derselbe Effekt ergäbe sich, würde R. E. in einem Jahr weniger konsumieren. Der Nutzenentgang durch den Minderkonsum könnte durch den zusätzlichen Nutzen aus dem Mehrkonsum nicht ausgeglichen werden. Hätte R. E. etwa zwischen den beiden Verteilungen A und B zu wählen (die

(weiter auf Seite 20)

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 19)

Beträge bezeichnen den Konsum in realen Geldwerten pro Jahr),

Alter	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70
Nutzenniveau A	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Nutzenniveau B	30.000	25.000	20.000	15.000	10.000

So wäre er also gut beraten, die Konsumverteilung A zu wählen. Würde R. E. dagegen seinen zu künftigen Nutzen abdiskontieren und den in den früheren Dezentennien anfallenden Nutzen stärker gewichten als den in den späteren Dezentennien anfallenden Nutzen, etwa wieder im Verhältnis 5:4:3:2:1, ergäbe sich - mit der Quadratwurzel als Nutzenfunktion - die gewichtete Nutzenverteilung:

Alter	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70
Nutzenniveau A	5x141	4x141	3x141	2x141	1x141
Nutzenniveau B	5x173	4x158	3x141	2x122	1x100

mit einer größeren Nutzensumme für B. Eine starke Zeitpräferenz würde also auch hier wieder die Wahl einer Option nahelegen, die, zeitlich unverzerrt betrachtet, eindeutig unvorteilhaft ist.⁶²

Birnbacher weiter: „Gerade Wirtschaftswissenschaftler haben wiederholt auf die zum Teil absurden theoretischen Konsequenzen der Zukunftsdiskontierung hingewiesen. Wachstumstheoretiker wie Solow, Dasgupta und Heal haben darauf aufmerksam gemacht, dass wenn man den Diskontsatz nur hoch genug ansetzt, der „optimale“, den jeweils diskontierten Nutzen maximierende, Wachstumspfad einer Volkswirtschaft paradoxerweise zu einer stetigen Abnahme des Pro-Kopf-Konsums (asymptotisch zu Null) führt. Trotz gegebener Wachstumsmöglichkeiten würde infolge der Minderschätzung zukünftigen Konsums so wenig investiert, dass sich die Konsumchancen der Späteren verschlechtern statt verbessern (Solow, 1974b, 10). Vernichtende Kritik an der Zeitpräferenz haben insbesondere die Ökonomen-Philosophen Ramsey und Harrod geübt. Ramsey (1928, 543) führte die Zeitpräferenz schlicht auf eine Schwäche der menschlichen Einbildungskraft zurück. Harrod bezeichnete die Zeitpräferenz als eine „höfliche Umschreibung für Raffgier und die Unterwerfung der Vernunft unter die Leidenschaften“ (Sen, 1961, 482). Auch in der Gegenwart kommt ein Gutteil der grundsätzlichen Infragestellung der Zeitdiskontierung aus den Reihen der Wirtschaftswissenschaftler selbst. Arrow (1973a, 260) etwa macht keinen Hehl dar-

aus, dass er die Verwendung der Zeitdiskontierung in ökonomischen Modellen lediglich als pragmatische Anpassung an die Zeitpräferenz ihrer Anwender sieht, für die es ihrerseits jedoch keine theoretische Rechtfertigung gebe. E.F. Schumacher (1974, 58) hat die Methode des „discounted cash flow“ als „die logische Vollendung eines Egoismus“ bezeichnet, „der vollständig dem Sofort-Nutzen verhaftet und unfähig ist, die Zukunft als menschliche Realität ernst zu nehmen“.³

Soweit die Kritik Birnbachers. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die Abdiskontierung nicht ein triviales höheres Modell der Wirtschaftswissenschaften ist, von dem man sich möglicherweise schnell trennen kann. Sie ist ein Grundpfeiler. Ein Großteil der Lehrbücher müssten umgeschrieben werden, wollte man auf sie verzichten. Auch in Generationenbilanzen (Generational Accounting) wird bisher kräftig abdiskontiert.

Wir haben gelernt wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen, doch wir haben die einfache Kunst verlernt: wie Brüder zu leben.

Martin Luther King

Diskussion

Ein Kritikpunkt könnten die restriktiven Annahmen von Birnbacher (1988) sein: Aus verschiedenen Gründen würde „in the real world“ ein rationales und eigenütziges Individuum 1000 Euro heute 1000 Euro in einem Jahr vorziehen. Zum einen gibt es Zinsen und bei einem Realzins von 5 Prozent sind meine 1000 Euro, wenn sie heute angelegt werden, in einem Jahr 1050 Euro wert. Selbst wenn das Individuum in einem Land mit Zinsverbot lebt, könnte es das Geld zu einer Beteiligung an einem Unternehmen nutzen und so einen Ertrag erzielen.

Zweitens gibt es nun einmal verschiedene Risiken: Habe ich wirklich in einem Jahr Zugriff auf die 1000 Euro? Kann ich mir bei der Berechnung meines Lebenszeiteinkommens 100%ig sicher sein über meine Restlebenszeit? Das Leben ist nun mal nach hinten begrenzt. Selbst wenn ich mir ziemlich sicher bin, in einem Jahr noch zu leben, so erhöht es doch meine Freiheitsgrade, heute die 1000 Euro zu haben.

Überdies hat man „in the real world“ gemeinhin in jungen Lebensjahren empirisch gesehen weniger Ressourcen und

Einnahmequellen als später.

Berücksichtigt man dies, so ist es rational, sein sonstiges Einkommen durch das Aufbrauchen der Erbschaft in jungen Jahren stärker „aufzustocken“ als in späteren (anders als Birnbacher in seinem 2. Beispiel nahe legt).

Entscheidend ist, dass es keine Personenidentität gibt.

Typisch für das Forschungsgebiet „Generationengerechtigkeit“ sind gerade nicht Fragen der Zeitpräferenz eines Individuums oder einer Generation, sondern Fragen der Verteilung zwischen den Generationen.

Alle bisherigen Beispiele gingen aber bisher von Personenidentität aus. Mir - als heute 30jährigem - mag es lieber sein oder nicht, 1000 Euro heute zu bekommen als in 20 Jahren, wenn ich 50 bin. Aber mein Nutzen, das Geld heute zu bekommen, ist c.p. genau gleich dem Nutzen eines nicht mit mir identischen, zukünftigen Individuums mit den gleichen Lebensumständen, welches das gleiche Angebot bekommt. Wenn man den zukünftigen Schaden, der irgendwann in den nächsten Jahrhunderten durch den Treibhauseffekt entsteht, nur hoch genug abdiskontiert, dann wäre es nicht mal rational, heute einen Euro zur Schadensvermeidung aufzubringen - selbst wenn der Schaden, den kommende Generationen haben, dadurch komplett vermieden werden könnte. Aus Sicht der ökonomischen Lehre würde es sich für uns heute nicht lohnen, einen einzigen Euro zu investieren, selbst wenn wir damit einen Schaden von 38 Milliarden Euro in 500 Jahren verhindern könnten (Zinssatz: 5 Prozent). Denn diesem einen Euro entspricht in 500 Jahren ein Gegenwartswert von 39,3 Milliarden Euro. Man versteht nun, warum das Verfahren der Wertminderung zukünftigen Schadens und Nutzens dem Vorwurf ausgesetzt ist, zur Zukunftsvergessenheit und Gegenwartspräferenz zu führen.

(weiter auf Seite 21)



(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 20)

Festzuhalten bleibt, dass die treffendste Kritik nicht gegen die Zeitpräferenz, sondern gegen die Personenidentität angebracht werden kann.

¹ Birnbacher, Dieter: Verantwortung für zukünftige Generationen, Stuttgart 1988, S.89

² A.a.O. S.36-38

³ A.a.O. S. 88-98

Literatur

Arrow, Kenneth J.: Some ordinalist-utilitarian notes on Rawls' Theory of Justice, in: Journal of Philosophy 70, 1973a, S.245-263

Asheim, Geir/Buchholz, Wolfgang: The Malleability of undiscounted utilitarianism as a criterion of intergenerational justice (erscheint in Kürze in: ECONOMICA)

Bayer, Stefan: Generation Adjusted Discounting in Long-term Decision Making, International Journal of Sustainable Development, 2003, 6, S.133-150.

Birnbacher, Dieter/Brudermüller, Gerd: Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität, Würzburg 2001

Birnbacher, Dieter: Verantwortung für zukünftige Generationen, Stuttgart 1988

Gollier, Christian: Discounting an Uncertain Future, Mimeo, Université de Toulouse, 2000

Hampicke, Ulrich: Ökologische Ökonomie, Opladen 1992

Hampicke, Ulrich: Neoklassik und Zeitpräferenz: der Diskontierungsnebel, in: Frank Beckenbach (Hg.): Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie, Marburg 1991, S. 127-150

Ott, Konrad: Reflections on Discounting, some philosophical remarks, International Journal of Sustainable Development, 2003, 6, S.7-24

Portney, Paul R. and Weyant, John P. (Hg.): Discounting and Intergenerational Equity, Resources for the Future, Washington, D.C. 1999

Ramsey, Frank P.: A mathematical theory of saving, in: Economic Journal 38, 1928, S.543-559

Schuhmacher, E.F.: Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums. München 1974

Sen, Amartya K.: On optimising the rate of saving, in: Economic Journal 71, 1961, S.479-496

Sen, Amartya K.: The Standard of Living, Cambridge University Press, Cambridge 1987

Sen, Amartya K.: Commodities and Capabilities, Oxford University Press, Oxford/New York 1999

Solow, Robert M.: On the Intertemporal Allocation of Natural Resources, Scandinavian Journal of Economics, 1986, 88, S. 141-149

Solow, Robert M.: The economics of resources or the resources of economics. In: American Economics Review, Papers and Proceedings 64, 1974, S. 1-14

Weitzman, Martin L.: Why the Far-Distant Future Should Be Discounted at Its Lowest Possible Rate, Journal of Environmental Economics and Management, 1998, 36, S. 201-208

Liebe Leser, Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir die „Generationengerechtigkeit!“ weiter verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:

GG! - Redaktion
Postfach 5115
D-61422 Oberursel
Tel. +49-6171-982367
Fax +49-6171-952566
E-mail: info@srzg.de

Bitte nennen Sie uns auch Leser aus Ihrem Bekanntenkreis, denen wir eine Ausgabe kostenlos zur Probe zusenden können. Wenn Sie selbst inzwischen eine Ausgabe kostenlos erhalten haben, so bitten wir um Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine weiteren Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nun unsere Zeitschrift für 25 Euro im Jahr abonnieren (siehe letzte Seite).

Arbeiten Sie mit in den SRzG/YOIS - Arbeitskreisen!

Wenn Sie inhaltlich arbeiten möchten, bieten sich die SRzG/YOIS-Arbeitskreise an:

⇒ Grundlagen der Generationengerechtigkeit ⇒ Ökologie ⇒ Rentenversicherung ⇒ Staatsfinanzen ⇒ Arbeitsgesellschaft ⇒ Bildung ⇒ Kinderrechte ⇒ Bevölkerungsentwicklung ⇒ Globalisierung/Global Governance ⇒ Energie ⇒ Biotechnologie/Medizin/Gesundheit ⇒ Methoden der Zukunftsforschung ⇒ Stadt- und Raumplanung

Wir suchen für zahlreiche AKs noch Leiter, zumal jeder AK von zwei Personen geleitet werden soll. Die Aufgaben von AK-Leitern und die Anforderungen an Positionspapiere, die dort veröffentlicht werden, finden sich auf unserer Internetseite (www.srzg.de/Arbeitskreise)
Bei Interesse sprechen Sie uns bitte an:

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel. 06171-982367, Fax: 06171-952566, info@srzg.de

Warum es Spaß macht, sich in AKs zu engagieren:

1. Anfragen an die Vorstände für thematische Vorträge werden immer zunächst den jeweiligen AK-Leitern zugeleitet.
2. AK-Leiter werden häufig als Referenten zu Tagungen über ihr Thema eingeladen.
3. AK-Leiter bekommen uneingeschränktes Rede- und Antragsrecht auf den SRzG-Vorstandstreffen.
4. Positionspapiere (und Entwürfe dafür) werden versehen mit der urheberrechtlich wichtigen Formulierung: „erarbeitet unter der Leitung von AK-Leiter XY“.
5. Alle engagierten AK-Leiter erhalten ein symbolisches Dankeschön von 100 Euro im Jahr.
6. Kuratoren und Beiräte der SRzG übernehmen Patenschaften für einzelne AKs.

Wie können Sie in Arbeitskreisen mitarbeiten?

Die Arbeitskreise finden weitestgehend im Internet statt. Dabei werden Mailinglisten und Diskussionsforum komplementär genutzt. Der Meinungsbildungsprozess vollzieht sich größtenteils in den Yahooogroups; alle wichtigen Ergebnisse werden ins Forum übertragen, damit die Arbeit des AK für Außenstehende erkennbar wird.

Wir bitten alle Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS, sich im Diskussionsforum zu registrieren: <http://www.srzg.de/ubb/forum24/html/000003.html>. Auch sollten Sie an den Yahooogroups teilnehmen, für deren Themen Sie sich interessieren. Dazu senden Sie einfach eine leere Mail an die entsprechende E-mail Adresse(n).

Die Generationen zwischen Konsens und Konflikt -

eine Herausforderung für die Politik,

von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU *

Generationenkonflikte sind so alt wie die Menschheit. Die Jugend „...hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und schwatzt, wo sie arbeiten soll...“ Diese Worte könnten aus der heutigen Zeit stammen, sie sind aber fast 2.500 Jahre alt. Schon Sokrates hatte offensichtlich seine Probleme mit jungen Menschen. Generationen zwischen Konsens und Konflikt, diese Frage ist zwar alt, aber heute brennender denn je. Die demografische Entwicklung schreitet für jeden sicht- und spürbar unaufhaltsam voran. Die Belastungen an Abgaben haben zugenommen, die Sozialsysteme sind zum Zerreißen gespannt. Die Frage nach dem Zusammenhalt der Generationen, nach der Generationengerechtigkeit stellt sich immer dringender. Sie stellt sich heute aber in ganz anderer Weise als das etwa vor gut 30 Jahren der Fall war.

Konsens bei zentralen Werten

Damals, in der sogenannten 68er-Zeit, ging ein geistig-kultureller Riss durch die Generationen. Es war eine Rebellion der Jugend gegen die Väter und Mütter, die ihrer Meinung nach in restaurativen Strukturen verharren, sich während der NS-Zeit schuldig gemacht hätten und die diese Schuld verdrängt und nicht aufgearbeitet hätten. Es war der geistige Zusammenprall von Generationen, die auf ganz unterschiedliche Art und Weise sozialisiert waren. Die Älteren waren noch geprägt durch die Weimarer Republik und die NS-Zeit, die Jungen dagegen durch die Nachkriegsjahre in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und stetig wachsendem Wohlstand. Sie hatten wahrlich genug Umbrüche, Leid und Not erlebt. Das reichte für ein Menschenleben. Ihnen ging es um Stabilität. Die Jüngeren konnten in diesem Umfeld der Stabilität an Haltungen, Einstellungen, Werten rütteln und zerren, sie über Bord werfen, ohne dadurch persönlich Schaden zu nehmen.

Dieser geistig-kulturelle Riss mit deutlich unterschiedlichen Einstellungen und Werthaltungen zwischen Jung und Alt ist heute offensichtlich weitgehend geheilt. Die Einstellungen der Jugend z.B. zu Familie, zur Schule, zur Politik, zu Werten, zu den Institutionen usw. unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den Einstellungen der älteren Generation, sieht

man einmal von religiösen Einstellungen ab. Es zeichnen sich keinerlei Spuren von Rebellion ab. Beinahe gibt es unter der Jugend ein Zuviel an Sicherheitsdenken. Das ist wiederum auch nicht so überraschend. Denn im Gegensatz zur 68er-Zeit, wo Alt und Jung aufgrund unterschiedlicher historischer Sozialisation und damit unterschiedlichen Prägung aufeinander prallten, sind im Westen Deutschlands die heute 60-jährigen ebenso in der Bundesrepublik aufgewachsen wie die heute 20 bis 30-jährigen. Wenngleich die heute 60-jährigen zum Teil die ehemaligen 68er sind und gewiss auch die Ideale ihrer Jugend in die bevorstehende oder schon angebrochene Rentenzeit mitgenommen haben, so hat doch die breite Mittelstandsgesellschaft im Westen in etwa gleichartige Haltungen und Einstellungen hervorgebracht. Auf längere Zeit interessant bleiben allerdings die Ost-West-Gegensätze. Denn die heute 60-jährigen im vereinten Deutschland sind in unterschiedlichen Systemen erzogen und groß geworden. Das kommt immer wieder zum Vorschein. In der gesamtdeutschen Jugend gibt es dagegen zwischen Ost und West heute kaum größere Unterschiede in Einstellungen und Erwartungen. Es herrscht also weitgehend Konsens zwischen den Generationen. Es besteht eine große Nähe bei vielen zentralen Werten und Haltungen, die für unser Zusammenleben wichtig sind. Ein geistig-kultureller Riss zeichnet sich nicht ab.

Konsens bei den Einstellungen zum politischen System

Nahe sind sich die Generationen auch bei ihren Einstellungen zum politischen System. Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa, dramatisch steigende Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung lassen offenbar die Zweifel am demokratischen System wachsen. Doch wir alle können ganz und gar nicht zufrieden sein, wenn im Westen rund ein Drittel und im Osten beinahe die Hälfte der Menschen, gerade auch der jungen Menschen, unzufrieden mit der Demokratie sind. Die enge Korrelation zwischen wirtschaftlichem Wohlergehen und Zufriedenheit mit der Demokratie ist ein spezifisch deutsches Problem und sicher aus den Umbrüchen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhun-



derts zu erklären.

Diese Umbrüche haben bekanntermaßen zu einer gebrochenen Identität der Deutschen geführt. Diese gebrochene Identität wirkt offensichtlich immer noch nach, obwohl die entsprechende Generation naturgemäß stetig kleiner wird. Es ist uns offensichtlich bislang in Deutschland nicht gelungen, eine tragende nationale Identität aufzubauen, die uns Deutschen jenseits von wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit Zuversicht, Gemeinschafts- und Selbstwertgefühl gibt und somit der Demokratie tiefere Verankerung bei den Menschen. Die Frage nach unserer nationalen Identität - auch in einer größeren Europäischen Gemeinschaft -, die Frage nach den tragenden und prägenden kulturellen Gemeinsamkeiten in unserem Land, ist für mich angesichts dieser Umfragergebnisse nach wie vor von besonderer Bedeutung. Ich kann nur davor warnen, den geistig-kulturellen-historischen Zusammenhalt in unserem Land zu vernachlässigen. Gerade in wirtschaftlichen Krisen und bei zunehmender Globalisierung gewinnt das kulturelle und geschichtliche Zusammengehörigkeitsgefühl an Bedeutung.

Demografische Veränderungen

Wir stehen mitten in einem demografischen und sozialen Prozess der Veränderung, der Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland massiv beeinflussen wird. Der organische Aufbau einer Gesellschaft - mehr Junge als Alte - wie er seit Jahrtausenden besteht, wird zerstört. Der Generationenbaum wird auf den Kopf gestellt. Das ist in unserer Gesellschaft bisher noch nie da gewesen. Auseinandersetzungen, wenn nicht gar Kon-

(weiter auf Seite 23)

Die politische Feder

(Die Generationen... Fortsetzung von Seite 22)
flikte, über die Gestaltung dieses sich ändernden Deutschlands werden kaum zu vermeiden sein. Sie deuten sich schon heute an: Die Generationenstudie** stellt fest, dass die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Monate latente Konfliktpotenziale zwischen den Generationen vergrößert haben dürften.

Wir haben in Deutschland allzu lange die Fakten der demografischen Entwicklung verdrängt und auch aufgrund unserer jüngeren Geschichte tabuisiert. Wenn sich nichts ändert, drohen alarmierende Entwicklungen: Im Jahr 2010 werden bereits 40 % der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein, im Jahr 2040 sogar die Hälfte. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter würde von heute 46 Mio. auf 27 Mio. im Jahr 2050 zurückgehen. Jedem Rentner würde nur noch ein einziger Erwerbstätiger gegenüber stehen. Heute ist das Verhältnis noch eins zu zwei. Der Beitrag zur Rentenversicherung würde auf rund 25 % im Jahr 2030 steigen. Der Beitrag zur Krankenversicherung könnte bis zum Jahr 2040 rund 23 % erreichen. Allein die soziale Sicherung würde dann die Hälfte der Lohnkosten ausmachen.

Diejenigen, die die sozialen Leistungen in Zukunft bezahlen werden, werden immer weniger. Diejenigen, die Leistungen bekommen, werden immer mehr. Nach Vorhersagen des amerikanischen Forschungsinstituts CSIS (Center for Strategic and International Studies, Financial Times vom 19.11.2002) könnten die bereits vorhandenen Belastungen der Sozialsysteme dazu führen, dass diese in zehn Jahren zahlungsunfähig sind. Die Frage ist deshalb: Wie lange hält der Generationenvertrag noch? Wann birgt die steigende Belastung der Jüngeren so viel Zündstoff, dass ein Verteilungskonflikt zwischen den Generationen zu erwarten ist?

Beunruhigend sind hier die Ergebnisse der Generationenstudie zur Einschätzung von Zukunftsaussichten und wirtschaftlicher Lage. Sie bringt die deutliche Verschlechterung der Zukunftserwartungen sowohl hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wie auch der persönlichen Zukunftsaussichten mit den dramatischen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in Verbindung. Von diesem Punkt aus kann es für manche Jüngere nur ein kleiner Schritt zur Frage sein, warum gerade sie die steigenden Belastungen für die Älteren tragen müssen. Ebenso wie die Autoren der

Die politische Feder

Generationenstudie sehe ich die Gefahr, dass sich aus der beunruhigenden Entwicklung der Einstellungsmuster vor allem im Osten Deutschlands leichter als bisher sozialer Zündstoff entwickeln kann.

Deshalb brauchen wir möglichst rasch eine langfristig tragfähige Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die Richtung kann nur heißen: Weniger staatliche Versorgung, mehr private Vorsorge. Im Sinne der Generationengerechtigkeit und der sozialen Balance in der Gesellschaft brauchen wir ein stimmiges Gesamtkonzept. Nur ein solches Konzept - also der Gleichklang von Reformen im Sozialsystem, Begrenzung der Lohnnebenkosten, Senkung der Steuern und Entfesselung des Arbeitsmarktes - eröffnet den Arbeitslosen und der jungen Generation Perspektiven für die Zukunft. Über das innovationsfeindliche Nein der Gewerkschaften muss sich die Politik hinwegsetzen. Gewerkschaftliche Politik erschöpft sich bisher leider im Festklammern am Status quo. Dieses Festklammern verbaut der jungen Generation die Zukunftsperspektive.

Bundesregierung und Gewerkschaften glauben, dem Bevölkerungsrückgang und der Alterung Deutschlands könne man mit verstärkter Zuwanderung begegnen. Nach Berechnungen der UN müssten ca. 350.000 Personen jährlich zuwandern, um überhaupt die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu halten. Soll darüber hinaus das Verhältnis von Jung und Alt im Lot gehalten werden, müssten jährlich über 3,4 Mio. Menschen nach Deutschland einwandern, bis 2050 müssten es fast 190 Mio. sein. Das ist unrealistisch und würde die Integrationskraft Deutschlands völlig überfordern. Ungezielte Zuwanderung löst keine Probleme!

Wandel zur Wissensgesellschaft

Nach Meinung der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 um knapp 14 % von 82 Mio. auf rund 70 Mio. zurückgehen. Dieser Bevölkerungsrückgang und eine immer älter werdende Gesellschaft werden langfristige Folgen auch für Arbeitsmarkt und Wirtschaft in Deutschland haben. Bis zum Jahr 2040 soll das Arbeitskräftepotenzial um 11 Mio., das sind 27 %, abnehmen. Schon heute gehen deutlich mehr Menschen in den Ruhestand, als Berufsanfänger nachrücken.

Was bedeutet das für uns? Kurzfristig sicher nicht eine Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten am Arbeits-

Die politische

markt. Nach allen Prognosen wird Arbeitslosigkeit noch viele Jahre das Problem Nr. 1 in Deutschland sein. Dennoch haben wir schon heute einen großen Bedarf an Fachkräften. Er wird in Zukunft noch steigen. Wir haben heute leider nicht nur einen Mangel an hochqualifiziertem Nachwuchs, sondern auch eine starke Abwanderung der Leistungseliten. 14 % aller Deutschen, die hier promoviert haben, gehen in die USA. Knapp jeder Dritte der deutschen Wissenschaftler, die im Ausland lehren und forschen, bleibt dauerhaft dort. Deutschland ist Auswanderungsland für Eliten! Wir verlieren an Innovationskraft, an Köpfen, an Ideen und an Mut, auch Risiken auf sich zu nehmen, um Neues zu schaffen.

Wir können künftig genauso wenig auf die Fähigkeiten und den Erfahrungsschatz der Älteren verzichten. Beide - Jung und Alt - werden gebraucht, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. In Deutschland wird höheres Alter gerne mit weniger Leistungs- und Innovationsfähigkeit verbunden. Peter Hartz, gerade 61 Jahre alt geworden, stellte fest: „Einen wie mich würde ich doch heute auch nicht mehr einstellen.“ (Die Zeit, 02/2003). Er gab damit eine weit verbreitete Haltung in Deutschland wieder. Sie ist aber deshalb nicht richtiger! Es ist doch absurd, dass Alan Greenspan mit 76 Jahren noch amerikanischer Notenbankchef ist, er aber in Deutschland bei vielen Banken gerade wegen seines Alters keinen Kredit mehr bekommen würde! In kaum einem Industrieland sind so wenige Menschen über 55 beschäftigt, wie in Deutschland. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung ist nur jeder dritte Mann zwischen 60 und 64 in Deutschland noch berufstätig, in den USA ist es jeder zweite (Die Zeit, 02/2003).

Weit verbreitet ist auch die Ansicht, mit steigendem Anteil älterer Menschen sinke Innovationsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Auch damit befinden wir uns auf dem falschen Weg. Mit dieser Fixierung auf Jugend verzichten wir auf Erfahrung, unschätzbare Wissen und Kenntnisse, die die Fähigkeiten der jungen Menschen ideal ergänzen können. Wer im Berufsleben körperlich sehr gefordert wurde, etwa im Bergbau oder auf dem Bau, der kann sicher mit über 60 Jahren nicht mehr die volle Leistung wie ein 30-jähriger erbringen. Aber Menschen ab 50 sind nicht weniger leistungsfähig als jüngere - sie
(weiter auf Seite 24)

Die politische Feder

(Die Generationen... Fortsetzung von Seite 23)
sind es nur auf eine andere Art. Das Wissen und die Erfahrung der Älteren sind ein Schatz, den wir wieder neu entdecken müssen.

Wir alle kennen die Tüftler und Erfinder im Alter. Dazu müssen wir ermuntern, das müssen wir fördern. Der ältere Mensch, reich an Wissen, reich an Erfahrung, und auch reich an Ausgeglichenheit, kann bei entsprechender Förderung die Talent-Knappheit ausgleichen. Wir müssen aufhören, fähige ältere Menschen aus dem Wirtschaftsleben hinaus zu katapultieren. Wir müssen viel mehr Konzepte erarbeiten für einen „grauen Talentschuppen“.

Lastenverteilung zwischen Jung und Alt

Völlig unklar ist bisher, wie sich die Alterung der Gesellschaft auf die grundlegenden Orientierungen in Staat und Gesellschaft auswirken wird. Manche sprechen vom Entstehen einer sog. „Gerontokratie“, in der die Alten aufgrund der Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse politisch über die Jungen bestimmen könnten - mit Folgen für Entscheidungen über die Renten oder über die Förderung von Familien. Es kann aber auch sein, dass der Jugendkult, der heute unsere Gesellschaft in weiten Teilen bestimmt, sich noch verstärkt und die Wertschätzung des Alters weiter abnimmt.

Bisher haben wir es in Deutschland geschafft, letztendlich im Konsens die wesentlichen Weichenstellungen für unser Land zu treffen, auch wenn manchmal heftig darüber gestritten wurde. Wir haben es geschafft, soziale Sicherheit und Stabilität für Alt und Jung genauso miteinander zu vereinbaren wie ihre Wünsche und Bedürfnisse.

Dennoch ergeben sich bei der Nennung der wichtigsten politischen Probleme und Aufgaben bei aller Übereinstimmung Unterschiede von Alt und Jung:

Wir brauchen die Entschlossenheit der Jungen, wenn wir vorwärts kommen wollen, und wir brauchen die Erfahrung der Alten, wenn wir die Fehler von gestern nicht wiederholen wollen. Unser Land braucht das Gespräch zwischen den Generationen.“

Johannes Rau

Die politische Feder

Die jungen Menschen halten nach den Ergebnissen der Generationenstudie vor allem die Themen Arbeitsplätze, Schule, Bildung etc. für überdurchschnittlich wichtig. Ältere benennen überdurchschnittlich oft Rente und Gesundheit. Das ist aus der jeweiligen Lebenssituation heraus nur natürlich. Das Vertrauen auf Sicherheit im Alter ist ein elementares Lebensbedürfnis, das jede zivilisierte Gesellschaft garantieren muss. Das Vertrauen auf Entfaltung von Lebenschancen ist gleichermaßen ein elementares Recht der jüngeren Generation.

Deshalb braucht Deutschland einen neuen Konsens über die Lastenverteilung von Jung und Alt. Sicherheit im Alter und Entfaltung von Lebenschancen für Junge kann nur möglich sein, wenn mit den vorhandenen Ressourcen sorgsam umgegangen wird. Wir müssen die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, für unsere Kinder und Enkel bewahren. Wir alle tragen Verantwortung für die Schöpfung. Wir sind berufen, sie ebenso zu nutzen und zu gestalten wie zu bewahren und zu erhalten. Die Staatsregierung will einen Wohlstand auf einer tragfähigen ökologischen Basis in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb sind wir in Bayern den Weg des kooperativen Umweltschutzes gegangen. Der Umweltpakt mit der Wirtschaft ist eine völlig neue Form von Umweltschutz und hat mittlerweile weltweit Anerkennung und Nachahmung gefunden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil des jüngst verabschiedeten Landesentwicklungsprogramms.

Genauso wichtig ist aber auch, dass das Erbe, das wir unseren Kindern mitgeben, nicht aus erdrückenden Sozialbeiträgen, Schulden und Zinslasten besteht. Der Staat darf nicht auf Pump und auf Kosten der nächsten Generationen seine Ausgaben ausweiten. Quer durch Deutschland und über Parteigrenzen hinweg gab es lange eine Konsens des Schuldenmachens. Erfreulicherweise hatte sich aber in den letzten Jahren die Einsicht durchgesetzt, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Finanzpolitik gelten muss.

Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürgern und Staat

Wie die Generationenstudie zeigt, stehen wir in Deutschland vor einem Dilemma: Einerseits sehen die Menschen durchaus die Belastungen, die auf sie zukommen. Doch andererseits wird der allumfassenden Fürsorge des Staates und der staat-

Die politische Feder

lichen Solidarität deutlichen Vorrang vor mehr Eigenvorsorge eingeräumt. Dabei tendieren die - ich zitiere aus der Studie - „Jungen sogar etwas stärker als die Alten dazu, dem Staat die Verantwortung für alle grundlegenden und sozialen Probleme zuzuschreiben“ (Generationenstudie, S. 44). Zwar erkennt die Mehrheit der Befragten aller Generationen die Notwendigkeit eines Umdenkens und Umbruchs. Aber die persönliche Bereitschaft, diese Veränderungen mitzumachen, ist geringer.

** Der Beitrag beruht auf einer Rede des Verfassers vor der Hanns-Seidel-Stiftung am 12.02.2003 anlässlich der Vorstellung der Generationenstudie 2003 „Heimat und Heimatgefühl in Bayern“.*

*** Nähere Informationen über die Generationenstudie 2002 finden Sie unter: www.bss.de/2988.shtm*



*Dr. Edmund Stoiber, MdL
Vorsitzender der CSU,
Bayerischer Ministerpräsident*

Geboren am 28. September 1941 in Oberaudorf, Landkreis Rosenheim; römisch-katholisch; seit 1968 verheiratet, drei Kinder

Linkliste: Generationengerechtigkeit und Unternehmen

<http://www.zfwu.de>

Die Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik ist aus dem Berliner Doktoranden- und Habilitandenforum zur Wirtschafts- und Unternehmensethik (Hrsg.) hervorgegangen. Zweimal im Jahr treffen sich Doktoranden/Innen und Habilitanden/Innen um sich gegenseitig die eigenen Forschungsvorhaben zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Aus den Dokumentationen der Treffen des Forums ist - in weiterentwickelter Form - die zfwu entstanden.

<http://nachhaltigkeit.aachenerstiftung.de/>

umfangreiches Lexikon zum Thema Nachhaltigkeit der Aachener Stiftung
Kathy Beys

<http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agreed.htm>

Diese Website der United Nations Division for Sustainable Development stellt alle relevanten UN-Dokumente zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ zur Verfügung. *(weiter auf Seite 25)*

(Linkliste... Fortsetzung von Seite 24)

<http://nachhaltigkeit.aachenerstiftung.de/1103304265338855/Akteure/Wirtschaft/Nachhaltigkeitsberichterstattung/EU-Gruenbuch%20CSR.htm>

Das Grünbuch „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“ der Europäischen Kommission (Generaldirektion Beschäftigung und Soziales) geht der Frage nach, was soziale Verantwortung der Unternehmen bedeutet.

Es möchte eine umfassende Debatte über folgende Fragen in Gang bringen: Wie könnte die Europäische Union die soziale Verantwortung der Unternehmen auf europäischer und auf internationaler Ebene fördern? Wie lässt sich insbesondere die bisher gesammelte Erfahrung optimal nutzen, die Entwicklung innovativer Verfahren fördern, die Transparenz steigern und die Bewertung und Validierung der verschiedenen Initiativen in Europa zuverlässiger gestalten? Der grundlegende Ansatz des Grünbuchs basiert auf der Vertiefung von Partnerschaften, in denen alle Akteure eine aktive Rolle zu spielen haben.

<http://www.plansecur-stiftung.de/>

Die Plansecur-Stiftung ist eine Initiative der Plansecur-Gesellschafter. Die Stiftung wurde mit Unterstützung der Plansecur-Kunden im Juni 1999 errichtet und führt die bisherige soziale Arbeit des seit 1986 tätigen Vereins Planimpuls für engagierte Hilfe e. V. fort. Zweck der Stiftung ist nach der Verfassung die Förderung und Unterstützung von sozialen, karitativen, kulturellen und wissenschaftlichen Aufgaben sowie deren Initiierung. Der Stiftungszweck wird beispielsweise verwirklicht durch die Förderung und Unterstützung von Wissenschaft, Forschung und Bildung im Bereich Wirtschafts- und Unternehmensethik sowie der Kommunikation.

<http://www.baumev.de>

Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. wurde 1984 als überparteiliche Umweltinitiative der Wirtschaft gegründet.

B.A.U.M. unterstützt seine Mitglieder in allen Fragen des unternehmerischen Umweltschutzes und Fragen der nachhaltigen Entwicklung, der Schwerpunkt liegt dabei auf praxisorientierten Dienstleistungen. Unternehmen, Institutionen, Politik und Bevölkerung sollen für die Probleme und Chancen des Umweltschutzes und Fragen der nachhaltigen Entwicklung sensibilisiert werden. Außerdem wird angestrebt das System vorsorgender und umweltorientierter Unternehmensführung weiter zu entwickeln.

<http://www.oeko.steiermark.at>

Die Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit hilft als Partner in der Wirtschaft, damit nachhaltige Entwicklung als ein dauerhafter Prozess in Unternehmen verankert wird. Die Initiative befasst sich nicht nur mit der Beratung von Unternehmen, sondern veranstaltet auch Schulungen für Unternehmen zum Thema Nachhaltigkeit und versteht sich als Wissenspool für nachhaltige Entwicklung.

<http://www.agenda-transfer.de/>

Die Agentur für Nachhaltigkeit GmbH hat als ihren Ausgangspunkt die Agenda 21, das Aktionsprogramm der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, gewählt. Sie möchte gesellschaftliche Kräfte für eine zukunftsfähige, sozial gerechte, ökologisch tragfähige und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung mobilisieren. Ihr Ziel ist die Förderung eines starken Bewusstseins für Nachhaltigkeit im Denken und Handeln mit Blick auf die kommenden Generationen in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Deshalb werden z.B. Seminare und Workshops veranstaltet und spezifische Beratungen durchgeführt.

<http://www.sd-eudb.net/index-de.htm>

Das grundlegende Ziel der DataBank besteht darin, die in Europa mit dem Leitbild Sustainable Development befassten Institutionen und Experten systematisch aufzulisten und über deren Leistungsprofile, Arbeitsschwerpunkte, Spezialgebiete usw. Auskunft zu geben. Durch die globale Vernetzung von Institutionen, Verbänden, Vereinigungen, sowie Experten möchte DataBank den Kontakt zwischen den gesellschaftlichen Kräften stärken und die mit Sustainable Development verbundenen Konzepte durchsetzen. Das Projekt ist darauf ausgerichtet die allgemeine Öffentlichkeit mit den grundlegenden Ideen von Sustainable Development vertraut zu machen als auch die internationale wissenschaftliche Diskussion zu stärken.

<http://www.sustainability.at/>

Forscher der Wirtschaftsuniversität Wien arbeiten an dem Gesamtkonzept: „Nachhaltigkeit - ein neues Leitbild für Umwelt, Menschen und Wirtschaft“. Besonders hervorzuheben ist hier das Projekt „STARSUST“ - Stakeholder Relations Management for SUSTainable development.

<http://www.iduna.de/278.htm>

Aktuelle Meldungen zum Thema Rentenreform, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit

www.shell.com/home/Framework?siteId=rw-br

Shell stellt sich als Konzern mit Nachhaltigkeitsstrategie vor.

<http://www.wbcscd.ch>

Das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) ist eine Koalition von 165 internationalen Firmen, die sich der nachhaltigen Entwicklung widmen. Diese bauen auf den 3 Säulen Wirtschaftswachstum, ökologische Balance und sozialem Fortschritt auf. Ziel ist es, eine führende Rolle in der Wirtschaft durch das Konzept einer nachhaltigen Unternehmenspolitik zu erreichen und somit für Ökoeffizienz und soziale Verantwortung von Unternehmen zu werben.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>

Offizielle Webseite des Rates für Nachhaltige Entwicklung, den die Bundesregierung im 2002 berief.

http://www.bju.de/www/61513a489a7892fb7975b08a5303fd32.php?Suche_query=generationengerechtigkeit
Pressemitteilungen des Bundes der Jungen Unternehmer (BJU) zum Thema Generationengerechtigkeit und Unternehmen

<http://www.dialog-nachhaltigkeit.de/>

Internetseite der Bundesregierung zum Thema Nachhaltigkeit; Unternehmer und Wirtschaftsorganisationen sind dazu eingeladen, am Dialog über nachhaltige Entwicklung teilzunehmen.

<http://www.bundeskanzler.de/Statement-s-.7943.18639/Weltoffenheit-und-Generationengerechtigkeit-Mark...htm>

Stellungnahme des Kanzleramtes zum Thema: „Weltoffenheit und Generationengerechtigkeit - Markenzeichen einer modernen sozialen Marktwirtschaft“ - der Chef des Bundeskanzleramtes vor Unternehmens- und Verbandsrepräsentanten des „Adlerkreises“ (29.11.2000)

<http://www.welt.de/daten/2001/08/23/0823pod277023.htm>

Neue Soziale Marktwirtschaft - Für einen neuen Vertrag zwischen Staat und Bürger IV Entwurf der Präsidiumscommission „Neue soziale Marktwirtschaft“ der CDU - Vierter Teil

<http://www.zdf.de/ZDFde/suche/1,1926,1000001,00.html>

Artikel zum Thema Generationengerechtigkeit

<http://www.ftd.de/pw/de/1040396556045.html?nv=rs>

Beiträge der Financial Times zum Thema Wirtschaft und Generationengerechtigkeit

Hessen - hier ist die Zukunft

von Dr. Alois Rhiel

Wenn Sie mit dem Auto über das Bundesautobahnnetz nach Hessen fahren, werden Sie von freundlich winkenden Kindern begrüßt, die Sie bei dem Überschreiten der Landesgrenze mit einem unkomplizierten und international verständlichen „HALLO“ willkommen heißen. Dieses Leitmotiv der Standortkampagne, das auch in internationalen Bahnhöfen, der Frankfurter Messe und dem Flughafen präsent ist; kurz überall dort, wo viele Gäste neu in unser Bundesland kommen, möchte symbolisch aufzeigen, dass es die heutigen Kinder sind, die über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheiden. In der Verbindung mit dem Slogan der Standortkampagne „hessen >> Hier ist die Zukunft“ und der Internet-Adresse www.hessen.de soll ein Bild vermittelt werden, das ohne viel Text bei dem flüchtigen Betrachter auf Sympathie stößt, aber eben auch visuell Inhalte vermittelt.

Die Überlegung, im Rahmen einer Standortkampagne für das Land zu werben, wurde gemeinsam mit hessischen Unternehmen entwickelt. Die Analyse war schnell erarbeitet. Hessen ist das Bundesland in der Mitte Europas, ein Land mit einer einzigartigen Hochschul- und Fachhochschullandschaft, ein Land, das sich dem internationalen Wettbewerb der Wirtschafts- und Technologiestandorte erfolgreich stellt, das Flächenland in Deutschland, in dem die höchste Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung erarbeitet wird. Aber auch ein Land, das durch herausragende historische, wissenschaftliche und kulturelle Ereignisse geprägt wird.

Nur: Denkt man an Hessen, fällt einem der Frankfurter Flughafen ein. Und das Bankenviertel. Und Mainhattan. Und der Äppelwoi. Und.... Jetzt wird es schon schwieriger. Je nach Interesse werden noch Namen aus dem Wirtschaftsbereich oder dem Hochschulsektor genannt, die mit Hessen in Verbindung gebracht werden. Oder es werden historische Ereignisse oder Personen aus dem kulturellen Bereich erwähnt, die mit unserem Bundesland verbunden sind. Unbestreitbar ist aber auch, dass selbst im Inland viel zu wenig bekannt ist, dass Hessen zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen Europas zählt,

welche Chancen das Land Investoren bietet und welche kulturelle und touristische Vielfalt Hessen prägt.

Um diesem Defizit entgegenzuwirken und die eindeutigen Stärken Hessens besser ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, hat die hessische Landesregierung gemeinsam mit der hessischen Wirtschaft die Standortkampagne „hessen >> Hier ist die Zukunft“ ins Leben gerufen und stellt seit 1998 jährlich einen Etat von 2,5 Mio. € aus dem Landeshaushalt zur Verfügung.

Von Anfang an prägen Kooperationen im Sinne einer Public Private Partnership die Aktivitäten der Kampagne: Das zeigt sich auch in einem Beirat, in dem Vertreter aus Wirtschaft und Politik an einer Vielzahl von Initiativen gemeinsam arbeiten.

Gerade Unternehmen mit einzigartigen Produkten und vorbildlichen Initiativen bietet die Kampagne zahlreiche Möglichkeiten, sich aktiv für Hessen einzubringen. Davon profitiert das Land, das sich als ein von innovativen Unternehmen geprägter Standort präsentiert, aber auch die Unternehmen, die diese Chancen für ihre wirtschaftliche Entwicklung nutzen.

Themenschwerpunkte der Kampagne

Im Mittelpunkt der Standortkampagne stehen zur Zeit die zukunftsfähigen Themen wie Internationalität, Mobilität, Kreativität & Innovation sowie Lebensqualität, mit denen sich Hessen als attraktives Arbeitsumfeld profiliert. Ziel der Kampagne ist, diese vorhandenen Potenziale durch Projekte und Maßnahmen zu erschließen und weiter auszubauen.

Hessen: Offen für die Welt

Aufgrund seiner langen Handelstradition und kosmopolitischen Geschichte ist Hessen seit jeher ein weltoffenes Land, in dem viele Völker und Kulturen ihren Niederschlag gefunden haben. Kein anderes Bundesland kann mit einer so ausgeprägten Integration und einem Zusammenwirken verschiedener Kulturen aufwarten. Diese Aspekte des Miteinander und der Kooperation spiegeln sich beispielsweise wider in den globalen Ge-

Dr. Alois Rhiel ist hessischer
Wirtschaftsminister



schaftsverbindungen des Finanz- und Handelszentrums Frankfurt, der außergewöhnlich starken Präsenz ausländischer Investoren, und vor allem in dem historisch gewachsenen Klima von Liberalität, Toleranz und Freizügigkeit.

Zahlen belegen dies sehr eindeutig: Rund ein Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland konzentriert sich in Hessen. Multinationale Konzerne wie General Motors, Canon oder Dunlop sind hier zu Hause. Außerdem ist Hessen die No. 1 unter den Bundesländern bei der Anzahl von Hauptsitzen US-amerikanischer und koreanischer Firmen.

Willkommen in Hessen

Neu hinzukommende internationale Unternehmen und Mitarbeiter mit ihren Familien heißen wir in Hessen auf vielfältige Weise willkommen. Mit dem Newcomers Festival, das jedes Jahr im Herbst in Wiesbaden - und ab 2004 auch in Kassel - stattfindet, erhalten neu angekommene internationale Mitarbeiter und ihre Familien eine Übersicht über das vielfältige Angebot der Region. Hier können sie sich an über 90 Ausstellungsständen über wichtige Infrastruktureinrichtungen, Sport- und Freizeitmöglichkeiten informieren oder das bunte Veranstaltungsprogramm genießen. Der kostenlose umfangreiche Newcomers Guide gibt darüber hinaus detaillierte Informationen und Hilfestellungen zu allen für die internationale Gemeinde wichtigen Themen. Mit dem Wettbewerb „Together in Hessen“, der in 2002 gestartet wurde, werden vorbildliche Projekte und Leistungen ausgezeichnet, die zur Integration internationaler Mitarbeiter in ansässigen Unternehmen beitragen.

(weiter auf Seite 27)



hessen » Hier ist die Zukunft

(Hessen... Fortsetzung von Seite 26)

Hessen - Ein Land in Bewegung

Die mobile Gesellschaft verzeichnet permanent wachsende Zahlen an Reisenden. Auch die Zahl der Güter, die jährlich transportiert werden, steigt kontinuierlich. Deshalb kommt es heute verstärkt darauf an, die Verkehrsträger und Informationstechnologien intelligent, wirtschaftlich und zukunftsorientiert miteinander zu verknüpfen. Nur so kann die Mobilität der Bürger gesichert und der Transportbedarf der Wirtschaft erfüllt werden. Wir in Hessen stellen uns dieser Herausforderung und übernehmen mit zahlreichen Pilotprojekten eine Vorreiterrolle für andere Regionen. In 2003 werden wir zum ersten Mal - und wohl einzigartig in Deutschland - einen Mobilitätskongress mit Partnern aus öffentlichem Nahverkehr, hessischen Automobilherstellern und -zulieferern sowie den Hochschulen durchführen. In diesem jährlich wiederkehrenden Forum wollen wir mit allen Beteiligten Konzepte für die Zukunft entwerfen und auf die „Schiene“ bringen.

Hessens heimliche Weltmarktführer

Um das kreative und innovative Potenzial der kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen sichtbar zu machen, wurde der Wettbewerb „Hidden Champions“ ins Leben gerufen. Die Originalität des Themas hat das Projekt, das in 2002 zum

dritten Mal durchgeführt wurde, zu einem der erfolgreichsten der Standortkampagne gemacht. Als „Hidden Champion“ wird ein Unternehmen bezeichnet, das eine Marktführerschaft - auch weltweit - einnehmen und unter Experten hochgeschätzt sein kann, ohne dass es einer breiteren Öffentlichkeit bekannt ist.

Aktiv in und für Hessen

Um die Zukunft einer Region zu sichern und weiter zu einem pulsierenden Wirtschaftsraum auszubauen, heißt es für alle Akteure, sich auf die vorhandenen Stärken zu konzentrieren und alle Kräfte zu bündeln. Das Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik spielt eine immer größere Rolle. Für die Unternehmen kann gerade die Einzigartigkeit einer Region ein großer Wettbewerbsvorteil sein. Ein funktionierendes Netzwerk, die räumliche Nähe zu anderen Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und Finanzinstitutionen, sind gerade im globalen Wettbewerb ein entscheidender Vorteil.

Die Standortkampagne Hessen bietet hessischen Unternehmen vielfältige Möglichkeiten, für das Land - und für das eigene Image - aktiv zu werden: Auslandsbeziehungen oder Newcomers Festival, Aktivitäten der Film- und Medienwirtschaft oder Biotechnologie, Gemeinschaftsstand auf der IAA oder Wettbewerbe wie „Hidden Champions“

und „Together in Hessen“.

Unternehmer sind herzlich eingeladen, diese Möglichkeiten aktiv zu nutzen.

Es würde mich freuen, wenn Sie sich über den Standort informieren würden, z.B. über das Internet www.invest-in-hessen.de.

Sie können auch Broschüren im Rahmen der Standortkampagne anfordern, z.B.

- [Hessen - der Standort Digitale Zeitenwende](#)
- [Medienwirtschaft in Hessen](#)
- [Ein Land in Bewegung - Mobilität und Logistik in Hessen](#)
- [Lebensräume - Design in Hessen](#)
- [Auf dem Weg zu Weltspitze - Biotechnologie in Hessen](#)
- [Aufbruch zu den Sternen - Luft- und Raumfahrt in Hessen](#)

In englischer Sprache:

- [Welcome to Hessen - Awaiting your Discovery](#)
- [Welcome to Hessen - the essential guide to living and working in Hessen](#)
- [Newcomers Guide Hessen](#)

Bitte senden Sie Ihre Bestellung an:

Investitionsbank Hessen AG
Abteilung ÖH
Abraham-Lincoln-Straße 38-42
65189 Wiesbaden

Nicht zukunftsfähig! - Generationengerechtigkeit im Wirtschaftsstudium

Die Wirtschaftsfakultäten bereiten ihre Absolventen nur unzureichend auf den Umbau der Wirtschaft vor, von Thomas Wiechers

Im Studium sollen junge Wirtschaftswissenschaftler Wissen und Fähigkeiten erlernen, damit sie als zukünftige Verantwortungsträger in Unternehmen und öffentlichen Institutionen die Herausforderungen der Wirtschaft meistern. Die größte dieser Herausforderungen ist der Umbau der sozialen Marktwirtschaft nach den Kriterien der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, darüber besteht weitestgehend Einigkeit zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen

Kaufen, was einem die Kartelle vorwerfen; lesen, was einem die Zensoren erlauben; glauben, was einem die Kirche und Partei gebieten.

Beinkleider werden zur Zeit mittelweit getragen. Freiheit gar nicht.

Kurt Tucholsky

und auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften.

Aber: Das wirtschaftswissenschaftliche Studium in Deutschland bereitet nur mangelhaft auf diese Aufgabe vor.

Den Absolventen der deutschen Wirtschaftsfakultäten fehlt es nicht an Spezialwissen in ihren Vertiefungsfächern und auch ausreichende Praxiserfahrung ist in den letzten Jahren beinahe zum Standard geworden. Das Problem liegt in der unzureichenden Vermittlung der Fähigkeit, das komplexe System aus Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zu verstehen und realistische Visionen und Strategien für seinen Umbau zu entwickeln.

Diese Unzulänglichkeit wird sich mittelfristig als eine der größten Hürden für den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in Deutschland erweisen: Denn die Notwendigkeit

dieses Wandels wird nicht nur akzeptiert, sondern er wird zunehmend von der Gesellschaft sogar gewollt und eingefordert. Daher werden die führenden Köpfe in mehr und mehr wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen vor der Aufgabe stehen, die aktive Umsetzung von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit voranzutreiben.

Trennung zwischen Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht überwunden

Der Bericht „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2002) der Bundesregierung nennt 360 Studiengänge, die sich zumindest schwerpunktmäßig mit umweltbezogenen Themen auseinandersetzen. Hinzu kommen 60 Studiengänge zu sozialen Themen, vor allem aus dem ent-

(weiter auf Seite 28)

(Nicht... Fortsetzung von Seite 27)

wicklungspolitischen Bereich. Das Problem jedoch ist (und das erwähnt der Regierungsbericht nicht), dass es wenige Studiengänge gibt, die ökologische und soziale Aspekte gleichberechtigt behandeln oder diese beiden Dimensionen gar um ökonomische Themen ergänzen.

Einige Wirtschaftsfakultäten bieten Studienschwerpunkte, die sich mit ethischen Aspekten der Wirtschaft und der Unternehmensführung befassen. Viele der jeweiligen Lehrstühle sind jedoch auf eine moralisch-philosophische Debatte fixiert und nur sehr selten erlauben die Lehrangebote den Blick über den Tellerand auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Wirtschaft. Sie geben keine konkrete, im Wirtschaftsalltag verwertbare Antwort auf die Frage, wie sich gewinnorientierte Wirtschaftsprozesse nach Kriterien des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit umbauen lassen ohne die wirtschaftliche Rentabilität grundlegend zu gefährden.

Funktional orientierte Studienpläne erschweren die Integration von Generationengerechtigkeit

Das Wirtschaftsstudium in Deutschland ist geprägt von einer sehr starken Fokussierung auf funktionale Inhalte. Bereits im Grundstudium wird umfangreiches Fachwissen in Fächern wie Marketing, Finanzierung oder auch Finanzwissenschaft vermittelt. Darunter leidet an vielen Fakultäten die Entwicklung eines individuellen Verständnisses der Studenten von den Systemen „Volkswirtschaft“ und „Unternehmen“. Diskussionen über ihre Möglichkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen bleiben auf der Strecke. Insbesondere fehlen im Grundstudium sozial- und naturwissenschaftliche Inhalte, die die Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Umwelt und Gesellschaft verdeutlichen könnten.

Im Hauptstudium muß die funktionale Ausbildung direkt mit Aspekten der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit verknüpft werden. Nur so lassen sich für die Praxis relevante Methoden entwickeln und lehren. Leider bleiben derartige wissenschaftliche Ausrichtungen oftmals das Projekt einzelner, innovativer Professoren und interessierter Studenten, die die entsprechenden Wahlfächer belegen. Einem allgemeinen Bekanntheit einer gesamten Fakultät zu mehr Integration von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit verweigern sich vielfach die traditionell ge-

stimmten Lehrstühle mit dem Verweis auf die „akademische Freiheit“.

Bei aller Klage gibt es aber auch hoffnungsvolle Ansätze: An der Universität Bremen können Studenten der Wirtschaftswissenschaften das Lehrmodul „Sustainability Studies“ belegen, das die bestehenden Lehrangebote zu Nachhaltigkeit aus den sozial-, wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Disziplinen zu einem gemeinsamen Lehrprogramm zusammenfaßt. Zudem haben sich 42 deutsche Hochschulen dem europäischen Netzwerk „Copernicus Campus“ angeschlossen und wollen „interdisziplinäre und fächerübergreifende Ausbildungs- und Forschungsprogramme, bezogen auf nachhaltige Entwicklung, (...) fördern“. Daher führt das Netzwerk aktuell gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung das Projekt „Uni21 - Hochschulbildung für Nachhaltige Entwicklung“ durch.

Im übrigen sieht es in anderen Ländern nicht wesentlich besser aus als in Deutschland: Die unter 122 Business Schools durchgeführte Untersuchung „Beyond Grey Pinstripes“ kommt zu dem Schluss, dass es weltweit immer noch an der „Integration von sozialen und ökologischen Themen in die grundlegenden Lehrpläne des MBA-Studiums mangelt“.

Studentische Organisationen für Nachhaltigkeit

Das studentische Interesse am Spannungsfeld Nachhaltigkeit und Wirtschaft ist groß. Das zeigt der Erfolg von Studentenorganisationen, die sich diesem Thema widmen und einen Großteil ihrer Mitglieder aus den Wirtschaftsfakultäten beziehen.

Die Studenteninitiative oikos, die seit 1997 Hochschulgruppen in der ganzen Welt gegründet hat (in Deutschland in Köln und Bayreuth), verfolgt das Ziel, Nachhaltigkeit in die Lehr- und Forschungsaktivitäten an den Universitäten zu integrieren. Zu diesem Zwecke organisieren die Hochschulgruppen Seminare und Vorträge über verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Aspekte Nachhaltiger Entwicklung.

AIESEC, die größte internationale Studentenorganisation, beschäftigt sich schon seit ihrer World Theme Conference zu Sustainable Development im Jahre 1990 (immerhin zwei Jahre vor dem wegweisenden „Earth Summit“ in Rio de Janeiro) mit der Rolle der Wirtschaft für eine nachhaltige und generationengerechte Gesellschaft. Beim UN

World Summit on Sustainable Development 2002 stellte AIESEC die größte Delegation aller Jugendorganisationen und baut zur Zeit ein globales Bildungnetzwerk zu Nachhaltiger Entwicklung auf. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, im Jahre 2005 über 1000 Praktikantenstellen anzubieten, die sich mit

As students of economy, you must help us examine the economics of sustainability. As future business managers, you must help us to reshape our economies.

(Gro Harlem Brundtland, Vorsitzende der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, bei der AIESEC World Theme Conference on Sustainable Development, 1990, Tokio/Japan)

Aspekten der Nachhaltigkeit beschäftigen.

Doch der Dialog zwischen Theorie und Praxis, den diese Organisationen bieten, kann nur gelingen, wenn vorher eben auch die Theorie der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit im Studium vermittelt wurde. Und bis dahin ist es in Deutschland noch ein langer Weg.

Literatur, Websites:

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, 2002

Beyond Grey Pinstripes - Preparing MBAs for social and environmental stewardship, World Resources Institute/Aspen Institute, New York/Washington, 2001, www.beyondgreypinstripes.org

Gill Coleman, Time to Teach an Old Dog New Tricks, in: Tomorrow Magazine, Vol. XI, June 2001, Stockholm

Roger Cowe, Successors of the Greedy Managers, in: Tomorrow Magazine, Vol. XII, August 2002, Stockholm

Youth Action Guide on Sustainable Development, AIESEC International, Brussels/Rotterdam, 1990

www.aiesec.org/sd (AIESEC at the World Summit on Sustainable Development)

www.aiesec.org/csr (AIESEC and Corporate Responsibility)

www.copernicus-campus.org (The University Network for Sustainability)

www.oikosinternational.org (International Student Organisation for Sustainable Economics and Management)

Thomas Wiechers studiert Volkswirtschaftslehre (sozialw. Richtung) in Köln und ist Leiter des internationalen Teams für Sustainability & Corporate Responsibility der Studentenorganisation AIESEC. Kontakt: thomas.wiechers@de.aiesec.org



Bücher

WIR REFORMER 29
gestalten Unternehmen neu
von Christa Liedtke

Das Unternehmen zwischen Glo- 30
balisierung und Nachhaltigkeit
von Rolf Kramer

Unternehmen auf dem Weg zu 30
einer nachhaltigen Wirtschaftsweise
von Petra Mantien

Christa Liedtke:

Wir Reformer gestalten Unternehmen neu

Rezensent: Maik Hömke

Wenn in der Wirtschaft die Rede auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit kommen, so hört man oft von den entsprechenden CEO's, dass sie das Thema Ökologie



durchaus als wichtig erachten, aber aus wirtschaftlichen Gründen, und nicht zuletzt auch um Arbeitsplätze zu erhalten, die teuren Umweltschutzmaßnahmen nicht verwirklichen können und wollen. Um dieses Vorurteil, vielfach ist es einfach nur Unwissenheit, zu beseitigen, haben sich circa 25 Wissenschaftler des „Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie“ zusammengeschlossen, welche aus den unterschiedlichsten Fachbereichen, darunter Soziologie, Betriebswirtschaft, Psychologie, Biologie und vielen anderen, stammen. Sie bezeichnen sich selber als „die Reformer“, welche Unternehmen im Sinne der Nachhaltigkeit neu gestalten wollen. Dabei verfolgen sie das Konzept, die Umwelt zu schonen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern, sowie ein soziales und ethisches Verhalten in den Betrieben hervorzurufen, oder zu verbessern.

Bis hierhin wäre dies noch nicht besonders aufsehenerregend, da in der heutigen Zeit, in der das Umweltbewusstsein immer mehr in den Vordergrund rückt, viele solcher Bestrebungen vorhanden sind. Aber diese Gruppe von Wissenschaftlern zeigt gleichzeitig auf, wie ihre Forderungen auch wirtschaftlich

für die Unternehmen durchführbar sind. Um ihr Konzept zu verdeutlichen, hat Christa Liedtke ein Buch herausgebracht, welches ihr Anliegen und ihre Konzepte einfach und verständlich darlegen soll. Wesentliches Merkmal der Arbeit der Wuppertaler ist die Betrachtung des einzelnen Unternehmens und dessen Wirkungsfeld, als ein Labor. So werden theoretische Ausarbeitungen sofort in der Praxis getestet. Scheint eine Entwicklung sinnvoll und bewährt sich, so erfolgt eine Universalisierung der Theorie, welche dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Denn als „interdisziplinär forschendes Institut“ ist man nicht dem Wohl eines Unternehmens verpflichtet, sondern der Allgemeinheit.

Diesem Praxistest musste sich auch das vom Institut entworfene Analyseverfahren für Produkte, Unternehmen und Branchen (COMPASS) unterziehen. COMPASS ist dabei die Antwort der Wissenschaftler auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie, Ökonomie und sozialen Gesichtspunkten in Unternehmen.

Dieses Analyseverfahren, welches in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern einer Firma erstellt wird, besteht im wesentlichen aus fünf Elementen. So wird in einem ersten Schritt das Profil einer Firma ermittelt. Es werden die ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen der jeweiligen Firma evaluiert, welche die beteiligten Personen und das Umfeld des Unternehmens beschreiben. Danach werden Visionen formuliert. So wird ein Zukunftsbild entworfen, in welchem sich alle beteiligten Personen wieder finden, und welches zusätzlich auch noch erstrebenswert ist. Diese Visionsbildung dient vor allem der Festlegung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, welche den zukünftigen Handlungsspielraum der einzelnen Akteure eingrenzen und ihre Bemühungen hin auf die Ziele lenken.

Daran schließt sich nun eine genaue Analyse an. So werden die internen Prozesse im Unternehmen, sowie die Techniken, die Produkte und Dienstleistungen, hin auf ihre Zukunftsfähigkeit für die weitere Entwicklung des Unternehmens untersucht. Es kommt zur Erstellung einer Datensammlung. Gleichzeitig wird diese Datensammlung jedoch noch in einer graphischen Kurzform veröffentlicht, so dass jeder Mitarbeiter sofort erkennen kann, wie weit er noch von den Visionszielen entfernt ist.

Nachdem die Wissenschaft in den ersten drei Feldern des Analyseverfahrens den

Hauptteil beigetragen hat, erfolgt nun in einem vierten Schritt das sogenannte Management. In dieser Phase erfolgt die Ausführung der aufgezeigten Verbesserungen hin zu den Visionszielen, auf der Grundlage der Analyse. Gleichzeitig soll eine Verankerung des Verfahrens im Unternehmen stattfinden. Dies soll nicht zuletzt durch ständige Kontrolle in der Entwicklung ermöglicht werden, dem fünften Teil des Analyseverfahrens: dem Report.

Die Besonderheit von COMPASS liegt nun darin, dass das System nahezu auf jede Branche und/oder Firma übertragen werden kann. Seine Schlagkraft zieht das Analyseverfahren aus der konstruktiven Zusammenarbeit aller Unternehmensmitarbeiter (einschließlich der Chefetagen), sowie seiner einfachen Vermittelbarkeit. Dies wird durch übersichtliche Diagramme gewährleistet, die aufgrund der Datenevaluation einfach zu erstellen sind. Auch ist das System sehr kostengünstig, ständig wiederholbar und es können einzelne Teile ausgelassen werden.

Leider erfährt der Leser nicht viel mehr über das angesprochene Analyseverfahren „COMPASS“, als bereits ausgeführt wurde. Einzig im letzten Teil des Buches wird, mit Hilfe von praktischen Beispielen des Einsatzes dieses Analyseverfahrens, noch etwas Einblick in diese Thematik gewährt. Trotzdem bleibt vieles zu vage und oberflächlich.

Dies ist das Hauptproblem des vorliegenden Buches. Der Versuch, das Anliegen der „Reformer“ einfach und verständlich zu erklären, wird zur Profanisierung des Themas. Ein interessantes Thema und ein ebenso interessanter Ansatz, der zweifelsohne von den Wissenschaftlern erarbeitet wurde, wird durch das Buch einfach nicht ausreichend vermittelt. Vielleicht hätte man auf den zu groß geratenen ersten Teil der Selbstdarstellung verzichten sollen und diesen zusätzlichen Platz der ausführlicheren Darstellung des COMPASS-Prinzips zur Verfügung gestellt. So bleibt nur festzustellen: Wer sich näher mit der Arbeit der Wissenschaftler auseinandersetzen möchte, sollte sich mit diesen direkt in Verbindung setzen.

Liedtke, Christa: Wir Reformer gestalten Unternehmen neu, Stuttgart 2003, ISBN 3-7776-1194-8, 135 Seiten

Buchrezensionen

Rolf Kramer:

Das Unternehmen zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit - Sozialethische Überlegungen

Rezensent: Maik Hömke

In den letzten Jahren haben die Begriffe der ‚Globalisierung‘ und der ‚Nachhaltigkeit‘ in einem Teil der Fachliteratur eine inflationäre Verwendung erfahren. In diese Kategorie muss man leider auch das vorliegende Buch von Rolf Kramer einordnen, welches untersuchen möchte, inwieweit sich Unternehmen den neuen Herausforderungen von Globalisierung und Nachhaltigkeit, unter ethischen Gesichtspunkten stellen müssen.

Kramer beginnt seine Untersuchungen mit einer aktuellen Bestandsaufnahme von Wirtschaft und Gesellschaft. Er stimmt mit den meisten Wissenschaftlern darin überein, dass die natürlichen Wachstumsgrenzen der Gesellschaft erreicht sind, und dass ein so ressourcenintensives Wirtschaften, wie dies bisher betrieben wurde, in Zukunft nicht mehr möglich sein wird. Nach diesen kurzen Aussagen erfolgt ein erschöpfender Ausflug in die Welt der Ethik (teleologische, deontologische und Diskursethik), sowie eine Einführung in die christliche Verantwortung. Der Zusammenhang mit dem Thema der Neupositionierung von Unternehmen im Zeitalter der ‚Globalisierung‘ war für den Rezensenten nicht ersichtlich, so dass der Exkurs an dieser Stelle fehlpositioniert erscheint.

Es folgt ein Kapitel über den Begriff der Globalisierung und ihre Auswirkungen. Auch hier erfährt der Leser nichts wirklich Neues. Kramer bekennt sich als ein Anhänger der Globalisierung und sieht in dieser keinen Grund für die Verarmung bestimmter Bevölkerungsschichten. So schiebt er den armen Ländern die Verantwortung für ihre Verarmung selbst zu, da sie nicht fähig sind, eine Politik zu etablieren, die die Vorteile der Globalisierung für das eigene Land zu nutzen weiß. Dem Argument, dass von 1987 - 1998 die Zahl der Menschen die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen um 1,3% gestiegen ist, begegnet er mit dem vielgehörten Argument eines Bevölkerungswachstums von 20% in

Buchrezensionen

den letzten zehn Jahren - diese relative Betrachtungsweise ändert aber nicht an der absoluten Steigerung der Zahl armer Erdenbürger. Kramer sieht somit nur wenige negative Entwicklungen der Globalisierung, welche aber durch die Schaffung von internationalen Institutionen überwacht werden könnten.

Der Erläuterung der Globalisierung folgt eine Erklärung des Begriffes der ‚Nachhaltigkeit‘. Auch hier gibt es keine neuen Aussagen. Nach Kramer muss Nachhaltigkeit nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial betrachtet werden. Überraschend im Text sind eigentlich nur die vielen Bibelzitate, welche, auf zum Teil sehr konstruierte Weise, Ansätze von Globalisierung und Nachhaltigkeit schon in der Bibel nachweisen sollen.

Zu diesem Zeitpunkt hat man schon über die Hälfte des Buches gelesen, ohne neue Informationen über Globalisierung und Nachhaltigkeit zu bekommen. Auch dem Titel des Buches ist bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Rechnung getragen worden. Es empfiehlt sich deswegen, noch einmal das Vorwort zu lesen, um in dem vorliegenden Wust an Informationen überhaupt noch den Überblick zu behalten.

In den letzten beiden Kapiteln seines Buches kommt Kramer doch noch scheinbar auf sein Thema des Unternehmens im Zeitalter der Globalisierung zu sprechen. So erklärt er den Begriff der Unternehmenskultur, der nach außen durch Faktoren wie der Mitarbeitermotivation, der Kundenakquisition und der Außenrepräsentation eines Unternehmens deutlich wird. Dazu werden im Text noch ein paar schöne Schaubilder ergänzt, welche aber nicht mehr helfen den Informationsgehalt zu steigern.

So freut sich der Leser dann schon auf das letzte inhaltliche Kapitel, welches die Begriffe der Wirtschaftsethik und der Unternehmensethik gegenüberstellen will, denn danach kann man das Buch weglegen. Kramer stellt zuerst einen Unterschied zwischen der amerikanischen (praktische Vorgehensweise) und der deutschen (systematisch orientierte Vorgehensweise) Unternehmensethik fest, um dann die deutsche Form näher zu betrachten. Hierzu bemüht er drei Modelle: Das Diskursmodell, das Vernunftmodell und das Ordnungsmodell, welche für die deutsche Art von Ethik-Entwürfen in Unternehmen stehen.

In diesem Kapitel erfolgt dann wider Erwarten doch noch eine gute Zusammenfassung der aktuellen Gewichtungen

Buchrezensionen

verschiedener Unternehmensethiken. So setzt das Diskursmodell auf eine gemeinsame Konsensfindung aller Teilnehmer zur Ausrichtung einer Unternehmensethik. Im Vernunftmodell hingegen bemühen sich die Teilnehmer um eine Verschmelzung von ökonomischen und ethischen Gesichtspunkten, und im Ordnungsmodell schließlich werden Ethik und Ökonomie als gleichwertige Faktoren gesehen, die sich gegenseitig beeinflussen. Kramer kommt nach der Erörterung der einzelnen Modelle zu dem Schluss, dass die Unternehmensethik „die Aufgabe (hat), die ökonomische Macht in verträgliche Bahnen zu lenken“.

So zeigt sich, dass das letzte Kapitel das Interessanteste im Hinblick auf den Titel des Buches darstellt. Dies kann jedoch nicht entschädigen für eine willkürliche Zusammenstellung der Anfangskapitel, welche jeden Zusammenhang untereinander vermissen lassen. Als weiteres kommt hinzu, dass Kramer sich sehr in seiner lateinischen Ausdrucksweise gefällt. Somit sind dem geneigten Leser auch noch ausreichende Lateinkenntnisse zu empfehlen.

Rolf Kramer: Das Unternehmen zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit - Sozialethische Überlegungen, Berlin 2002, 133 Seiten, ISBN 3-428-10899-X, 52 Euro

Petra Mathieu

Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise: Theoretische Grundlagen - Praxisbeispiele aus Deutschland - Orientierungshilfe

Rezensent: Oliver C. Lange

Die akuten ökologischen und sozialen Probleme, wie z.B. die Folgen von Klimaveränderungen, der zu hohe Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen oder soziale Spannungsfelder zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten wirken sich als grundsätzliche gesellschaftliche Herausforderung auch verstärkt auf das unternehmerische Handeln aus. Daher müs-



(weiter auf Seite 31)

Buchrezensionen

(Unternehmen ... Fortsetzung von Seite 30)

sen Unternehmen zukünftig konsequente Strategien für die Ausfüllung der Rolle als Motor einer umwelt- und sozialverträglichen Wirtschafts- und Produktionsweise entwickeln und anwenden. Nachhaltigkeit ist gerade aufgrund der Nichtexistenz von praxisnahen Hilfestellungen für Unternehmen ein im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Forschung zu fokussierendes Untersuchungsobjekt.

Petra Mathieu greift in ihrer Dissertationsschrift dieses Thema auf und untersucht explorativ die konzeptionelle Verankerung einer wirtschaftlichen Nachhaltigkeit in Unternehmen in Deutschland. Ausgangspunkt ist eine breit angelegte Literaturanalyse zu den begrifflichen und konzeptionellen Grundlagen des Nachhaltigkeitsbildes und zur Problematik seiner Umsetzung. Zur Bestandsaufnahme des Verständnisses von Corporate Sustainability und bisheriger Ansätze einer Umsetzung des Konzeptes befragt die Autorin zunächst 17 ausgewählte Unternehmen in Deutschland und erhebt ergänzend Experteneinschätzungen und die Sichtweisen von Branchenverbänden. Der erhobene Status Quo ist dann die Basis für die Entwicklung einer Orientierungshilfe, die Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützt. So entwickelt die Autorin eine sehr detaillierte zwölfteilige Checkliste, die Unternehmen in der Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen soll. Diese umfasst unter anderem die Themen Grundvoraussetzungen, Unternehmensstrategie, Innovation und Umweltschutz.

Im Ergebnis kommt Petra Mathieu zu dem Resümee, dass Sustainable Development bei der großen Mehrheit der befragten Unternehmen noch überhaupt

Buchrezensionen

kein Zielkriterium ist und gerade kurzfristig dominante betriebswirtschaftliche Zielsetzungen eine aktivere Fokussierung behindern. Wichtig erscheint es ihr daher gerade Mitarbeiter, Strukturen und unternehmerische Maßnahmen kontinuierlich und langfristig an die veränderten Rahmenbedingungen wie z.B. durch konsequente Information und Kommunikation heranzuführen.

Die betriebswirtschaftliche Forschung steht hinsichtlich dieser Thematik noch am Anfang und mit ihrer empirisch ausgerichteten Studie erzielt die Autorin wichtige Erkenntnisgewinne für zukünftige vertiefende Forschungsstudien. Die Publikation ist insgesamt sehr lese- und Leserfreundlich aufbereitet und zeichnet sich gerade durch eine logisch-schlüssige Systematik aus. Interessant ist auch die integrative Verknüpfung des Themas mit dem jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext. Die von Petra Mathieu im vierten Teil erarbeitete umfangreiche Checkliste ist als Orientierungshilfe für die Integration einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in die Unternehmensstrategie und die Umsetzung eines äquivalenten Leitbildes im Unternehmensbereich das herausragende Ergebnis der Dissertationsschrift. Für das mit Unternehmensentwicklung und -strategie beauftragte Management, Unternehmensberater sowie zum Thema forschende Wissenschaftler, Studenten und Interessierte ist die Studie von Petra Mathieu von hohem Nutzwert und als unverzichtbare Lektüre zu werten.

Petra Mathieu: Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise - Theoretische Grundlagen - Praxisbeispiele aus Deutschland - Orientierungshilfe. Diss.

Deutscher Universitätsverlag 2002, 342 Seiten, ISBN 3-8244-7780-7, 54,90 Euro



DENNIS K. - GESUNDHEITREFORM... DIE DANKE SEITEN

Buchrezensionen

**ökom Verlag –
Wir publizieren Zukunft**



Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie

**Der deutsche Diskurs um
nachhaltige Entwicklung im Spiegel
der Interessen der Akteure**

Die Begriffe »Nachhaltigkeit« bzw. »nachhaltige Entwicklung« machten in Rekordzeit weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik; in Presse und Internet sind sie ständig präsent. Für seine nun in überarbeiteter Form erscheinende Diplomarbeit »Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie« erhielt Jörg Tremmel den Procter & Gamble-Förderpreis auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften.

»Ich kenne kein anderes Buch über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum, das so akribisch und umfassend den Diskurs über Nachhaltigkeit nachzeichnet und die vielfältigen Positionen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft beschreibt.«
Ortwin Renn, Leiter der Akademie für Technikabschätzung Baden-Württemberg

Autor: Jörg Tremmel
ökom Verlag, München 2003
190 Seiten; ISBN 3-936581-14-2
20,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
Sammelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/857 09-155
Fax ++49/(0)89/857 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

Interna SRzG

Fortsetzung: Generationengerechtigkeit im Bundestag 32

Medienpräsenz der SRzG 32

Stimmen zum Handbuch Generationengerechtigkeit 34

Thema USA/Irak-Krieg

Die egoistische Supermacht, von Jörg Tremmel 35

Buchrezension: „Macht und Ohnmacht“, Autor: Robert Kagan 40

Thema Agenda 2010

Offener Brief an Bundeskanzler Schröder, von Prof. Dr. Kreibich 41

Sonstige Interna

Hauseinweihungsparty 43

Personalien 44



Linker Flügel des Sitzungssaals

vorgezogenen Steuerreform die SRzG ausführlich erwähnt.

Bei der 90minütigen Buchpräsentation am 25.6. waren die anwesenden Abgeordneten, die Autoren, die Presse und weitere Interessierte (insgesamt 60 Personen) einem wahren Bombardement von Informationen ausgesetzt. Schlag auf Schlag folgten zunächst gut aufbereitete Fünf-Minuten-Präsentationen von einigen Autoren:

- Jörg Tremmel: Einleitung in das Thema Generationengerechtigkeit
- Prof. Dr. Heinz Theisen: Generationengerechtigkeit durch gute Gouvernanz
- Prof. Dr. Rolf Kreibich: Generationengerechtigkeit im Zeitalter globaler Umweltkrisen
- Andreas Becker: Generationengerech-

te Finanzpolitik

- Dr. Thomas von Lengerke: Generationengerechte Gesundheitspolitik
- Christian Lindner und Marco Buschmann: Ordnungsrahmen für Generationengerechtigkeit in der Demokratie?
- Anemon Constanze Boelling: Ist die ökologische Generationengerechtigkeit in guter Verfassung? Vorschläge zur grundgesetzlichen Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit
- Wolfgang Gründinger: Energiepolitik
- Rainer Barthel: Waldpolitik

Anemon Boellings Präsentation, die einen mit klassischer Musik unterlegten Film über die Umweltzerstörung enthielt, war dabei ein besonderes Highlight für die Augen.

(weiter auf Seite 33)

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 1)

die SRzG jedoch namentlich zu erwähnen. Dieses Versäumnis bügelte das ZDF dafür eine Woche später, am 1.7.2003 in der Sendung *heute nacht*, wieder aus. Dort wurde in einem fünfminütigen Beitrag über die Finanzierung der

Medienpräsenz der SRzG vom 1. Mai bis 26. August 2003

Fernsehen

08. Mai 2003

Radio Berlin Brandenburg: 45-minütige Fernseh-Live-Diskussion zu Rentenreformvorhaben zwischen Jörg Tremmel, Ingo Nürnberger (Referent für Alterssicherung beim Bundesvorstand des DGB), Werner Conrad (Rentner) und Hans-Jürgen Stroth (Unternehmer aus Frankfurt a.d.O.)

25. Juni 2003

ZDF heute journal zeigt Bilder von der Buchpräsentation in Berlin

30. Juni 2003

WISO: Interview mit SRzG über vorgezogene Steuerreform

01. Juli 2003

ZDF heute nacht: Interview mit Jörg Tremmel, Cover des Handbuchs wird gezeigt

03. Juli 2003

Hessischer Rundfunk: „Vor Ort!“ Gespräch über Rente mit Jörg Tremmel und hunderten von Renter/innen in der Löwengrube (Korrektur: im Schrebergarten)

21. Juli 2003

ARD Report aus Mainz: Senioren zu Gast bei der SRzG im Gespräch über die VdK-Kampagne

04. August 2003

MDR: Magdeburger Gespräch: Rentensendung

25. August 2003. **BR:** Münchner Runde

26. August 2003. **3sat:** Kulturzeit

Radio

10. Mai 2003

Deutschlandfunk: Diskussion über Ausbildungsplatzmangel

11. Juli 2003

BBC World Service (englisch): Diskussion über Rentenreformen in mitteleuropäischen Ländern (Streiks in Frankreich und Österreich, Vergleich mit Deutschland)

21. Juli 2003

BR Radiowelt: Streitgespräch Jörg Tremmel, SRzG und Cornelia Verhülsdonk, BAGSO

23. Juli 2003

HR 1: Interview mit Jörg Tremmel über die aktuelle Rentenpolitik von Rot-Grün

24. Juli 2003

BBC World Service (englisch): nochmals ein Streitgespräch über Rente und Generationengerechtigkeit.

12. August 2003

HR 3: Interview mit Jörg Tremmel zur Rentenpolitik

12. August 2003

Radio Bruchsal: Interview mit Jörg Tremmel zu den des Junge Union-Chefs Mißfelder

12. August 2003

HR 3: Interview mit Jörg Tremmel zur Rentenpolitik

12. August 2003

HR 3: Interview mit Jörg Tremmel zur Rentenpolitik

Print

12. Juni 2003

DIE ZEIT: S.18

30. Juni bis 7. Juli 2003:

Newsweek International Edition (englisch), S.28

29. Juni 2003

The Sunday Times (englisch), S.25

17. Juli 2003

DIE ZEIT, S.18

27. Juli 2003

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, S.4

08 August 2003

Münchner Abendzeitung - Statement zur Gesundheitsreform

11. August 2003

Net-Zeitung - „Mißfelder schadet den Interessen der jungen Generation“

14. August 2003

Wirtschaftswoche - Statement von Jörg Tremmel zum Thema Staatsverschuldung

19. August 2003

Nachrichtenagentur Evangelischer Pressedienst (epd)

24. August 2003

Ring Nordbayrischer Zeitungen

25. August 2003: **Das Parlament**

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 32)

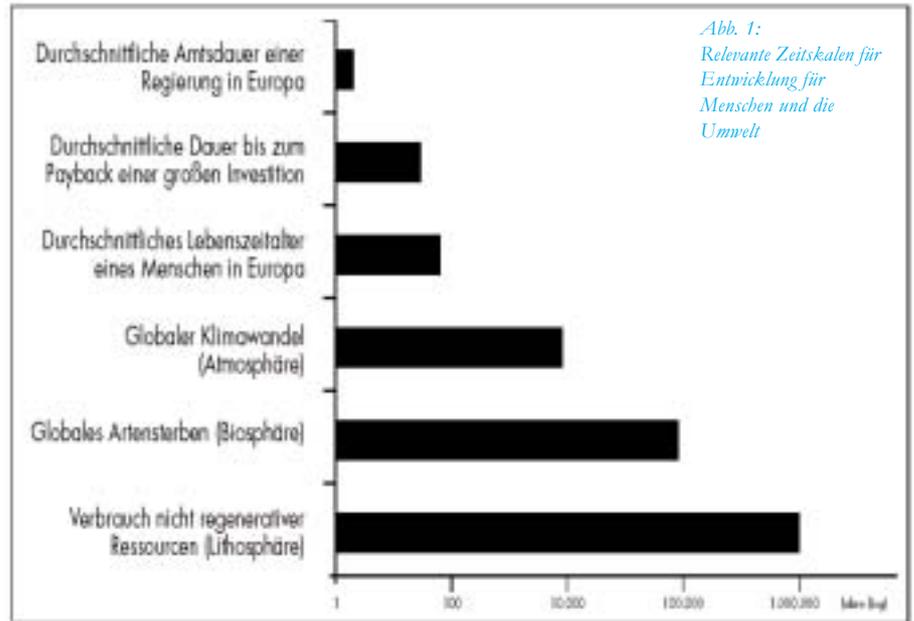
Alter schlägt Parteizugehörigkeit bei der Podiumsdiskussion

Etwas verspätet begann die Podiumsdiskussion mit jungen Bundestagsabgeordneten aller Parteien: Anna Lührmann (Bündnis 90/Grüne), Sabine Bätzing (SPD), Daniel Bahr (FDP) und Dorothee Mantel (CSU). Die Zugehörigkeit zur jungen Generation verband die Diskutanten mehr als ihre Parteizugehörigkeit sie trennte. „Wer wenn nicht wir soll sich denn für die Jugend einsetzen?“ fragte Dorothee Mantel. Themen der Diskussion waren die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz (s.u.), die Repräsentanz Unterachtzehnjähriger und die Agenda 2010.

Der oekom Verlag, der sich an den Kosten für die Veranstaltung mit 300 € beteiligte, stellte sich und sein Verlagsprogramm auf einem Stand vor.

Initiative für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit

Nachrückende Generationen sind heute keine Wähler. Dieses strukturelle Problem führt dazu, dass falsche Anreize gesetzt werden, nämlich für eine Politik der „Verherrlichung der Gegenwart und Vernachlässigung der Zukunft“ (Richard von Weizsäcker). Es besteht die Gefahr, dass bei den harten Verteilungskonflikten zwischen den die Gegenwart bestimmenden Partikular-Gruppen häufig nicht mehr genug übrig bleibt für spätere Generationen. Die SRzG erarbeitet daher in den nächsten Monaten mit jungen Bundestagsabgeordneten (Jens Spahn, CDU; Holger Haibach, CDU; Marco Bülow, SPD; Hans-Günter Bruckmann,



SPD; Daniel Bahr, FDP; Anna Lührmann, Grüne) einen interfraktionellen Antragstext, der Generationengerechtigkeit institutionell verankern soll, z.B. durch eine Aufnahme ins Grundgesetz oder durch einen inner-parlamentarischen Ausschuss für nachrückende Generationen.

Die Formulierung des konkreten Antrags soll von den interessierten MdBs selbst vorgenommen werden, die SRzG moderiert und stellt ihr Fachwissen zur Verfügung. Als erster Schritt wird im Herbst 2003 ein erstes Treffen der beteiligten Abgeordneten im kleinen Kreis stattfinden. Für 2004 ist dann eine internationale Fach-Konferenz geplant, bei der Politiker und Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern (z.B. Israel, Ungarn, Frankreich, Finnland) erläutern, in welcher konkreten Form Generationengerechtigkeit in ihren Ländern institutionell verankert wurde (siehe dazu auch den

Abschnitt „Institutionelle Verankerung“ im Handbuch Generationengerechtigkeit)

Für eine Veränderung der Verfassung ist bekanntlich eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig. Dazu braucht es einen langen Atem. Bis 2008 hat sich die SRzG folgende Ziele gesetzt: a) Zwei Bundestags-Parteien haben die Forderung nach der institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit (in einer konkreten Ausformulierung) in ihr Parteiprogramm aufgenommen b) Es hat eine Abstimmung über die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit im Bundestag stattgefunden

Wie ist die neue Initiative in die bisherigen Aktivitäten der SRzG einzuordnen? Die SRzG verabschiedet sich nicht von ihrer 20a-Kampagne, allerdings hat sich durch das ‚Handbuch Generationengerechtigkeit‘ der Wissensstand erhöht. Die Beiträge der Autoren im dritten Teil des Handbuchs zeigen: Es gibt nicht nur einen Weg, um Generationengerechtigkeit im Grundgesetz zu verankern. Der Ball ist daher ins Feld der jungen Abgeordneten gespielt worden, die nun selbst einen Vorschlag entwickeln werden.

vom Vorstand der SRzG

Wir alle sollten uns um die Zukunft sorgen, denn wir werden den Rest unseres Lebens dort verbringen.

Charles F. Kettering, 1876-1958, amerikanischer Industrieller



n.l.: Dorothee Mantel (CSU), Daniel Bahr (FDP), Jörg Tremmel, Anna Lührmann (Grüne), Sabine Bätzing (SPD)



„Über eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen immer wieder neu nachzudenken und zu handeln, gehört zu den Wesensmerkmalen seriöser und verantwortungsbewusster Politik. Mit dem ‚Handbuch Generationengerechtigkeit‘ legen die Autoren umfassend und engagiert dar: Wir dürfen nicht auf Kosten derer leben, die nach uns kommen. Auch unsere Kinder haben ein Recht auf gesunde Staatsfinanzen, soziale Sicherheit und eine intakte Umwelt.“

Christian Wulff, Ministerpräsident Niedersachsen



„Gerechtigkeit zwischen den Generationen und Verantwortung für Gegenwart und Zukunft sind Prinzipien einer ehrlichen Politik. Das Buch bietet einen sehr guten Überblick über die Dimensionen der Generationengerechtigkeit in den unterschiedlichsten Politikbereichen. Ich empfehle deshalb die Lektüre allen Politikern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit wir bei der Debatte um die notwendigen Reformen in diesem Land eine neue Qualität erreichen und unser Land im Sinne der Generationengerechtigkeit verantwortungsbewusst umgestalten können.“

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzende



„Generationengerechtigkeit ist das große Thema unserer Zeit. Das Handbuch zeigt die Dimensionen des Themas und ist äußerst nützlich für den Tagesgebrauch in Wissenschaft und Politik.“

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker MdB, Vorsitzender des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags



„Generationengerechtigkeit ist Anerkennung der Lebensleistung der älteren und Zukunftssicherung für die junge Generation. Das ‚Handbuch Generationengerechtigkeit‘ leistet einen wertvollen Beitrag dafür, dass diesem Thema endlich der gebührende Stellenwert eingeräumt wird.“

Dr. Guido Westerwelle, FDP-Parteivorsitzender



„Das Thema ist leider topaktuell. Kollabierende Sozialsysteme und knapper werdende Ressourcen drohen die Generationen zu spalten. Das Buch ist wichtig für alle, die über den Tellerrand der aufgeregten Tagespolitik hinausblicken wollen. Zahlreiche Fakten erleichtern den Weg durch das umfangreiche und anspruchsvolle Werk. Eine Pflichtlektüre für alle Politiker.“

Helmut Markwort, Chefredakteur FOCUS



„Die Stärken des vorliegenden Handbuches zur Generationengerechtigkeit liegen darin, dass es Brücken zwischen philosophischer Grundlagenreflexion und detaillierten, teilweise auch politisch provokativen Analysen verschiedener Aspekte intergenerationell zu verantwortenden Handelns schlägt. Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Beiträgen des Handbuches wird den Diskurs um Theorie und Praxis intergenerationaler Gerechtigkeit argumentativ bereichern und voranbringen. Ich wünsche dem Handbuch daher eine breite und engagierte Leserschaft.“

Prof. Dr. Konrad Ott, Mitglied im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen



„Generationengerechtigkeit - ein Schlagwort unserer Zeit wird in dem Handbuch ausführlich analysiert und der praktische Politikansatz aufgezeigt. Damit wird ein wichtiger Beitrag zu den verschiedensten Handlungsfeldern zukunftsfähiger Entwicklung geleistet. Besonders in Zeiten der globalen gesellschaftlichen und ökologischen Krise eine empfehlenswerte Lektüre, um Visionen zu entwickeln und umzusetzen!“

Christian Unselt, amt. Präsident des Naturschutzbundes NABU



„Dieses Buch gibt Objektivität nicht einmal vor. Es nimmt Partei - für die Umwelt und die langfristige Lebensqualität, für junge Menschen, für deren künftige Kinder. Und es nimmt diese Position seriös und mit Emphase zugleich ein.“

Dr. Uwe Jean Heuser, Ressortleiter Wirtschaft DIE ZEIT

**ökom Verlag -
Wir publizieren Zukunft**



**Handbuch
Generationengerechtigkeit**

Strahlender Atommüll, steigende Meeresspiegel, ausufernde Staatsverschuldung: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Unser neues Denken müsse auch über das hinausgehen, was heute als ökologische Krise umschrieben wird, fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Und entwirft gemeinsam mit Soziologen, Juristen, Philosophen und Ökonomen konkrete Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. So entsteht aus dem Nachsinnen über ethische Grundsätze ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
 ökom Verlag, München 2003
 520 Seiten, ISBN 3-936581-09-6
 25,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
 Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
 Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
 Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
 E-Mail kontakt@oekom.de

Außenpolitisch war es vor allem das Thema Irak, das die Menschen in den letzten Monaten bewegte, innenpolitisch die Agenda 2010. Zu beiden Themen nehmen Vertreter der SRzG-Gremien Stellung - nicht um eine Meinung vorzugeben, sondern um die Diskussion anzuregen. Liebe Fördermitglieder, schreiben Sie uns ihre eigenen Gedanken zu diesen Themen. Wir veröffentlichen Sie gerne in der nächsten Ausgabe.

Die Redaktion

Die egoistische Supermacht

Ein ‚regime change‘ in Washington ist notwendig - aber nicht wegen des Irak-Krieges, von Jörg Tremmel

Die außenpolitische Gesamtbilanz der Bush-Regierung

Der Irak-Krieg hat die Weltöffentlichkeit gegen die von George W. Bush geführte US-Regierung mobilisiert. Bevor ich jedoch auf den Irak-Krieg eingehe, möchte ich die gesamte US-Außenpolitik im Zusammenhang bewerten. George W. Bush erteilte von Anfang an multilateralen Abkommen eine schroffe Absage. Das galt für das Kyoto-Protokoll zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, den nuklearen Teststoppvertrag (Comprehensive Test Ban Treaty), die Biowaffen-Konvention, den ABM-Vertrag, die Errichtung des internationalen Strafgerichtshof und schließlich den Ottawa-Vertrag über die Ächtung von Landminen.¹ Gerade die Ablehnung des Landminenvertrags ist barbarisch. Dadurch geht das Sterben durch Minen, wovon v.a. spielende Kinder betroffen sind, weltweit ungebremst weiter. Durch die Weigerung der USA, zum Klimaschutz beizutragen, steigt die Gefahr, dass einige pazifische Inselstaaten in den nächsten 100 Jahren komplett ausgelöscht werden.

Die Politik der USA hat die Welt gefährlicher gemacht. Am 13.10.1999 versetzte der US-Senat dem mühsam ausgehandelten Vertrag über den umfassenden Verzicht auf Nukleare Tests (CTBT) den Todesstoß. Damit ist eine weitere Verbreitung von Nuklearwaffen eingeleitet. Die 8 Nuklearstaaten (exklusive Nordkorea) und die 28 Staaten im Besitz von ballistischen Raketen werden nachrüsten.

werden alles tun, sobald wie möglich zum „Club“ dazuzugehören. Die USA selbst entwickelt derzeit eine neue Generation von Nuklearwaffen.

Diese ‚Mini-Nukes‘ sollen tief in die Erde eindringen und dort geschützte Bunker-Systeme zerstören können, aber auch auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden können.

Die Wiederkehr der Folter

Ein besonders bedrückendes Kapitel sind auch die amerikanischen Verstöße gegen das Folter-Verbot und die menschenrechtsverletzenden Behandlungen von Gefangenen. Die Bilder von gefangenen Al-Kaida-Mitgliedern in Guantanamo erregten weltweit Empörung. Den Gefangenen in Camps in Afghanistan, dem Irak und in Diego Garcia ergeht es aber noch schlechter: Durch Schläge und andere physische Gewalt versucht man von ihnen Erkenntnisse zu erhalten. Die Gefangenen werden zu stundenlangem Stehen oder Knien gezwungen oder durch Dauerbeleuchtung am Schlafen gehindert. Verletzten Gefangenen wurden Schmerzmittel vorenthalten, um sie gefügiger zu machen. Cofer Black, Chef des CIA Counterterrorist Center brachte bei einer Anhörung vor dem Senat im vergangenen September das neue Denken auf den Punkt: „Es gab eine Zeit vor dem 11. September und eine Zeit nach dem 11. September. Nach dem 11. September haben wir die Samthandschuhe ausgezogen.“

Wenn die Arbeit den Amerikanern selbst



Häftlinge auf Guantanamo-Bay

zu dreckig wird, lässt man sie von Polizeikräften in Entwicklungsländern wie Jordanien, Ägypten oder Marokko verhaften. Nach Angaben der Washington Post sollen von den rund 3.000 angeblichen al-Qaida-Kämpfern, die die USA seit dem 11. September 2002 weltweit verhaftet hat, etwa 100 an andere Geheimdienste übergeben worden sein.² „Wir brechen ihren Widerstand mit allen Mitteln, und derart geschwächt erkennen sie, dass sie im Unrecht sind“, zitiert die Washington Post einen Geheimdienstler aus Marokko. Für all diese Gefangenen gilt: Es gibt keine Unschuldsv

vermutung. Wenn ihnen überhaupt der Prozess gemacht wird dann haben sie nicht das Recht auf freie Anwaltswahl, kein vertrauliches Gespräch mit einem Anwalt, keine Berufungsmöglichkeiten. Man kann es drehen und wenden, wie man will. Ein Staat, der foltert oder befreundete Regierungen foltern lässt, kann nicht gleichzeitig eine moralische Führungsrolle in der Welt beanspruchen. Dieser Widerspruch ist uns kritischen Europäern nun mal nicht zu vermitteln und wird zu einer dauerhaften Spaltung ‚des Westens‘ führen, wenn er nicht bald aufgehoben wird.

Das Selbstbild der Vereinigten Staaten als „wohlwollender Hegemon“, dessen Führung von aller Welt nachgefragt wird, kontrastiert krass mit der Einschätzung der Rolle der USA im Rest der Welt. 60% der Europäer betrachten Bush als größte auswärtige Bedrohung.³ Im Nahen und Mittleren Osten dürften es noch mehr sein.

Auch die US-amerikanische Europapolitik hat einen radikalen Wandel durchgemacht. Während die USA fast fünf Jahrzehnte lang als „European pacifier“ (Befrieder Europas) wirkte, handelt die Bush-Regierung als „Spalter Europas“, indem sie die europäischen Staaten in „alte“ (USA-kritische) und „neue“ aufteilt.

Ein ‚regime change‘ in Washington ist notwendig

Die Bush-Regierung hat die Zukunftschancen kommender Generationen so drastisch verschlechtert und so viel Tod und Leid über Menschen in anderen Teilen der Welt gebracht, dass jeder Leser dieses Artikels alles demokratisch Mögliche tun sollte, damit sie möglichst bald von der Bildfläche verschwindet. Völlig klar ist aber auch, dass die Kritik sich vor allem gegen die jetzige US-Regierung richtet, nicht gegen die amerikanische Gesellschaft. In den USA wird viel darüber spekuliert, wie Al Gore auf den 11.9. reagiert hätte, wenn er Präsident geworden wäre. Gehässige amerikanische Kommentatoren schreiben, dass er eine Kommission gegründet hätte, die untersuchen sollte, warum sein Land sich



Atompilz über Hiroshima: US-Regierung darf „Mini-Nukes“ mit einem Drittel der Sprengkraft entwickeln

(weiter auf Seite 36)

(Die egoistische... Fortsetzung von Seite 35)

die Terroranschläge selbst zuzuschreiben hätte.⁴ Das hätte er sicher nicht getan, aber er hätte eine multilaterale Lösung gewählt und vermutlich den Irak-Krieg nicht gegen den Willen der UNO geführt. Die deutsche Regierung schwächt die demokratische Opposition in den USA, wenn sie George W. Bush jeden Wunsch erfüllt. Eine Korrektur der US-Regierungspolitik kann nur aus der amerikanischen Innenpolitik kommen. Was kann man dann als Europäer überhaupt tun, um dies zu beeinflussen? Man könnte, wie der Autor es tut, amerikanische Touristen und Geschäftsleute in Deutschland höflich auf die Politik der Bush-Regierung ansprechen und damit bei ihnen ein Umdenken bewirken (was ein moderater Weg ist, um sich zu engagieren). Die meisten lassen sich auf eine echte Diskussion ein und reagieren schon nachdenklich.

Man könnte und sollte seine kritischen Thesen in englischsprachigen und in den USA vertriebenen Büchern oder Artikeln publizieren, um zur Gegenöffentlichkeit beizutragen.

Amerika oder Europa?

Die Vereinigten Staaten - nicht Europa - haben die alte transatlantische Bindung beendet.⁵ Die Bush-Regierung trat ihr Amt mit der festen Überzeugung an, dass das amerikanische politische und wirtschaftliche System allen anderen überlegen und daher für die weitere Entwicklung der Welt richtungweisend sei.⁶ Sie leitet daraus die Mission ab, die Vorzüge dieser Ordnung zu verteidigen und nach Möglichkeit weltweit zu verbreiten. Amerikanische Interessen - so wie sie die Regierung definiert - fallen insofern mit denen der Menschheit zusammen. Daraus leiten die USA ihren Führungsanspruch ab. Diese als „American Exceptionalism“ bekannte Auffassung stuft alle anderen Regionen zurück - auch Europa. Damit stellt sich die ja durchaus ernstzunehmende Frage, ob die amerikanischen Werte wirklich den europäischen überle-

gen sind. Nach meiner Meinung hat Europa andere Werte. Was die Stufe der Zivilisation angeht, kann es jedoch absolut mithalten mit den USA. Neben dem großen Fundus an Gemeinsamkeiten unterscheidet sich die europäische von der amerikanischen Kultur durch eine größere Toleranz (bedingt auch durch die Kleinräumigkeit), durch mehr Humanität (z.B. Verzicht auf Todesstrafe), durch aufklärerisches Zurückdrängen der Religion und durch Friedfertigkeit (als Lehre aus der Geschichte). Demgegenüber zeichnet sich die USA im politischen Bereich durch stärkere Tatkraft und Entschlossenheit aus, bedingt nicht zuletzt dadurch, dass sie (im Gegensatz zur EU) ein Staat ist.

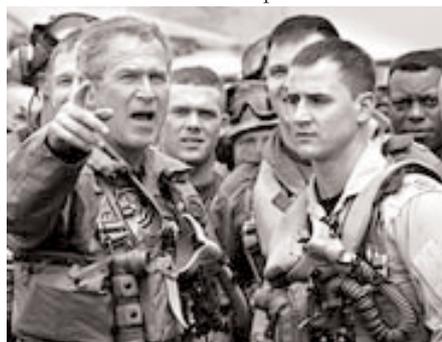
Der radikale Islamismus als dritte Herausforderung der freiheitlich-liberalen Welt

Bei aller Kritik an der amerikanischen Regierung darf man aber auch eine andere Wahrheit nicht vergessen: Nicht nur konservative, auch linke und liberale Intellektuelle bezeichnen den radikalen Islamismus mit seinem Terrorpotenzial als die dritte totalitäre Herausforderung der Moderne, als Nachfolger von Faschismus und Kommunismus.⁷ „Der erste Schritt im Kampf gegen den radikalen Islamismus ist die Erkenntnis, dass die zivilisierte Welt in großer Gefahr schwebt - Globalisierungsfreunde wie Globalisierungsgegner, Linke wie Rechte, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative sollten sich darin einig sein.“⁸ Der Islam hat sich in den vergangenen hundert Jahren beträchtlich ausgeweitet, damit ging auch ein Machtzuwachs der unterschiedlichsten islamistischen Strömungen einher. An vielen Bürgerkriegen der Gegenwart sind auf einer Seite radikale Muslime beteiligt (Algerien, Philippinen, Indonesien). Wer vor Handabhacken, Steinigungen und der massiven Verletzung der Menschenrechte von Frauen die Augen verschließt, macht sich mitschuldig. Wir scheinen die wichtigste Lektion des Dritten Reiches vergessen zu haben - gegenüber Intoleranten darf es keine Toleranz geben. Wie würde man in der westlichen Demokratie mit einer Partei umgehen, die ein totalitäres Weltbild vertritt und freie Wahlen abschaffen will? Man würde sie politisch bekämpfen und sie zur Not auch verbieten, um sie dann polizeilich an der Ausübung ihrer Aktivitäten hindern zu können. Wie aber soll man in der Weltgemeinschaft mit einer solchen Strömung umgehen? Der Fundamentalismus ist eine der größ-



ten Gefahren für die freiheitlich-liberale Werteordnung, für aufklärerisches, freies Denken, für Wissenschaft und Fortschritt. Er muss bekämpft werden. Die europäischen laizistischen Intellektuellen haben jahrzehntelang nichts gegen das Vordringen des Fundamentalismus unternommen - außer Worten. Sie hätten auch Druck aufbauen müssen. Zur Not hätten sie gegen die fundamentalistischen Regime, nachdem sie einmal etabliert waren, Krieg führen müssen - zumindest nach Afghanistan hätten internationale Truppen schon vor fünf Jahren geschickt werden müssen, um die Menschen- und Frauenrechte wiederherzustellen. Das Problem ist, dass der einzige, der den Mut und die Kraft aufbringt, sich dem islamischen Fundamentalismus entgegenzustellen, derzeit ein christlich-fundamentalistischer Amerikaner ist. Dies ist natürlich ein Dilemma. Nun wird aber George W. Bush später leichter durch einen anderen ersetzt werden können als - ohne US-Intervention - Ajatollah Chamenei von seinem Volk. Es ist deshalb kein Wunder, dass iranische Studenten auf eine Invasion der USA hoffen. Bush selber hat - und dies war nicht verkehrt - wieder die Kategorien „Gut“ und „Böse“ in die Politik eingeführt. Entscheidend ist nur, dass mit wissenschaftlichen Methoden (und nicht durch die Religion oder die eigene ethnozentrische Brille) ermittelt wird, was „gut“ und „schlecht“ ist. Die Wissenschaften, die das tun können und

(weiter auf Seite 37)



George W. Bush auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln

(Die egoistische... Fortsetzung von Seite 36)

müssen, sind die Moralphilosophie und -bezogen auf gute und schlechte Gesellschaftsordnungen - die Soziologie. Das Prüfkriterium, ob eine Gesellschaftsordnung „gut“ oder „schlecht“ ist, bilden Meta-Ethiken wie der Utilitarismus, die Menschenrechte oder Kants kategorischer Imperativ. Was dann als „richtig“ und „gut“ ermittelt wurde, sollte auch in positives Recht umgesetzt werden und z.B. dem Internationalen Strafgerichtshof als Grundlage dienen.

Ich habe schon vor 4 Jahren eine militärische Intervention in Afghanistan gefordert - damals aus humanitären Gründen. Soll ich nun die USA dafür verurteilen, dass sie endlich die Frauenrechte dort wieder halbwegs hergestellt haben? Wenn irgendeine militärische Aktion das Etikett „Humanitäre Intervention“ verdient, dann diese. Genauso war der Irak-Krieg moralisch geboten, um massivste Menschenrechtsverletzungen endlich zu beenden. Tony Blair zog - anders als George W. Bush - vor allem aus diesen Gründen in den Krieg und dafür verdient er Unterstützung.

Das internationale Völkerrecht ist in dieser Hinsicht veraltet. Seit 1945 bewahrt die Charta der Vereinten Nationen in Artikel 51 den breiten Konsens, dass ein Staat Gewalt nur zur persönlichen oder kollektiven Selbstverteidigung einsetzen darf. Darüber hinaus gilt das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten. Vor allem dieses Prinzip ist veraltet, da die Welt sich heute grundlegend von der Welt des Jahres 1945 unterscheidet. Die 38 im Jahr 2001 erfassten Konflikte waren bis auf eine Ausnahme (Afghanistan) Konflikte innerhalb von Staaten, nicht zwischen Staaten.⁹ Wenn man Völkermorde wie in Ruanda oder dem Kosovo wirksam verhindern will, dann muss man dieses Prinzip zur Disposition stellen.

Staaten- und Menschenrechtsordnungen

Man kann dies als Übergang von einer Staatenrechts- zu einer Menschenrechtsordnung beschreiben.¹⁰ Bis zur Gründung der Vereinten Nationen war das Völkerrecht fast identisch mit dem Staatenrecht, das die zwischenstaatlichen Beziehungen regelte.¹¹ Seitdem ist es zu einer wachsenden Berücksichtigung der Rechte von Individuen gekommen, auch wenn dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten bedeutete. Das allgemeine Gewaltverbot bildet immer noch das Herzstück des UN-Sy-

stems. Es kennt nur zwei Ausnahmen: das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs (Art.51) und das Recht des UN-Sicherheitsrates, Sanktionen auch in Gestalt militärischen Zwangs zu beschließen oder zu autorisieren, wenn der Sicherheitsrat eine Bedrohung oder ein Bruch des internationalen Friedens feststellt (Art. 39).

Nur langsam entwickelt sich das internationale Recht in die richtige Richtung: Auf der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 wurde nun im Hinblick auf die Menschenrechte festgestellt, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte durch die internationale Gemeinschaft keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten darstellt.¹²

Auf grobe Menschenrechtsverletzungen kann also zumindest indirekt auch mit Verhängung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta reagiert werden. Die Anwendung militärischer Gewalt ist dabei nicht ausgeschlossen. Der Sicherheitsrat, der die Gefährdung des internationalen Friedens feststellen muss, hat im Hinblick auf Zimbabwe und die Apartheids-Politik in Südafrika, den Minderheitenschutz im Irak, die ethnischen Säuberungen im Bosnien-Konflikt und den Zusammenbruch der Ordnung in Somalia davon auch schon Gebrauch gemacht.

Der Krieg ist ein Massaker von Leuten, die sich nicht kennen, zum Nutzen von Leuten, die sich kennen, aber nicht massakrieren.

Paul Valéry

Humanitäre Interventionen sollten grundsätzlich nicht mehr am Prinzip der Nichteinmischung scheitern dürfen. Doch zugleich muss für erlaubte multilaterale Kriege eine sorgfältige Kriterienliste erarbeitet werden. Und niemals darf ein Staat zugleich die Rolle des Anklägers, Richters und Henkers einnehmen¹³ (siehe das Kapitel über den internationalen Strafgerichtshof). Das heißt, dies Entscheidung über ein solches Eingreifen muss immer bei der UNO liegen, nie bei einem einzelnen Staat.

Die Anti-Terror-Strategie der Bush-Regierung

Am 11.9 starben doppelt so viele US-Amerikaner als in den letzten vier von den USA geführten Kriegen zusammen. Seit sie erstmals seit Jahrhunderten auf

ihrem eigenen Territorium attackiert wurden, unterteilen die USA ihre Feinde in

- solche, die sie hassen (v.a. terroristische Gruppen)
- solche die Massenvernichtungswaffen besitzen (v.a. Staaten).

Wenn beides zusammenfällt, sehen sie sich zu einem Präventivkrieg bzw. -kampf berechtigt - egal ob es sich gegen einen anderen Staat oder um gesellschaftliche Akteure handelt. Die Verbindung beider Themenkomplexe ermöglicht es den Amerikanern, im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus auch zwischenstaatliche Kriege zu führen.¹⁴ Das Problem der neuen amerikanischen Strategie des Krieges gegen den Terrorismus ist u.a., dass dieser Kampf niemals definitiv beendet werden kann. Kofi Annan stellt illusionslos fest: „Es wird immer Menschen geben, die hassen und töten, selbst wenn alle Ungerechtigkeiten beseitigt sind. Aber wenn die Welt beweisen kann, dass sie beharrlich an der Schaffung einer stärkeren, gerechteren, gütigeren und noch internationaleren Gemeinschaft über alle Grenzen von Religion und Rasse hinweg arbeitet, dann wird der Terrorismus sein Ziel verfehlen.“¹⁵

Die USA werden sich früher oder später mit einem geringeren Ausmaß von Terrorismus zufrieden geben müssen - das ist alles, was sie erhoffen können. Es besteht eine gewisse Gefahr, dass Amerikas Rechte kein Ende des Kriegszustands wünscht, um ihre innenpolitischen Ziele verfolgen zu können. Ob ein solcher Alarmismus beim amerikanischen Volk aber nicht eher das Gegenteil erreicht, bleibt abzuwarten.

Terrorismus ist politikgeschichtlich nichts Neues;¹⁶ ja man kann sogar sagen, es hat ihn gegeben, so lange es Reiche oder Staaten gab bzw. gibt. Unabhängig von Politik gab es immer auch Wahnsinnstaten Einzelner, die ihren Namen im Geschichtsbuch stehen sehen wollten. Die freiheitlich-demokratischen Gesellschaften waren durchaus in der Lage, Anschläge als Mückenstiche zu betrachten, die zu einer zivilen Gesellschaft schlicht dazugehören. Will sich die amerikanische Gesellschaft für die nächsten Jahrzehnte als im Kriegszustand betrachtet sehen? Selbst wenn man das Ziel niedriger hängt und nur den arabischen Terrorismus austrocknen will, so hat die amerikanische Regierung bisher fast völlig den zweiten Teil, den Kampf gegen die Ursachen des Terrorismus, vermis-

(weiter auf Seite 38)

(Die egoistische... Fortsetzung von Seite 37)

sen lassen. Wäre der Nahost-Konflikt gelöst, so würde die wichtigste und größte Quelle versiegen.¹⁷ Zweitens besteht die Herausforderung, die Wertschöpfung der Dritten Welt erheblich und stärker als in der ersten Welt zu steigern, damit die Wohlstands-Lücke zwischen Nord und Süd geschlossen werden kann. Entwicklungspolitik - nicht verstanden als Almosenpolitik sondern als Marktöffnungspolitik der Industrieländer ohne entsprechende Marktöffnungen der Entwicklungsländer - ist langfristig die wirksamste Sicherheitspolitik. George W. Bush jedoch hat den Protektionismus auf diesem Gebiet verschärft und die Beihilfen für seine Farmer erhöht. Die westliche Welt - vor allem aber die USA sollten gleichzeitig jede Art von Arroganz oder Ethnozentrismus im Umgang mit anderen Ländern vermeiden und ihnen endlich *Respekt* entgegenbringen. Die Respektierung der Ebenbürtigkeit der Staaten, auch der kleinsten und ärmsten, ist die Grundlage erfolgreicher Führungspolitik. Die Europäer könnten den Amerikanern helfen, die andere Seite der Münze zu erkennen und sie von dem Missverständnis befreien, ihr Machtmonopol enthalte auch ein Ordnungsmonopol.

Gewalt ist die letzte Zuflucht des Unfähigen.

Isaac Asimov

Die Gründe für den Irak-Krieg

Die Entscheidung für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak fiel bereits wenige Wochen nach dem 11.9.2001.¹⁸ Die Bush-Regierung versprach sich durch einen Sturz Saddams die Hoffnung auf eine umfassende Verbesserung der gesamten politischen Konstellation im Nahen Osten:

- die USA würden in Bezug auf Erdöllieferungen weniger abhängig von Saudi-Arabien, wenn im Irak ein US-freundliches Regime an die Macht kommt
 - die Sicherheitslage Israels würde sich drastisch verbessern
 - ein demokratischer Irak würde auf andere Staaten ausstrahlen und zu einer Welle der Demokratisierung im gesamten Nahen Osten führen.
 - die Bush-Familie würde ihren persönlichen Erzfeind (der immerhin Bush senior ermorden wollte) loswerden
- Dass der Irak Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergibt, war eine theoretische Gefahr. Ganz real war aber

die Chance, ein feindselig gegen die USA eingestelltes, nach Massenvernichtungswaffen strebendes Regime in einer wichtigen Region der Weltpolitik zu beseitigen.

Zu den unappetitlichen Nebeneffekten des Irak-Krieges gehörte die beispiellose Mobilisierungskampagne der Bush-Administration gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit. Mit Hilfe rechter Medien erreichte Bush, dass vor dem Krieg zwei Drittel der US-Bevölkerung glaubte, dass Saddam Hussein den Attentätern des 11.9. geholfen hatte.²⁰

Eine Minderheit glaubte sogar, Osama bin Laden sei ein Iraker. Dass diese Verdummungskampagne angesichts der abgrundtiefen ideologischen Unterschiede zwischen der Baath-Partei und den Islamisten um Osama bin Laden so erfolgreich sein konnte, weckt Befürchtungen, dass die US-amerikanische Öffentlichkeit sich auch über andere Fragen wird täuschen lassen.

Aber es gilt auch ehrlich festzustellen: Die Idee, die freiheitlich-liberale Demokratie weltweit zu fördern, ist richtig. Selbst wenn Bush aus rein egoistischen Gründen seine Kriege führte, so scheint nach jetzigem Wissenstand das *Ergebnis* zumindest teilweise deckungsgleich mit den Wünschen der Idealisten. Mit jedem geöffneten Massengrab wird dies deutlicher. Man kann aus den falschen Gründen das Richtige tun.

Der internationale Strafgerichtshof

Die wichtigste UN-Institution, die sich dem US-Hegemonialanspruch in den nächsten Dekaden entgegenstellen könnte, wird der internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag sein.²¹ Der Hegemon hat dies bereits begriffen. Präsident George W. Bush zog im Mai 2002 die Unterschrift seines Vorgängers Clinton unter das Statut zurück, ein präzedenzloser Vorgang. Das Repräsentantenhaus drohte im Mai 2002 jedem Staat, der dem Statut des Gerichtshofs beiträt, den Entzug jeglicher Militärhilfe an und beauftragte die Regierung, amerikanische Staatsangehörige, gegen die vor dem Internationalen Strafgerichtshof verhandelt würde, notfalls mit Gewalt zu befreien. Hier muss Europa (zusammen mit dem Rest der demokratischen Welt, das sind derzeit 120 von 192 Ländern) jede indirekte Androhung einer gewaltsamen Verletzung seines Hoheitsgebietes mit aller Schärfe zurückweisen.

Selbst die maßgeblich von den USA eingesetzten speziellen Kriegsverbrechertribunale für Jugoslawien und Ruanda

sollten bis spätestens 2008 eingestellt werden, weil sie als Wegbereiter des Internationalen Strafgerichtshof gelten und wirken könnten. Diese extreme Ablehnung durch Washington ist umso verständlicher, als in dessen Statut ein politischer Missbrauch ausgeschlossen wurde. Würden im weltweiten Einsatz amerikanische Soldaten Kriegsverbrechen begehen, so würde die internationale Gerichtsbarkeit nur tätig werden, wenn die amerikanische untätig blieb. Auch gehört in die Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofes nur der klare Fall des Kriegsverbrechens, nicht etwa der Krieg als Straftat. Dies alles befriedigt die USA nicht: Der Gerichtshof widerspricht der manichäischen Weltanschauung vieler US-Amerikaner, dass man selbst der Gute sei und definieren könnte, was moralisch richtig ist.



Den Haag: Der Internationale Strafgerichtshof im Kreuzfeuer der Kritik

Im Sommer 2002 erpresste die US-Regierung die EU mit der Drohung, alle ihre Soldaten aus UN-Missionen abziehen, wenn US-amerikanische Soldaten in den Jurisdiktionsbereich des IStGH mit einbezogen würden. Man einigte sich auf ein Moratorium für sie. Insgesamt waren im Jahr 2001 über 47.000 Soldaten aus 88 Ländern in Peacekeeping-Missionen stationiert, u.a. in Bosnien-Herzegowina, Georgien, Kroatien, Zypern, auf dem Golan, in der Westsahara usw. Damit Europa hier nicht mehr erpressbar ist, müssen die Europäer die Kapazitäten aufbauen, um die Lücke ggf. schnell schließen zu können. Der Gipfel von Frankreich, Deutschland und Belgien Ende April 2003 (s.u.) weist in die richtige Richtung. Mit erheblichen finanziellen Versprechungen versuchen die USA auch, durch bilaterale Abkommen die Immunität amerikanischer Staatsbürger vor dem ICC zu erreichen. Mit 53 Staaten (darunter 18 afrikanischen) schlossen die USA bisher solche Verträge ab. Dabei hätte der Internationale Strafgerichtshof eine wichtige Rolle bei der Verfolgung der Attentäter des 11.9. spielen können. Zwar sind in seinem Statut terroristische Straftaten nicht erwähnt. Verbrechen dieses Ausmaßes lassen sich aber auch bereits unter den bestehenden Straftatbeständen „Kriegsverbrechen“

(weiter auf Seite 39)

(Die egoistische... Fortsetzung von Seite 38)

und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erfassen. Wer derartige Optionen sabotiert, setzt sich dem Vorwurf aus, den neuen Terrorismus nicht mit eindeutig rechtlichen Mitteln, sondern nach politischer Opportunität und geopolitischem Kalkül bekämpfen zu wollen. Einer der wichtigsten Beiträge der westlichen Demokratien zur Verhinderung weiterer Anschläge ist der Export von rechtsstaatlichen Strukturen in sog. schwache Staaten. Die USA haben genau das Gegenteil gemacht.

Fazit

Die wichtigste Maxime für die nächsten Jahre heißt: „Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund.“ Wie hätte sich Europa, insbesondere Deutschland, richtig beim Tauziehen im Sicherheitsrat verhalten sollen? Deutschland und Frankreich hätten die Entsendung eigener Truppen oder zumindest ihre Zustimmung im Sicherheitsrat an die Bedingung knüpfen sollen, dass die USA den Internationalen Strafgerichtshof akzeptieren. Europa muss selbst zu einer Ordnungsmacht werden, einerseits um humanitäre Interventionen durchführen, aber auch um sich der islamischen Bedrohung entgegenstellen zu können. Die Europäer - zumindest 4 von ihnen - haben erste Schritte dazu eingeleitet. Am 29.4. haben Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg den Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgeschlagen und durch Integration ihrer Streitkräfte die Keimzelle dafür geschaffen. Bis Mitte 2004 soll eine europäische Reaktionstruppe gebildet werden, deren Kern die bereits existierende deutsch-französische Brigade sein soll. Außerdem soll ein strategisches Luftfahrttransportkommando eingerichtet werden, das Ende des Jahrzehnts auf den dann zur Verfügung stehenden Airbus 400M zurückgreifen kann. Der Generalstab der Streitkräfte (auch wenn er verschämt Koordinierungszentrum genannt wird) soll unabhängig von der NATO operieren können und im Brüsseler Vorort Tervuren eingerichtet werden. Europa muss zwei Ziele gleichzeitig verfolgen: Den Kampf gegen den radikalen Islamismus (gemeinsam mit den USA) und für den Internationalen Strafgerichtshof (gegen die derzeitige US-Regierung und den undemokratischen Teil der Weltgemeinschaft, Hand in Hand mit der US-amerikanischen Opposition). Für die Amerikaner, die immerhin bei der letzten Präsidentenwahl mehrheitlich Al

Gore gewählt haben, wäre es eine Tragödie, wenn sich Europa nicht gegen George W. Bush behaupten würde.

- ¹ Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch*. Verlag C.H. Beck: München 2002
- ² SPIEGEL ONLINE-01. August 2003, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,259413,00.html>; Fisk, Robert: *United States Concentration Camps in Iraq*, in: *Independent vom 24.7.2003*; eine Übersicht über den Umgang der Amerikaner mit ihren Gefangenen, in: o.V.: *Menschenrechte: Die zweifelhaften Verhörmethoden der Amerikaner*, *Der Spiegel* Nr. 16/2003 (14.04.2003)
- ³ *Greenpeace-Magazin* 2/2003
- ⁴ Vgl. Peters, Ralph: *Hitler war wenigstens ehrlich. Ihr widert uns an: Die Amerikaner sind mit den Deutschen fertig*. In: *FAZ vom 15.05.2003*, Feuilleton
- ⁵ Harpprecht, Klaus: *Gibt es ihn noch, den Westen?* in: *Die Zeit vom 24.4.2003*, S.18
- ⁶ Müller, Harald: *Defensive Präemption und Raketenabwehr. Unilateralismus als Weltordnungspolitik*, in Kubbig, S.103-113, hier S.103
- ⁷ Ross, Jan: *Moral unter Waffen. Der Irak als Testfall für Amerikas neue demokratische Erösungspolitik*, in: *DIE ZEIT* (16.4.2003), S.1
- ⁸ Bauer, Yehuda: *Der dritte Totalitarismus. Radikale Islamisten kämpfen um die Weltherrschaft. Das haben sie mit Hitler und Stalin gemein*, in: *DIE ZEIT* (31.7.2003), S.7
- ⁹ Czempiel, S. 29
- ¹⁰ Brock, Lothar: *Normative Integration und kollektive Handlungsfähigkeit auf internationaler Ebene*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 6:2, 1999, 323-348
- ¹¹ *Die geistigen Grundlagen für das Staatenrecht lieferte Kant 1795 mit seinem Werk „Zum ewigen Friede“ zu seiner Zeit ein äußerst visionäres Gedankengut, welches heute freilich nicht mehr weit genug geht*
- ¹² Brock, S.332
- ¹³ Nye, Joseph S.: *Der ungeschickte Hegemon. Bushs Doktrin des Präventivkriegs in richtig. Aber ohne die Vereinten Nationen hat sie keine Zukunft*, in: *DIE ZEIT* (16.4.2003), 58 Jg, S.11
- ¹⁴ *Nach britischer Auffassung sind der Krieg gegen den Terror und die Entwaffnung des Irak zwei unterschiedliche Ziele, die jedoch gleichzeitig verfolgt werden müssen (vgl. Telp, Claus: Zwischen Solidarität und Opposition. Das Ringen um die Entschlüsselung 1441 im UN-Sicherheitsrat*, in: Kubbig 198-206, hier: S. 200)
- ¹⁵ Kofi A. Annan: *Vereint gegen den Terrorismus*, in: *FAZ vom 22.9.2001*
- ¹⁶ Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege*, Reinbek 2003, S. 182
- ¹⁷ Czempiel, S. 190

¹⁸ Adam, Rachel/ Glebocki, Martina/ Wicker, Alexander: „Any prize, any burden?“ *Die amerikanische Öffentlichkeit und die Irakfrage*, in: Kubbig, S.82-87, hier: S.86; siehe auch Czempiel. *Es ist also abwegig zu glauben, die Haltung von friedensbefürwortenden Ländern wie Deutschland oder Frankreich, z.B. im UN-Sicherheitsrat, hätte den Krieg beschleunigt, weil sie Saddam ermutigt habe.*

¹⁹ vgl. Kubbig, Bernd: *Der Hegemon in Washington, der Despot in Bagdad und die internationale Gemeinschaft*, S.9-22, hier: S.16; in: Kubbig, Bernd (Hg.): *Brandherd Irak. US-Hegemonialanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Frankfurt am Main 2003

²⁰ Adam, Rachel/ Glebocki, Martina/ Wicker, Alexander: „Any prize, any burden?“ *Die amerikanische Öffentlichkeit und die Irakfrage*, in: Kubbig, S.82-87, hier: S.83

²¹ *Eine Einführung zu Funktionsweise und Auftrag findet sich in: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hg.): Der Internationale Strafgerichtshof. Eine Einführung*, Frankfurt 2000

Jörg Tremmel ist Dipl-Politologe und Dipl-Kaufmann. Er leitet die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG).

Weiterführende Literatur:

Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch*. Verlag C.H. Beck: München 2002, 229 Seiten, € 12,90. ISBN 3-406-49416-1

Bauer, Yehuda: *Der dritte Totalitarismus. Radikale Islamisten kämpfen um die Weltherrschaft. Das haben sie mit Hitler und Stalin gemein*, in: *Die Zeit* vom 31.7.2003, S.7

Hondrich, Karl Otto: *Wieder Krieg. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 2002*, ISBN 3-518-12297-5; 192 Seiten

Kubbig, Bernd (Hg.): *Brandherd Irak. US-Hegemonialanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Frankfurt am Main 2003, 300 Seiten, ISBN 3-593-37284-3

Müller, Harald: *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11.September*. Fischer Verlag: Frankfurt am Main, 288 Seiten; € 12,90. ISBN 3-596-15774-9

Es hilft nichts, das Recht auf seiner Seite zu haben. Man muß auch mit der Justiz rechnen.

Dieter Hildebrandt

Buchrezension

Robert Kagan:

Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung

Rezensent: Jörg Temmel



Als Beispiel für den US-Blickwinkel soll nun das Buch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* von Robert Kagan, einem der Neokonservativen in Washington, der durch seinen Aufenthalt in Brüssel aber auch den europäischen Blickwinkel kennt, unter die Lupe genommen werden. Schade, dass es bei Büchern nicht die *Suche/Ersetze-Funktion* von Textverarbeitungsprogrammen gibt. Denn dann wäre es lohnenswert, das Wörtchen „Macht“ vor dem Lesen von Kagans Buch durch „Fähigkeit/Bereitschaft zur Gewaltanwendung“ zu ersetzen. Denn genau dieses ist gemeint, wenn Kagan von ‚Macht‘ (bzw. ‚Ohnmacht‘) spricht. Sätze wie: „Tatsache ist, dass das Machtungleichgewicht Ende der neunziger Jahre das Gefüge der transatlantischen Beziehungen ins Wanken brachte“ nehmen dann eine ganz andere Bedeutung an. So aber wird der Zynismus in Kagans Ausführungen euphemistisch verschleiert. Inhaltlich beschreibt er, dass nur machtlose Staaten das Völkerrecht ausbauen wollten, „Großmächte dagegen fürchten Regeln, die sie in ihrer Handlungsfreiheit einschränken, oft mehr als Anarchie. In einer anarchischen Welt verlassen sie sich auf ihre Macht, um Sicherheit und Wohlstand zu schaffen“¹ Kagan führt aus, dass militärisch starke Staaten dazu neigen, militärische Gewalt eher als ein nützliches Instrument zur Gestaltung der internationalen Beziehungen zu sehen als militärisch schwache Staaten.² Ein britischer Kritiker der amerikanischen Neigung zu militärischen Aktionen formulierte sarkastisch: „Wenn Du einen Hammer hast,

fangen alle Probleme an, wie Nägel auszusehen.“ Dies trifft auf den Kampf gegen terroristische Gruppen und Individuen zu, den die USA flugs zu einem Krieg gegen Staaten ummodelten - schon passte der Hammer wieder. Tatsächlich geben die USA während der 1990er Jahre (auch vor dem Amtsantritt von George W. Bush) stets mindestens 3 Prozent des BIP für Verteidigung aus, während die EU im Durchschnitt 1,81 ausgeben. Nach dem enormen Anstieg der Verteidigungsausgaben im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ geben die USA nun 100 Mrd. € (2003) aus, die EU 40 Mrd. €. Dass sich aus dieser Diskrepanz allein der fundamentale Gegensatz in der Wertschätzung des Völkerrechts erklären lässt, ist eine der zentralen Irrtümer von Kagan. Ins Schwarze trifft er dagegen mit seiner These, dass Europas Selbstverständnis durch den neuen amerikanischen Kurs gefährdet wird. Was Europa der Welt anzubieten hat, sind weltweit einzigartige Erfahrungen in der Überwindung von Erbfeindschaften und von Machtpolitik. Der Erfolg der Europäischen Union beruht auf der Unterwerfung aller zwischenstaatlichen Beziehungen unter die Herrschaft des Rechts. Kagan schreibt „Die Übertragung des Europäischen Wunders auf den Rest der Welt ist zu Europas neuer *mission civilisatrice* geworden. So wie die Amerikaner von jeher glauben, das Geheimnis des menschlichen Glücks gelüftet zu haben, und dieses unbedingt dem Rest der Welt mitteilen wollten, so haben nun die Europäer eine neue Mission, die aus ihrer eigenen Entdeckung des ewigen Friedens hervorgegangen ist.“³ Die neue amerikanische Bereitschaft zu unilateraler zwischenstaatlichen Kriegen ist, darin hat Kagan wohl recht, ein Angriff auf das Wesen des ‚postmodernen‘ Europas, ein Angriff auf die europäischen Grundüberzeugungen und eine Negation ihrer Allgemeingültigkeit. Im Roman „Lord of the Flies“ lässt der Autor einen Charakter sagen: „The rules are the only thing we’ve got“. Regeln verhindern, dass wir in die Barbarei zurückfallen. Die Schutzschicht der Zivilisation ist noch dünn in Europa.

Die schwerwiegendste Kritik an Kagans Weltbild lautet, dass für ihn ein System, bei dem die Kraft des Stärkeren gilt, per se nicht besser oder schlechter ist als ein System, in dem das Recht herrscht. Damit gehen die Amerikaner noch hinter Kant (Zum ewigen Frieden, 1794) zurück. 200 Jahre Zivilisationsgeschichte werden negiert. Dabei kann auch der Stärkste Rechtssicherheit propagieren, eben dann, wenn er moralisch ist. Nicht eine Koalition würde künftig die Mission bestimmen, schrieb Verteidigungsminister Donald. H. Rumsfeld am 27.9.2001 in der New York Times, sondern es „wird die Mission die Koalition definieren.“. Was musste dieser Satz für die Partnerschaften bedeuten, die die USA mit anderen Regierungen pflegten? Man sollte sich einen Moment lang die Analogie zur menschlichen Freundschaft anschauen. Hier würde es nichts anderes bedeuten, als die Freundschaft aufzukündigen. Denn wenn man mit dem anderen kooperiert, wenn es gut für mich selbst ist, aber umgekehrt nichts für den anderen tue, wenn dieser etwas von mir will, so ist das Wesen der Freundschaft zerstört. Während die deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung vor allem von moralischen Prinzipien geleitet ist⁴, setzen die USA laut Kagan vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges allein auf ihr Eigeninteresse. Dies wird zwangsläufig dazu führen, dass die USA Freunde verlieren, ja: dass immer mehr junge Intellektuelle weltweit, die ursprünglich US-Fans waren, zu ihren erbitterten Gegnern werden. Ob sich die USA dann vielleicht doch die kantianische Welt zurückwünschen?

¹ Kagan, 46

² Kagan, 34

³ Kagan, 73

⁴ Hasenclever, Andreas: *Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina, Frankfurt 2000, S.17*

Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin (englische Ausgabe: *Of Paradise and Power*, New York 2003); 128 Seiten, ISBN 3-88680-794-0

Die SRzG bedankt sich sehr herzlich für folgende neue Spenden:

- Drum, Richard € 50,00 · Lohde, Lotte € 100,00 · Wissenschaftsladen Bonn € 100,00 · Kollmar, Ulrich Friedrich € 50,00 · Heinrichs, Jürgen € 25,00 · Gerda, Magga € 10,00 · Hasselmann, Susanne & Klaus € 100,00 · Beck, Günter · Wolf € 40,00 · Evers, Jens € 10,00 · Hofacker, Helmut € 13,00 · Memmert, Laura € 35,00 · Fritz, Wilfried € 20,00 · Scheimann, Bernhard & Anne € 100,00 · Eckermann, Reinhard € 30,00 · Johr, Manfred € 20,00 · Reimann, Eckhard € 15,00 · Plaas, Annegret € 50,00 · Wendt, Hanna € 125,00 · Scherbel, Andreas € 80,00 · Memmert, Laura € 100,00 · Harder, Moritz € 50,00 · Woestmeyer, Martin € 50,00 · Gaus, Martina & Dr. Helmut € 51,13 · Majer, Prof. Dietmut € 25,00 · Pissarskoi, Eugen € 15,00 · Tremmel, Andreas € 6000,00 · Colmsan, Horst Rüdiger € 100,00 · Zöller, Annemarie € 50,00 · Oellrich, Martin € 25,00 · Geißler, Matthias € 15,00 · Schwab, Bernd € 60,00 · Lepenies, Annette € 50,00 · Gruetter, Peter € 100,00 · Schreiber, Maren € 25,00 · Memmert, Laura € 100,00 · Lischke, Eva € 50,00 · Barthel, Rainer € 50,00 · Lüthmann, Anna € 150,00 · Fuessel, Ulrike € 25,00 · Mirow, Florian € 25,00 · Heidbreder, Roswitha € 25,00 · Kammlott, Christian € 50,00 · Bellstedt, Kai € 25,00 · Forster, Jan € 50,00 · Dr. Seiler, Thomas € 33,00 · Renaud, Pascal € 25,00 · Horlamus, Heidemarie € 50,00 · Boelling, Christoph € 80,00

Interna SRzG Interna SRzG Interna SRzG Interna SRzG

Offener Brief an den Bundeskanzler zur Agenda 2010

von Prof. Dr. Rolf Kreibich, Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
und Vorsitzenden der SPD
Herrn Gerhard Schröder
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Berlin, den 15. Mai 2003 RK/et

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Ich fühle mich in dreifacher Weise herausgefordert, einen Beitrag zur Reformdebatte um die Agenda 2010 in Deutschland zu leisten: Als Wissenschaftler und Berater von Politik und Wirtschaft befasste ich mich mit grundlegenden globalen und regionalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zukunftsperspektiven und Zukunftsgestaltungsmöglichkeiten. Als Mitglied der SPD seit 42 Jahren und langjähriger Funktionsträger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist es mir ein großes Anliegen, die Agenda 2010 aus der bisherigen Schiefelage in ein innovatives Reformkonzept der Nachhaltigen Entwicklung zu überführen. Als Mitglied verschiedener wissenschaftlicher und politischer Gremien zur Zukunftsgestaltung und Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen setze ich mich in besonderer Weise für Generationengerechtigkeit ein.

Vor diesem Hintergrund unterstütze ich mit Nachdruck die vorgesehenen Reformmaßnahmen der Agenda 2010. Die Maßnahmen der Agenda 2010 sind wichtig, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes, die Senkung der Lohnnebenkosten und Kosten im Gesundheitswesen sowie die Stabilisierung der Sozialsysteme zu fördern und die starren Beschäftigungsverhältnisse und tradierten Strukturen in Handwerk und Gesundheitssystem zu lockern. Gleichwohl ist die Agenda 2010 kein hinreichendes Reformprogramm mit einer inhaltlichen Ziel- und Richtungsbestimmung zur langfristigen Sicherung von Zukunftsfähigkeit, zur Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze und Förderung der Lebensqualität. Sie zeichnet sich außerdem durch eine fatale Asymmetrie der zukünftigen Pflichten und Leistungen der sozial Schwachen und Starken in der Gesellschaft aus.

- 2 -

Die Agenda 2010 bedarf dringend der Richtungsbestimmung durch die Nachhaltigkeitsziele wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Ziele gehören in einem zukunftsorientierten Reformprogramm untrennbar zusammen. Die Ausblendung der ökologischen Erneuerung und die Vernachlässigung der sozialen Symmetrien in der Agenda 2010 sind wegen der dadurch verschenkten gesellschaftlichen und ökonomischen Innovationskräfte ein großes Manko. Es ist auch vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen selbst propagierten Zukunftsperspektiven unverständlich: So enthält schon der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zahlreiche Punkte zur Nachhaltigkeitspolitik auf den Gebieten Energie, Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, Verbraucherschutz, Ernährung und Gesundheit sowie Entwicklungszusammenarbeit, die unverzüglich im Interesse einer innovativen Wirtschafts- und arbeitsplatzschaffenden Beschäftigungspolitik umgesetzt werden sollten. Im Koalitionsvertrag wurde ja das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung als Orientierungsrahmen für die rot-grüne Bundesregierung festgeschrieben. Die Agenda 2010 hat davon jedoch nichts übernommen.

Auch der von der Bundesregierung eingesetzte ‚Rat für Nachhaltige Entwicklung‘ hat wichtige Grundlagen für eine zukunftsorientierte Innovations- und Beschäftigungspolitik erarbeitet. In seinem Strategiekonzept ‚Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland‘ hat er für die Handlungsbereiche

- Nachhaltigkeit, Kultur und soziales Lernen
- Energie und Klimaschutz
- Landwirtschaft, Umwelt, Ernährung und Gesundheit
- Mobilität und Verkehr
- Nachhaltige Siedlungsentwicklung

konkrete Konzepte und Maßnahmenbündel vorgeschlagen. Auch davon findet sich leider nichts in der Agenda 2010.

Schließlich hat die Bundesregierung selbst die ‚Nationale Nachhaltigkeitsstrategie -Perspektiven für Deutschland‘ erarbeitet und das ‚Leitbild der nachhaltigen Entwicklung‘ als Grundlage ihrer Politik verkündet. In den ‚Perspektiven für Deutschland‘ werden detaillierte Schritte und Maßnahmen dargelegt, wie Deutschland ökonomisch, sozial und ökologisch zu erneuern und zukunftsfähig zu machen ist. Unter der Überschrift ‚Generationengerechtigkeit‘ wird dargelegt, wie das durch Maßnahmen zur Ressourcenschonung, zum Klimaschutz, zur Nutzung erneuerbarer Energien, Verringerung der Flächeninanspruchnahme, Erhaltung der Artenvielfalt, Verringerung der Staatsverschuldung, durch wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Förderung von technischen und sozialen Innovationen und durch Bildung und Forschung zu erreichen ist.

- 3 -

Unter der Überschrift ‚Lebensqualität‘ werden detaillierte Angaben zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand, umweltfreundlicher Mobilität, gesunder Ernährung, zur Verbesserung der Luftqualität, der Gesundheit und zur Verringerung von Kriminalität gemacht. Zum Thema ‚Sozialer Zusammenhalt‘ enthalten die ‚Perspektiven für Deutschland‘ durchgreifende

(weiter auf Seite 42)

(Brief an Bundeskanzler... Fortsetzung von Seite 41)

Maßnahmen für mehr Beschäftigung, Zukunftsperspektiven für Familien, Maßnahmen zur Verbesserung von Gleichberechtigung und zur Integration der ausländischen Mitbürger. Im Hinblick auf die Wahrnehmung von „Internationaler Verantwortung“ enthält das Zukunftsprogramm klare Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit und zur gleichberechtigten Öffnung der Märkte zwischen Deutschland und der Dritten Welt. Folgerichtig werden sodann sieben „Schwerpunkte einer zukunfts-fähigen nachhaltigen Entwicklung“ genannt und durch vordringliche Reformmaßnahmen konkretisiert:

- „I. Energie effizient nutzen - Klima wirksam schützen
Drehbuch für eine zukunftsfähige Energiepolitik
- II. Mobilität sichern - Umwelt schonen
Fahrplan für neue Wege
- III. Gesund produzieren - gesund ernähren
Verbraucher als Motor für Strukturwandel
- IV. Demografischen Wandel gestalten
Neuer Übergang in den dritten Lebensabschnitt
- V. Alte Strukturen verändern - neue Ideen entwickeln
Bildungsoffensive und Hochschulreform
- VI. Innovative Unternehmen - erfolgreiche Wirtschaft
Innovation als Motor der Nachhaltigkeit
Nachhaltigkeit als Motor für Innovation
- VII. Flächeninanspruchnahme vermindern
Nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern.“

Für eine offensive Wirtschafts-, Innovations-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind hier die richtigen richtungsweisenden Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen beschrieben, die man allerdings in der Agenda 2010 vergeblich sucht.

Vor diesem Hintergrund unterstütze ich mit Nachdruck die „Sieben Thesen für die Agenda 2010“ von 32 Grünen-Politikerinnen und -Politikern aus Bundestag, Landtagen und Landesregierungen sowie deren Programm für „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung“.

Es ist wichtig, daß in einer Reform- und Innovationsagenda 2010 diese Handlungsfelder und Maßnahmenbündel zusammen umgesetzt werden.

- 4 -

Es ist richtig, daß sich nur so neue zukunftsorientierte Beschäftigung erschließen läßt. Es ist notwendig, daß ökologisch kontraproduktive Subventionen im Bundeshaushalt zügig abgebaut werden (z.B. Kohlesubventionen, Steuerbefreiung für Flugbenzin, Steuerprivilegien für den Einsatz von Erdöl in der Grundstoffchemie). Es ist richtig, daß wir zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme eine ökologisch-soziale Finanzreform brauchen. Die Ökosteu-er war entgegen propagandistischen Argumenten einiger Wirtschaftsverbände nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und beschäftigungspolitisch außerordentlich erfolgreich und hat dazu beigetragen, daß die Sozialabgaben in den Lohnnebenkosten nicht über 20% erhöht werden mußten.

Es ist richtig, daß wir den hohen Verbrauch an fossiler und atomarer Energie durch rationellen Energieverbrauch, effiziente Energiesysteme, regenerative Energien, Ingenieursverstand, intelligente Handwerkstechnik und energiesparende Dienstleistungen ersetzen müssen. Es ist richtig, daß wir einen umwelt- und sozialverträglichen Ausbau unserer Infrastrukturen brauchen, insbesondere des Personen- und mehr noch des Güterverkehrs durch Verlagerung auf die Schiene sowie die Erneuerung der Ver- und Entsorgungssysteme (Wasserversorgung und -entsorgung, Müllverbringung, Wertstoffrückgewinnung etc.). Es ist richtig, daß nur eine konsequente Förderung der Kreislaufwirtschaft langfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhält, Arbeitsplätze schafft und Ressourcen schont. Es ist richtig, daß innovative Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität (Grünräume, Lärm, Abgase, Dieselruß, Chemikalien), der Verbraucher- und Ernährungsberatung und -erziehung sowie zur strukturellen Reform des Gesundheitssystems (Prävention, Sport, Wellness, Fitness etc.) nicht nur die Kosten am wirksamsten dämpfen, sondern auch die Lebensqualität am nachhaltigsten verbessern.

Und es ist richtig, daß sich Nachhaltige Entwicklung sehr gut mit Bürokratieabbau und mehr Freiheit für Wirtschaft und Gesellschaft verbinden läßt.

Ich fordere Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auf, die Agenda 2010 um die ökologischen, sozialen und ökonomischen Innovationen zu ergänzen, die Sie selbst im Rahmen der „Perspektiven für Deutschland - der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ entwickelt und propagiert haben.

Ich fordere Sie und alle Funktionsträger in der SPD auf, die Vorschläge zur ökologischen Orientierung der 32 Grünen-Politikerinnen und -Politiker in die Agenda 2010 aufzunehmen.

Gleichlautende Schreiben habe ich an den Generalsekretär der SPD, Herrn Olaf Scholz, und den Landesvorsitzenden der SPD, Herrn Peter Strieder, gesandt.

Mit den besten Grüßen

Prof. Dr. Rolf Kreibich

*Prof. Dr. Rolf Kreibich ist seit 1981
Direktor und Geschäftsführer des
Instituts für
Zukunftsstudien und
Technologiebewertung
(ITZ) und seit 2002
Kuratoriumsvorsitzen-
der der SRzG.*



Interna SRzG Interna SRzG Interna SRzG Interna SRzG

Offenes Vorstandstreffen und Hauseinweihungsparty: Das Sommerwochenende der SRzG

vom Vorstand der SRzG

Am Wochenende vom 20.06 bis 21.06.2003 war es soweit: das lange angekündigte SRzG-Sommerwochenende stand vor der Tür. Wer konnte, kam bereits am Freitag Abend in das „International Volunteers Office“ nach Oberursel, um sich mit Stockbrot und Lagerfeuer auf das Wochenende einzustimmen.

Am Samstag begann das erste offene Vorstandstreffen dieses Jahres mit einem indianischen Begrüßungsritual. Die Tagesordnung war umfangreich. Neben dem Sachbericht über die Aktivitäten in der ersten Jahreshälfte, standen beispielsweise die Finanzplanung sowie die Arbeit der Arbeitskreise zur Diskussion und die Wahl eines Vorstandsvorsitzenden auf dem Programm.

Hier die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst:

1. Als neuen - alten Vorstandsvorsitzenden möchten wir Jörg Tremmel zu seiner Wiederwahl ohne Gegenstimmen beglückwünschen.
2. Oliver Lange wurde als neues Vorstandsmitglied aufgenommen (vgl. S. 44)



v.l.n.r.: Jörg Tremmel, Falko Maxin, Oliver Lange, Laura Memmert, Adrian Schell

3. Der Generationengerechtigkeits-Preis soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit einem breiteren potentiellen Interessentenkreis zugänglich gemacht werden.

4. Die Arbeit der Arbeitskreise soll dadurch aktiviert werden, dass einige von ihnen als thematische Jahresschwerpunkte ausgewählt werden. Zudem soll die öffentliche Präsenz der Arbeitskreise verbessert werden.

Interessierte können das Protokoll des Vorstandstreffens und damit auch die genauen Umsetzungspläne entweder telefonisch oder unter info@srzg.de anfragen.

Abend- und Abschlussveranstaltung des Vorstandstreffens bildete die Hauseinweihungsparty der neuen Büros in Oberursel. Fackellicht, Kerzenschein und ein super Buffet brachte Gäste und SRzG-Mitglieder schnell in Partylaune. Besonders über den Besuch einiger ehemaliger Praktikanten haben wir uns sehr gefreut!

Liebe Fördermitglieder: Sie sind bei jeder SRzG-Veranstaltung und ganz besonders bei Vorstandstreffen herzlich willkommen und auch wichtige Gäste! Die nächsten Vorstandstreffen sind am 24.08.2003 (Hamburg) und am 28.11.2003 (Berlin).

Freiwillige vor!

Im Rahmen des Jahres der Freiwilligen sucht die SRzG zwei junge, engagierte Menschen, die zwischen sechs Monaten und einem Jahr eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit ausüben würden. Der Freiwillige erhält kostenlos eine Wohnung und ein nicht unbeträchtliches monatliches „Taschengeld“ (je länger der Freiwilligendienst, desto höher). Außerdem erfolgt die Versicherung in der Renten- und Krankenversicherung. Für Bildungsmaßnahmen gibt es ebenfalls noch einen Zuschuss.

Ort des Freiwilligendienstes ist das prämierte „International Volunteers Office“, ein Häuschen an der grünen Lunge von Oberursel, in dem junge Menschen aus der ganzen Welt Projekte für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit organisieren und dabei interkulturelle Kompetenz erwerben.

Das Aufgabengebiet ist in erster Linie die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! Dies beinhaltet u.a. die thematische Konzeption jedes Heftes,

Auswahl und Anschreiben der Beiträger, das Lay-Out und die Leserverwaltung. Anforderungen an den/die Freiwillige/n sind: Engagement, Flexibilität, keine Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Bitte eine ausführliche Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Foto, ggf. Zeugnisse) per Post senden an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

z.Hd. Katja Heller
Postfach 5115
D-61422 Oberursel
Tel. +49-6171-982367
Fax +49-6171-952566
info@srzg.de

(Online-Bewerbungen sind willkommen, wenn sie die genannten Unterlagen in eingescannter Form enthalten)

Praktikantenstellen

Praktikumsstelle zu vergeben

Die SRzG bietet zwei bis zwölfmonatige Praktika an (ab sofort).

Aufgabenfeld: Vorbereitung von Tagungen und Seminaren, Betreuung der Fördermitglieder (Mitgliederverwaltung, Information, etc.), Erstellung von Dokumentationen, Abrechnung mit Förderinstitutionen, Sponsoring

Qualifikation: Organisationstalent, eigenständiges Arbeiten, gute Computerkenntnisse, Kontaktfreudigkeit

Leistungen: kreatives und selbständiges Arbeiten, verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Unterkunft im IVO, kleine Aufwandsentschädigung möglich

Bewerbungen bitte an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), s.o. z.Hd. Katja Heller, Adresse s.o.s

Neues Beiratsmitglied



Prof. Dr. Konrad Ott

Geboren 1959 in Bergkamen (NRW). Nach dem Studium der Philosophie und Geschichte in Frankfurt am Main promovierte er 1989 und war von 1991 bis 1993 Mitglied am Graduiertenkolleg des „Zentrums für Ethik in den Wissenschaften“ der Universität Tübingen. Seit 1997 ist Konrad Ott Professor für Umweltethik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald und außerdem Mitglied im Deutschen Rat für Landespflege und im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Zu seinen Arbeitsgebieten gehören: Allgemeine Ethik und Umweltethik, Theorien von Nachhaltigkeit, ethische Aspekte des Klimawandels, Naturschutzbegründungen, Naturschutzgeschichte und Technikfolgenabschätzung.

Neues Vorstandsmitglied



Oliver C. Lange

Ich bin 27 Jahre alt und habe an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt Wirtschaftswissenschaften studiert. Ich bin seit Oktober 2002 als Sachgebietsleiter im strategischen Marketing für Finanzdienstleistungen bei der BHW Gruppe in Hameln tätig. Bereits während meiner Studienzeit war ich bei der Jugendorganisation von Rotary International - Rotaract - engagiert und dort unter anderem als Bundesvorsitzender und Europäischer Zonen-Koordinator der Rotary New Generations Task Force des Weltpräsidenten aktiv. „Build the future with action and vision!“ Unter dieses Motto möchte ich meine Mitarbeit im Vorstand der SRzG stellen

Wenn du eine Stunde glücklich sein willst, schlafe.
Wenn du einen Tag glücklich sein willst, gehe fischen.
Wenn du eine Woche glücklich sein willst, schlachte ein Schwein und erzähle es.
Wenn du ein Jahr glücklich sein willst, habe ein Vermögen.
Wenn du ein Leben lang glücklich sein willst, liebe deine Arbeit.

Japanisches Sprichwort

und proaktiv an der Weiterentwicklung der Stiftung und ihrer wichtigen Ziele mitarbeiten.

Einen lieben Gruß und bis bald!
Oliver

Neue Mitarbeiter



Thomas Dreiling

24 Jahre. Ich studiere im fünften Semester Soziologie mit dem Schwerpunkt „Europäische Integration und globale Vergesellschaftung“ im schönen Bamberg. Meine Projekte bei der SRzG sind die Bewerbung beim Department for Public Information der Vereinten Nationen in New York, sowie die Promotion des Handbuch Generationengerechtigkeit.



Katja Heller

Ich bin 25 und absolviere ein 6-monatiges Praktikum bei der SRzG. Ich komme aus Rostock und studiere dort Erziehungswissenschaft mit der Spezialisierung Sonderpädagogik. In der Stiftung betreue ich personelle Angelegenheiten, setze mich intensiv mit der Thematik der Arbeitsgesellschaft auseinander und bereite die 11. Ausgabe der GG! zum Thema Partizipation vor.



Maik Hömke

Ich bin 22 Jahre alt und mache ein 6-monatiges Praktikum bei der SRzG. Kurz zu mir: Ich studiere in Frankfurt und Marburg Politologie, Soziologie und Philosophie. In der SRzG möchte ich Einblicke in die Stiftungsarbeit bekommen, also mein theoretisches Wissen endlich mal mit praktischen Erfahrungen ergänzen. Außerdem zeichne ich mich verantwortlich für die Buchhaltung und Mitgliederbetreuung.



Ute Hultsch

24 Jahre. Ich studiere in Dresden im Magisterstudiengang Neuere und Neueste Geschichte im Hauptfach und in den Nebenfächern Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Erziehungswissenschaft im 6. Semester. Im Augenblick habe ich Semesterferien und damit ich die Zeit sinnvoll nutzte und Erfahrungen sammeln kann, bin ich auf mein Praktikum bei der SRzG gespannt.



Tobias Kemnitzer

25 Jahre. Es war ein ungewöhnlicher Starttermin bei der SRzG (Fronleichnam) und ich träumte von einem aufregenden „Praktikums-Sommer“ in Oberursel. Zumindest ist bis jetzt vieles in Erfüllung gegangen. Langweilig ist es im „IVO-Büro“ nie: Zu meinen Aufgaben zählen unsere Präsentation bei den „Rheingauer Impulsen“, Fundraising und die neugegründete Projektgruppe „Schöner Wohnen“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, unseren - manchmal chaotischen - Stiftungsalltag so sympathisch wie möglich zu gestalten. Nebenbei beschäftige ich mich mit meiner Magisterarbeit im Fachbereich Politikwissenschaften (Universität Leipzig). Mit Blick auf die zukünftigen Themenschwerpunkte, Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz und Generationengerechtigkeit und Unternehmen, bietet die SRzG mir noch bis Herbst die Chance die eine oder andere spannende Aufgabe zu übernehmen.



Catherine Pitt

22 Jahre. Ich bin in Luxemburg geboren, habe aber die englische Staatsbürgerschaft. Ich studiere in Oxford moderne Sprachen (u.a. Deutsch). Ich interessiere mich besonders für Menschenrechte und möchte später gerne bei einer solchen Organisation arbeiten. Bis jetzt habe ich 3 Monate in Togo verbracht und auch ein Praktikum in der Menschenrechtsabteilung des Europäischen Parlament absolviert. Im Moment kümmere ich mich v.a. um die englischsprachige Version des „Handbuchs Generationengerechtigkeit“.



Kerstin Thoenes

Ich bin 22 Jahre alt und studiere Europäische Studien (Politikwissenschaft, Jura, Sprachen) in Osnabrück. Durch mein Praktikum bei der SRzG möchte ich mehr über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit erfahren und einen Einblick in die Stiftungsarbeit bekommen. Ich arbeite an den Projekten „Generationengerechtigkeits-Preis 2003/04“ sowie der Vorbereitung des Arbeitskreises „Democracy and Rights of Future Generations“ für die diesjährige European Youth Conference von YOIS in Brüssel mit. Ich freue mich auf eine interessante Zeit bei der SRzG.

Berichte

Petersburger Dialog	45
YOIS Europe Generationendialog	46
Eschborner Fachtage	46
Aachener Stiftung	47
European Connection Conference	48
Politiktest in Bayern	48

Wodka zum Mittagessen und konzentriertes Arbeiten am Nachmittag

Bericht vom 3. Petersburger Dialog, 10.-12.4.2003, von Jörg Tremmel

Vor drei Jahren erfanden Bundeskanzler Schröder und der russische Präsident Putin den Petersburger Dialog, „um den Dialog der Regierungen durch einen Dialog der Völker zu ergänzen“. Vom 10.-12.4.2003 trafen sich wieder 80 Russen und 80 Deutsche unter dem Vorsitz von Michael Gorbatschow und Peter Boenisch in Russlands ehemaliger Hauptstadt, der großen alten Dame „Sankt Petersburg“. Morbider Charme und jugendliche Aufbruchstimmung prägen heute Russlands zweitgrößte Stadt, in der im 2. Weltkrieg durch deutsche Belagerung 500.000 Bürger ums Leben gekommen waren. Die Teilnehmer waren in einem gigantischen Kasten mit typischem Ostblock-Flair, dem Pribaltiskaya Hotel, untergebracht. (Es sei denn, man gehörte zur Delegation der Wirtschaft oder zur Bild-Zeitung: Deren Vertreter quartierten sich im gediegenen Hotel Astorija ein zahlten dafür 580 € aus eigener Tasche.) Neben der Arbeitsgruppe Wirtschaft und der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft (der ich angehörte) gab es noch eine Arbeitsgruppe zu den neuen Herausforderungen im System der internationalen Sicherheit (Themen: Irak-Krieg, Terrorismus), zu Jugend- und Wissenschaftsaustausch, zur Kultur und zur Ethik des Journalismus.

Der Arbeitskreis „Zivilgesellschaft“, geleitet von der resoluten Gräfin Lambsdorff, war in Bezug auf die Teilnehmer-Zusammensetzung höchst kon-



Von Gorbatschow und Boenisch geleitetes Plenum

trastreich: Auf russischer Seite waren fast nur Abgeordnete der Duma (des russischen Parlaments) vertreten, also gar keine Vertreter der Zivilgesellschaft. Auf deutscher Seite dagegen waren mit Sven Giegold von Attac oder Peter Franck von amnesty international NGO-Vertreter benannt worden, die man gemeinhin eher als Kritiker der russischen Politik kennt. Einem vom deutschen Lenkungsausschuss benannten Teilnehmer von Greenpeace war dann auch kurzerhand das Einreisevisum verweigert worden, was im Vorfeld für erhebliche Verstimmung gesorgt hatte.

Der Referent Prof. Dr. Richard Schröder (Theologe von Humboldt-Universität und Ex-DDR-Bürgerrechtler) lieferte in unserer Arbeitsgruppe zunächst eine interessante Definition von Gesellschaft: Normalerweise bezeichnet man mit ‚Gesellschaft‘ die Zwischensphäre zwischen Staat und Individuum, in der sich Bürger gemeinsam entfalten. Nach Richard Schröder kann eine Demokratie ohne diese Sphäre totalitär werden.

„Dann dürfen zwar die Bürger ihre Regierung wählen, womöglich auch auswählen. Wenn sie sich aber nicht aufgrund gemeinsamer Interessen frei und wirksam organisieren können, wenn die unstrukturierte Summe der Individuen als bloße Masse sozusagen nackt dem Staat gegenüber steht, stehen sich Ohnmacht und Macht gegenüber.“ Martin Buber habe einmal gesagt, eine Gesellschaft sei in dem Maße human, in dem sie über Substrukturen verfügt. Zur ‚Zivilgesellschaft‘ gehören Nichtregierungsorganisationen, die Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Vereine, Stiftungen und Jugendorganisationen.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass solche Gedanken in Russland noch nicht sehr ausgeprägt sind. „Zunächst einmal braucht unser Land einen starken Staat“, meinte ein russisches Delegationsmitglied, ein ehemaliger Offizier. „Der kann

dann die Aufgaben der Zivilgesellschaft mit übernehmen“. Die zahlreichen Widersprüche, die er auch von russischen Teilnehmern erntete, zeigten, dass die Zivilgesellschaft zumindest ansatzweise auch in Russland sprießt. Man darf nicht vergessen, dass dieses Riesenreich erst seit 14 Jahren die Demokratie praktiziert. Höhepunkt des inhaltlichen Teils war eine Diskussion mit Gerhard Schröder und Wladimir Wladimirowitsch Putin, die für eine Stunde zum Petersburger Dialog dazu stießen. Die meisten Fragen drehten sich um Deutschlands und Russlands Rolle in der neuen Weltordnung nach dem Irak-Krieg. Putin, der mal wieder ohne Übersetzer auskam, bezeichnete das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland als enger denn je in der gemeinsamen Geschichte.

Von allererster Sahne war das Begleitprogramm der Veranstaltung. Scheinbar probte man an uns schon mal für die 300-Jahr-Feier. Am ersten Abend besuchten wir den Jussupow-Palais, der normalerweise für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Dort ist u.a. mit Wachfiguren die Szene nachgestellt, wie Rasputin ermordet wurde. Im Kammertheater des Palais spielten anschließend Interpreten des Mariinskij-Theaters und des Konservatoriums. Am zweiten Abend wurden uns die schönsten Ausstellungsstücke der Eremitage gezeigt, die nachts natürlich besucherleer ist. Anschließend sahen wir ein wunderbares Ballett im Theater der Eremitage.

Unnötig zu sagen, dass auch zu den Mahlzeiten stets kulinarische Köstlichkeiten kredenzt wurden. An meinem Tisch (u.a. mit Peter Boenisch, Staatssekretär a.D., und Tessen von Heydebreck, Deutsche Bank-Vorstand) versuchten die Russen uns beim ersten Mittagessen zum Wodka-Trinken zu animieren, indem sie uns mehrfach aufmunternd zuprosteten.

(weiter auf Seite 46)

(Wodka... Fortsetzung von Seite 45)

Von den deutschen Gästen wollte keiner mitmachen, was ich ziemlich unhöflich fand. Also trank ich als einziger Deutscher am Tisch (ich war ohnehin der jüngste deutsche Teilnehmer, genoss also Narrenfreiheit) kräftig mit den Russen, um pflichtschuldig meinen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten.



Blick über den Fluß von St. Petersburg: die Neva

YOIS Europe Generationendialog

Vom 25. bis zum 27. April 2003 fand in Hamburg der Generationendialog Nachhaltigkeit statt, organisiert von YOIS Europe in Kooperation mit der deutschen Gesellschaft des Club of Rome und dem HAUS RISSEN. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Europa-Woche statt, die unter dem Motto „Hamburg freut sich auf die nEUen“ stand. Dementsprechend drehte sich beim Generationendialog alles um die nachhaltige und generationengerechte Weiterentwicklung eines erweiterten Europas.

„Gemeinsam für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit“ - dies war Thema und Arbeitsauftrag zugleich. 20 junge Europäer zwischen 16 und 28 Jahren fanden sich zum Generationendialog

ein, um nach der Erarbeitung eigener Standpunkte in den Dialog und Austausch mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu treten. Zur Diskussion standen die Themen Staatsverschuldung und Sozialversicherung, Unternehmensverantwortung sowie Europäische Integration.

Die Veranstaltung wurde durch ein Eröffnungsreferat von Prof. Dr. Heinz Theisen eröffnet. In seinem Beitrag „Zukunftsvorsorge als generationenübergreifende Aufgabe“ machte er deutlich, wie wichtig die Ausgewogenheit zwischen Komplementarität und Konflikt in der Frage einer nachhaltigen Entwicklung ist und das sowohl junge als auch ältere Menschen zum Ausloten dieser Balance in allen gesellschaftlichen Bereichen beitragen müssten. Dazu sei der Dialog unerlässlich.

Am folgenden Tag begannen die Jugendlichen mit der Diskussion in ihren Arbeitsgruppen. Am Abend fand eine Podiumsdiskussion mit Dr. Jürgen Weinreich, Hauptabteilungsleiter der Hamburg-Mannheimer Sachverständigen AG und Rüdiger Kruse, Sprecher für Nachhaltige Entwicklung der CDU Bürgerchaftsfraktion Hamburg statt, die von Martin G. Viehöver moderiert wurde. Herr Prof. Dr. Dieter Birnbacher von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, konnte leider aus familiären Gründen nicht teilnehmen. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion entwickelte sich eine angeregte Diskussion zwischen den jün-

Liebe Förder-Mitglieder der SRzG,
neben der Zeitschrift informiert die SRzG zweimonatlich durch einen digitalen Newsletter über ihre Aktivitäten. Leider kommen immer wieder e-mails als >>nicht zustellbar<< zurück. Bitte teilen Sie uns unverzüglich Änderungen ihrer E-Mail mit. Wenn Sie länger als 60 Tage von uns keinen E-Newsletter erhalten haben, dann ist ihre richtige E-Mail aus irgendeinem Grund nicht bei uns im Verteiler. Schreiben Sie uns in diesem Fall bitte kurz an info@srzg.de.

Vielen Dank!

geren und älteren Gästen, die sich auch beim anschließenden Empfang im Haus RISSEN fortsetzte.

Insgesamt verlief die Veranstaltung im Haus Rissen sehr erfolgreich und eröffnete viele Möglichkeiten und Ansatzpunkte des Austausches. Da YOIS den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Entscheidungsträgern Europas und den jungen Europäern fördern möchte, erwägen wir, diese Veranstaltung in regelmäßigen Abständen zu wiederholen. Der nächste Generationendialog findet im September im Rahmen der European Youth Conference in Brüssel statt. Weitere Informationen dazu finden sich unter www.yois-erope.org.

Martin Viehöver

Eschborner Fachtage vom 17.06 - 18.06.2003:

Thema: „Zukunft gestalten: Jugend als Partner - Perspektiven schaffen, Potentiale nutzen, gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen“

von Katja Heller

Eingeladen zu den Fachtagen hatte die GTZ, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH. Sie ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit, das die Verbesserung der Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen in Entwicklungs- und Transformationsländern zum Ziel hat. In mehr als 130 Ländern des Südens und Ostens realisiert die GTZ rund 2700 Entwicklungsprojekte und -programme.

Der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen (60 bis 80%) an der Bevölkerung in den meisten Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit gab den Ausschlag für die Wahl des diesjährigen Themenschwerpunktes. Die Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren sind in den Partnerländern von strukturellen Problemen, wie

Arbeitslosigkeit, Armut, fehlendem Zugang zu Bildung und politischer Teilhabe, besonders betroffen. Andererseits sind Jugendliche durch ihren großen Anteil an der Gesamtbevölkerung perspektivisch zur wichtigsten Bevölkerungsgruppe ihrer Gesellschaft und Kultur geworden. Das Ziel der Veranstaltung war ein offener Erfahrungsaustausch, aus dem sich gemeinsame Ansätze und neue Konzepte einer zukunftsfähigen Entwicklung ergeben sollten. Circa 700 Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft sowie Expert/innen der GTZ nahmen an der Fachtagung teil.

Insgesamt eine beeindruckende Gästeliste: neben politisch sehr engagierten Jugendlichen aus verschiedenen Entwicklungs- und Transformationsländern und

aus Deutschland folgten auch Mitarbeiter großer internationaler Organisationen, wie beispielsweise der ILO, der Weltbank oder der WHO, der Einladung. Außerdem beteiligten sich Vertreter verschiedener Bundesministerien sowie von YOIS Europe.

Um so erfreulicher war denn auch die Einladung von SRzG-Mitarbeitern als Referenten zu verschiedenen Workshops. Dabei bezogen wir im Workshop „Breitenwirksame Konzepte gegen Jugendarbeitslosigkeit - Wer bleibt auf der Strecke?“ unter Beteiligung von Katja Heller auf dem Podium, Stellung.

Die Fachtagung bot neben gemeinsamen Eröffnungs- und Abschlussdiskussionen und einer beeindruckenden Abendver-

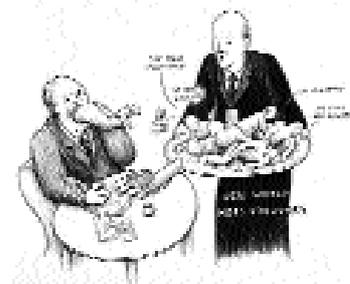
(weiter auf Seite 47)

(Eschborner... Fortsetzung von Seite 46)
anstellung insgesamt 14 (!) unterschiedlich organisierte Workshops in 4 Themenfeldern, darunter „Miteinander reden, zusammen handeln: Gerechtigkeit zwischen Generationen und Geschlechtern“ und „Bündnisse für die Zukunft: Wege zu mehr Bildung und Beschäftigung für Jugendliche“. In den einzelnen Workshops nahmen die themenspezifische Problemanalyse und die Suche nach neuen Lösungsmöglichkeiten sowie die Vorstellung bereits laufender Programme und Projekte der GTZ innerhalb ihres nationalen Rahmens und deren Grenzen einen zentralen Platz ein. Dabei spielte die Frage nach dem Einfluss von staatlichen Regelungen, marktwirtschaftlichen Lösungen und internationalen Konven-

tionen als Steuerungsinstrumente eine besondere Rolle. Ein Mammutprogramm für diese 2 Tage und dementsprechend kurz kamen Austausch und Diskussion in den Workshops. Vorträge und Beiträge konnten nur durch rigides Zeitmanagement unter einen Hut gebracht werden. Schade, da so häufig die inhaltliche Tiefe zugunsten der Breite der Informationen auf der Strecke blieb. Außerhalb der Arbeitskreise und insbesondere während der Abendveranstaltung blieb allerdings ausreichend Zeit zum Knüpfen und Pflegen von Kontakten.

Was bleibt als Ergebnis dieser beiden Fachtage? Zum einen sicherlich der Wunsch, dass das Thema Jugend nicht nur im Jahr 2003 ein Schwerpunkt inhaltlicher Arbeit ist, sondern auch in Zukunft

die ihm gebührende Aufmerksamkeit bekommt. Sicherlich gab es für jeden Teilnehmer und Referenten Informationen über bis dato nicht bekannte Projekte, neue Arbeitsweisen und Impulse für die eigene Arbeit und eine hervorragende Möglichkeit zum „Networking“. Zudem gelang es, viele Hindernisse der Entwicklungszusammenarbeit explizit auf die Tagesordnung zu setzen und damit zur Diskussion zu stellen.



Faktor X - Ressourcen intelligenter nutzen

Internetportal der Aachener Stiftung zum Thema Dematerialisierung.

Die wichtigsten Köpfe, Beispiele und Ideen

Die Ressourcenfrage ist kein Schönwetter-Thema. Im 21. Jahrhundert stößt die Menschheit hart an ihre natürlichen Grenzen: Erdöl, Wasser und Boden. Ein globaler Verteilungskampf steht ins Haus. Beim Irak-Konflikt sind wir mitten drin.

Wenn zwischen 2010 und 2020 die Hälfte des Erdöls weltweit verbraucht sein wird, schießt der Ölpreis in die Höhe. Aber auch, wenn die Vorräte ein bisschen länger reichen. Wir dürfen das gar nicht verfeuern! - die Klimakatastrophe wäre perfekt.

Es geht nicht um die Erschöpfung einzelner Ressourcen. Sondern darum, die ökologischen Systeme des Planeten zu erhalten: die Atmosphäre, die Wälder, die Ozeane und den Boden. Und zwar für absehbare acht bis zehn Milliarden Menschen.

Ein Mitteleuropäer verbraucht etwa 75 Tonnen Natur im Jahr, ohne Wasser. Ein Vietnameser dagegen nur zwei Tonnen. Die wirtschaftliche Aufholjagd der Chinesen, der Inder, der Südamerikaner lässt den Ressourcenverbrauch gewaltig anschwellen, die Eingriffe in die Natur werden immer tiefer. Niemand weiß, wann die ökologischen Systeme kollabieren. Die Warnsignale sind nicht zu übersehen: beim Klima, bei der Überfischung der Meere, beim Raubbau an den tropischen Regenwäldern.

Das Gegenrezept heißt: Dematerialisierung, mehr Wohlstand aus einer Tonne Öl, aus einem Kilogramm Stahl oder Papier - Ressourcen intelligenter nutzen. Der Ansatz, wie er seit zehn Jahren mit den Namen Friedrich Schmidt-Bleek und Ernst Ulrich von Weizsäcker verbunden ist. Ob Faktor 4, Faktor 10 oder mehr - die Ressourceneffizienz muss radikal gesteigert werden. Wir nennen es Faktor X.

Noch gar nicht so lange her, da füllten Rechenmaschinen ganze Räume; heute leistet jeder Laptop ein Vielfaches. Nur: Millionen PC fressen mehr Ressourcen als ein paar hundert Großrechner - der Bumerangeffekt. Die Dematerialisierung muss gestaltet werden! Nur bei sinnvollen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird sie ihre Stärken entfalten: angemessenen Wohlstand in Nord und Süd, den Funktionserhalt der Ökosphäre; und wenn es gelingt, Ressourcen statt Arbeit zu besteuern, werden erhebliche Beschäftigungseffekte möglich - also win-win-win.

Die Dematerialisierung ist kein Allheilmittel, aber ein notwendiger Bestandteil jeder Nachhaltigkeitsstrategie. www.faktor-x.de, das Portal der Aachener Stiftung Kathy Beys, spiegelt die Diskussion in ihrer gesamten Breite: technisch, wirtschaftlich und politisch, dabei durchaus kontrovers. Und auf eine jour-

nalistische Weise: die besten Köpfe, die interessantesten Ideen und Beispiele. Das Portal zeigt bildhaft die wichtigsten Zusammenhänge und führt zur vertiefenden Diskussion im Internet.

Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftslenker wie Braungart, Elkington, Flatz, Fussler, Halls, Lovins, Schmidt-Bleek, Schwartz, Stahel, von Weizsäcker und Yamamoto, kommen im Interview zu Wort. Vom kommenden Herbst an auch hörbar, dann wird das Portal um Audio-Files ergänzt.

Die Dematerialisierung wird von der Weltbank, der OECD, der Europäischen Union und von einer Reihe Ländern, darunter Deutschland, Österreich, und Japan, unterstützt. Ressourceneffizienz ist bereits ein gutes Geschäft. Die Chancen sind gar nicht zu unterschätzen. Japans Strategie zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht direkt auf die Faktor 10-Konzeption zurück. Nur dematerialisierte Produkte und Dienstleistungen werden auf den Märkten der Welt in Zukunft eine Chance haben.

„Kleine Gelegenheiten bilden oft den Anfang großer Unternehmungen.“

Demosthenes

Politiktest Bayern 2003

Ismaning bei München im August 2003.

Am heißesten Wochendende des Jahres schlugen wir - Romy Kinkel, Tobias Kemnitzer und Florian Boettcher von der SRzG - uns über die Felder von unserem Hotel zur etwa 20 Minuten entfernt liegenden Waldorfschule durch. Hier hat YOIS Deutschland für 3 Tage (8. bis 10. August 2003) sein Quartier aufgeschlagen, um im Rahmen des „Politiktest Bayern 2003“ die Regierungsprogramme für die Landtagswahlen am 21. September im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zu untersuchen. Die Erarbeitung von Kriterien für eine nachhaltige und generationengerechte Politik ist ein relativ schwieriges Unterfangen, weil hier oft ideologische Standpunkte aufeinanderprallen. Das Ergebnis des Politiktestes war ebenso eindeutig wie ernüchternd: ob in der

Bildungs-, Jugend-, Umwelt- oder Finanzpolitik - keines der Wahlprogramme genügt den aufgestellten Anforderungen. Erschreckend ist das Abschneiden der Regierungspartei CSU, die in den Bereichen Umwelt- und Jugendpolitik in keiner Weise den Bedürfnissen kommender Generationen gerecht wird.

Ein wenig besser sieht das Ergebnis der SPD aus, was jedoch nicht darüber hinweg täuschen kann, dass ihre Vorstellungen zur Finanzpolitik vollkommen kurz-sichtig, wenn nicht gar überholt sind.

Einzig Bündnis '90/Die Grünen kommen unseren Vorstellungen von Nachhaltigkeit etwas näher, wenngleich ihr Programm zu einem Großteil aus wenig konkreten Absichtserklärungen besteht.

Auch die ernüchternden Ergebnisse und die fast schon unerträgliche Hitze konnten der Motivation der - leider sehr überschaubaren - Teilnehmergruppe keinen Abbruch tun, was wohl an den guten Tagungsbedingungen lag.

Das komfortable Telekom-Tagungshotel,

ausgezeichnetes Essen in der Waldorfschule sowie die Diskussion mit Thomas Goppel (CSU), Franz Mageth (SPD) und Margarete Bause (B'90/Die Grünen) waren beinahe optimale Voraussetzungen für eine gelungene Veranstaltung.

Den Spaß verderben konnte einem zeitweise eine Handvoll von Diskutanten, die sich sowohl in den Arbeitsgruppen als auch bei der Diskussion mit den Politikern, durch fehlenden Sachverstand und ideologische Engstirnigkeit auszeichneten. Es sollte jedem bei einem so parteiübergreifenden Thema wie Generationengerechtigkeit gelingen, ein gewisses Maß an Objektivität an den Tag zu legen und Argumente nicht nur nach der jeweiligen Parteizugehörigkeit zu bewerten. Eine Chance, den Politiktest (vielleicht unter besseren klimatischen Bedingungen) kennen zu lernen, bietet sich vom 30.04. bis zum 02.05.2004 in Hamburg, wenn anlässlich der Europawahl erneut die Programme der Parteien getestet werden.

Florian Boettcher

European Connection Conference 2003 in Maastricht

Die 2. „European Connection Conference“ der Model European Union Foundation widmete sich dieses Jahr dem Thema:

„Global Governance: Is the European Union a model for the world?“

Europa kann auf eine beeindruckende Entwicklung in den letzten 50 Jahren zurückblicken. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs haben sich die Europäer in vielen kleinen und größeren Integrationsschritten zur Europäischen Union zusammengefunden. Der europäische Binnenmarkt sowie die gemeinsame

Währung Euro sind nur zwei Beispiele für diese Entwicklung. Auch Europas Rolle als politische Macht in der Internationalen Politik hat an Bedeutung gewonnen.

Der Erfolg dieses Zusammenschlusses, der Europa eine lange Friedenszeit mit stetig steigendem Wohlstand beschert hat, übt eine ungeheure Anziehungskraft auf viele Staaten Mittelost- und Südosteuropas aus: Mitte 2004 soll die EU um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern erweitert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Staaten in Zukunft den Beitritt zur Union beantragen werden. Angesichts dieser Erfolge haben sich auf dieser Konferenz engagierte Studenten aus ganz Europa getroffen, um die Modellfähigkeit Europas in verschiede-

nen Dimensionen zu überprüfen. Es gab verschiedene Workshops, die das Thema aus ökonomischer, ökologischer und kultureller Sicht betrachtet haben.

Neben den Workshops gab es noch ein buntes Rahmenprogramm mit vielen interessanten Rednern, wie z.B. der EU Kommissar für Entwicklungshilfe Mr. Poul Nielson, Prof. Dr. Dr. F.J. Radermacher und Prof. Dr. J. Pelkmans, dem Leiter des Europa Kollegs in Brüssel.

Eine insgesamt sehr gelungene Veranstaltung, die Appetit auf mehr gemacht hat. Weitere Informationen über die MEU Foundation und die European Connection Conference finden Sie unter: www.meufoundation.or

Stavros Antoniou (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen)

Auftritte der SRzG

Zwischen 1997 und 2003 nahmen der Geschäftsführer Jörg Tremmel und weitere Vorstände sowie Mitarbeiter der SRzG an mehr als 170 Veranstaltungen als Redner, Vortragende, Diskutanten einer Podiumsdiskussion, Talkshow-Teilnehmer, Workshopleiter etc. teil. Eine Gesamtliste findet sich unter www.srzg.de (Publikationen, Reden). Hier unsere letzten Auftritte:

04. April 2003

Jusos Zukunftskongress: „Generationengerechtigkeit heute - Politik der nächsten Generation“

Wie kann Politik von und für die junge Generation gestaltet werden? Dieser Frage wurde auf dem Zukunftskongress nachgegangen. Geschäftsführer Jörg Tremmel stand als Referent zur Thematik: „Zukunftsinvestition trifft Schuldenabbau - Junge Finanzpolitik“ zur Verfügung.

25. - 27. April 2003

DIW Berlin

Jörg Tremmel besuchte den 2-tägigen Expertenworkshop zu: „Intergenerational Justice and Sustainability - Economic Theory and Measurement“. In Diskussionsrunden und mit Hilfe hochkarätiger Vorträge stand die ökonomische Nachhaltigkeitsforschung in Deutschland und ihr Beitrag zur Generationengerechtigkeit zur Debatte.

17. - 18. Juni 2003

Eschborner Fachtag: „Zukunft gestalten - Jugend als Partner“ Siehe die ausführliche Darstellung von Katja Hellers Auftritt in der Rubrik Berichte.

03. Juli 2003

Für die Diplomarbeit „Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie“ wurde Jörg Tremmel mit dem Proc-

tor & Gamble-Preis - einem Förderpreis für Diplomarbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes - ausgezeichnet.

18. Juli 2003

Vor 25 Mitgliedern von Bündnis90/Die Grünen in Fürth spricht Jörg Tremmel zum Thema Generationengerechtigkeit.

Weitere Auftritte in der Rubrik Berichte

Jede Zeit hat ihre Aufgabe und durch die Lösung derselben rückt die Menschheit weiter.

Heinrich Heine

30.08. - 12.09.2003

Rally of Youth: „Cycling for the Future of Europe

Im August ist es wieder soweit! Nach drei erfolgreichen Jugendrallys begeben sich auch in diesem Jahr wieder 25 Jugendliche unter dem Motto „Better Life for young Europeans“ auf den Weg durch Europa.

Im Fokus der Auseinandersetzung stehen insbesondere die EU-Verfassung und die Osterweiterung.

Vom 28.08. bis zum 12.09. werden die Teilnehmer mit dem Fahrrad von Paris über Strassburg, Saarbrücken, Luxemburg nach Brüssel radeln. In den Städten, die sie passieren, treten sie mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft in Kontakt, um mit ihnen über Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu diskutieren. Ebenso werden sie, z.B. mit Hilfe von Fragebögen den Dialog mit der lokalen Bevölkerung suchen.

Wer Lust hat Wegbegleiter dieses beispielhaften Projekts zu sein, kann sich unter www.yois-europe.org direkt anmelden.

16.09. - 21.09.2003

European Youth Conference:

„Intergenerational contracts for sustainability - jointly building a better future for the European Union.

Unter der Schirmherrschaft von Pat Cox - Präsident des Europäischen Parlaments

Die European Youth Conference 2003 findet vom 16. bis zum 21. September in Brüssel statt. Unter dem Titel „Intergenerational Contracts for Sustainability - Building jointly a better future for the European Union“ werden sich 100 Jugendliche in Brüssel zusammen finden, um sich in verschiedenen Workshops und aus unterschiedlichen Perspektiven mit Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu befassen, natürlich immer mit dem Blick auf die nachhaltige Umgestaltung und Weiterentwicklung Europas. Im Rahmen der Konferenz sind vielfältige Workshops von nachhaltiger Landwirtschaft, Klimaschutz, nachhaltiger Unternehmensentwicklung, finanzieller Nachhaltigkeit, Bildung u. v. m. geplant.

In den Workshops werden Resolutionen erarbeitet, die am 19. September im Rahmen des Generationendialogs und einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Stellvertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft diskutiert werden.

Interessierte können sich online unter www.yois-europe.org zu der Konferenz anmelden.

14.10. - 20.10.2003

Sozialkongress 10 Jahre Netzwerke in Düsseldorf

Inhalt: Gelebte Kooperation und Vernetzung ist für Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren seit 10 Jahren kein Fremdwort mehr: In den Netzwerken engagieren sie sich bürgerschaftlich und treffen soziale Vorsorge für ihr eigenes Leben im Alter. Die Diakonie in Düsseldorf nimmt das Jubiläum zum Anlass, die Arbeit der Netzwerke mit einem Sozialkongress zu würdigen. Für die Festveranstaltung am Montag, 20. Oktober, konnte unter anderem Prof. Dr. Rita Süßmuth als Festrednerin gewonnen werden.

Wann/Wo: 14.-20.10.2003 in Düsseldorf

Info: Gabriele Winter, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, Lenastraße 41, D-40470 Düsseldorf, Tel: +49 211/63 98-299, Fax: +49

211/63 98-299

E-Mail: gwinter@dw-rheinland.de

19. - 24.10.2003

3. Elmauer Jugenddialog

Inhalt: „Generationenvertrag und Gerechtigkeitslücke - ein ungeklärtes Verhältnis“ Unter diesem Motto steht das 3. Begegnungstreffen im Schloss Elmau, zu dem junge Menschen zum interessen- und schichtübergreifenden Gespräch zusammenkommen.

Teilnehmer dieses jährlichen Treffens sind zwanzig engagierte Jugendliche zwischen 17 und 27 Jahren, die sich durch Eigenschaften wie Zivilcourage, soziales Engagement oder Leistungs- und Innovationsbereitschaft ausgezeichnet haben.

Wann: 19. - 24.10.2003

Wer: Freundeskreis Elmau e.V.

Wo: Schloss Elmau

82493 Elmau / Oberbayern, Tel: +49 88 23/ 18-0

24. - 25.10.2003

Evangelische Sozialakademie Friedewald

Inhalt: In Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung veranstaltet die Evangelische Sozialakademie Friedewald eine Tagung zum Thema „Generationengerechtes Deutschland entwickeln - der demographische Wandel und die Arbeitswelt“. Im Rahmen dieser Tagung sollen Veränderungen, die durch die Bevölkerungsalterung bedingt sind, diskutiert und Schlussfolgerungen für den Umgang der Geschlechter untereinander, für den Umgang mit Migration sowie für mögliche Handlungsperspektiven gezogen werden.

den.

Wann: 24. - 25.10.2003

Wo: Schloss Friedewald

Info: Frank-Dieter Fischbach, Evangelische Sozialakademie Friedewald, Schlossstraße2, D-57520 Friedewald, Tel: +492743-9236-0, Fax: +492743-9236-11 E-Mail: ev.sozailakademie@t-online.de

31.10.2003

Rheingauer Impulse

Inhalt: Die Rheingauer Impulse auf Schloss Johannesberg, zu denen Ministerpräsident Roland Koch persönlich lädt, stellen sich der brisanten Thematik: „Hilfe wir schrumpfen! Die Gesellschaft im demographischen Wandel - Prognosen und Handlungsoptionen“. Auf Einladung der hessischen Staatskanzlei erhält die SRzG die Möglichkeit die Arbeit der Stiftung im Rahmen dieser Veranstaltung zu präsentieren.

14.-15.11.2003

Dialog der Generationen

Inhalt: Die nunmehr 38. gesamtdeutsche Tagung, organisiert und durchgeführt von der Aktion Gemeinsinn e.V., stellt sich dieses Jahr folgendem Thema: „Sprengsätze für Generationenkonflikte und neue Wege zur Konsensbildung“. Dazu sind Vertreter aller Generationen geladen. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich unter anderem mit: Alt und/oder Jung in Betrieben und am Arbeitsmarkt sowie die demographische Entwicklung und unser Sozialversicherungssystem. In einer Abschlussdiskussion sollen die gewonnenen Einsichten zusammengeführt werden. **Die Reisekosten werden auf Antrag erstattet.** Anmeldungen und Reisekostenanträge bitte richten an Prof. Dr. Christoph Schweitzer, Aktion Gemeinsinn e.V., Am Hofgarten 10, 53113 Bonn, info@gemeinsinn.de, Tel: +49228/222306, Fax: +49228/219409, www.gemeinsinn.de

Wann: 14. - 15.11.2003

Wann: Japanisches Bildungszentrum in Wipperfürth

14.11.2003

1. Internationaler Bodensee-Jugendgipfel

Weil es für morgen gut ist

Jugend jetzt einmal hergehört: Ihr habt die Möglichkeit, selbst eure Zukunft mitzugestalten und eure Wünsche und Ideen dazu einzubringen, vorausgesetzt ihr seid aus der Bodenseeregion. Wie? Am 14. November 2003 veranstaltet die Internationale Bodensee-Konferenz im Rahmen ihres Projekts Bodensee Agenda 21 den ersten internationalen Bodensee-Jugendgipfel. Bereits im Vorfeld wird eine Deklaration an die Politik erarbeitet, die an diesem Tag im November in die aktuelle

(Termine... Fortsetzung von Seite 49)

Veranstaltung eingebracht wird. Zudem besteht auf dem Gipfel die Möglichkeit, mit führenden Politikern der Region ins Gespräch zu kommen.

Auf einem Markt der Möglichkeiten werden Projekte und interessante Ansätze zum Thema „Nachhaltigkeit - Ökologie, Ökonomie, Soziales“ vorgestellt.

Wann: 14.11.2003

Info: Ulrike Kessler, Bodensee-Jugendgipfel, Fon: 07071/7573221,

eMail: ulrike.kessler@rpt.bwl.de

19.02.2004

Der Wert des Menschen im Unternehmen?

„Auch wenn man nur Mitarbeiter ruft, so

kommen doch immer Menschen“, hat Max Frisch festgestellt. Welchen Wert aber wird diesen Menschen in Unternehmen beigemessen? Sind es in erster Linie Kostenfaktoren, die es zu reduzieren gilt? Oder ist es möglich, Mitarbeitern auch jenseits des ökonomischen Humankapitals einen eigenen Wert zuzuordnen? Gerade in unserer Zeit des Wandels und der Rezession, in der Meldungen über Entlassungen an der Tagesordnung sind, ist die Frage nach dem vorherrschenden Menschenbild im Unternehmen und dessen unternehmensethischen Werten von besonderer Bedeutung, sowohl für die Entwicklung einer wünschenswerten Gesellschaft, als auch für die Entwicklung eines nachhaltigen Unternehmens-Wertes.

Wer: Wirtschaftsunioren Kaiserslautern in

Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Pfalz mit den Wirtschaftsunioren Deutschlands

Wann: 19.02.2004, 19.00-21.00 Uhr

Wo: IHK Kaiserslautern

Info: Heike Rottmann, IHK

Dienstleistungszentrum Kaiserslautern, Europaallee 14, 67657 K'lautern, Tel:

0631/30312-13, Fax: -14,

heike.rottmann@pfalz.ihk24.de, www.wjd.de

Anita Jäger, Evangelische Akademie der Pfalz, Speyer, Domplatz 5, 67346 Speyer.

Tel.: 06232 / 6020-0, Fax: 06232/6020-22, ea-pfalz@t-online.de, www.evangelische-akademie-pfalz.de

Kongress Unternehmen und Generationengerechtigkeit

Preisverleihung in der Evangelischen Akademie im Taunus

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus... Als Höhepunkt ihres zweijährigen Themenschwerpunktes plant die SRzG mit verschiedenen Partnern das Symposium „Unternehmen und Generationengerechtigkeit“ im Herbst 2004 in Arnoldshain. Unternehmen sind wichtige Akteure in der Gesellschaft. Sie produzieren Waren und Dienstleistungen, um die Bedürfnisse der heutigen Generation zu erfüllen. Außerdem sind sie Arbeitgeber für heute lebende Menschen. Aber sie tragen auch Verantwortung für die kommenden Gene-

rationen. ‚Generationengerechtigkeit‘ wird nach Ansicht des Trendforschers Opaschowski zukünftig *das* Schlüsselthema unserer Gesellschaft werden. Darunter wird sowohl der Ausgleich zwischen Jung und Alt wie auch zwischen heutiger und zukünftigen Generationen verstanden.

Eine Unternehmensethik, die Generationengerechtigkeit einen zentralen Stellenwert zubilligt, ist bisher noch nicht entwickelt worden. Auf diesem bundesweit ersten Symposium zu diesem Thema erwarten die erwarteten 100 Teilnehmer interessante Vorträge von in- und ausländischen Wissenschaftlern und Praktikern, Workshops und eine Messe von Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen, die sich bereits heute um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit bemühen. Preisverleihung

Am 15.03.2004 endet die Einsendefrist für den 2. Generationengerechtigkeitspreis in Höhe

von 8.000 €, der auf dem Kongress in Arnoldshain verliehen wird. Die Zahl der Einsendungen zum Preis unter der Schirmherrschaft von Minister Clement ist bisher überschaubar. Mit dieser Ausgabe der Zeitschrift sollen Studierende und junge Wissenschaftler motiviert werden, sich dem Thema zu nähern und es z. B. als Thema der Abschlussarbeit zu wählen. Als neuer Partner konnte die Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (Journal for Business, Economics & Ethics) gewonnen werden, die den Preis promoten und die Gewinner-Arbeit in Kurzform abdrucken wird (siehe www.zfwu.de). Ihr Chefredakteur, Herr Dr. Thomas Beschoner, ergänzt die Jury.

Bei Interesse wenden Sie sich an info@srzg.de und fordern Sie die kompletten Ausschreibungsunterlagen an.

Die Bewegung für Generationengerechtigkeit soll weiter wachsen: Gründung von YOIS Landesverbänden

YOIS - Europe (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability) ist eine Jugendorganisation, die 2000 von jungen Praktikanten und Mitgliedern der SRzG gegründet wurde. Die Idee dazu wurde auf dem European Youth Congress 2000 „Our Common Future“, der parallel zur Expo in Hannover stattfand, entwickelt. YOIS versteht sich als überparteiliche Lobby für die Rechte und Interessen der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen. Mit ihren Projekten will YOIS junge Menschen bis 32 Jahre einbinden. Zum einen ist diese Generation von den Aktionen oder Versäumnissen der heutigen Entscheidungsträger am meisten betroffen, zum anderen hat sie in ihrer zukünftigen Position als Entscheidungsträger die Sache selbst in der Hand.

YOIS Deutschland wurde am 14.01.2001 in Köln als nationale Sektion des europäischen Gesamtvereins YOIS Europe gegründet. Um die Ziele von YOIS auf lokaler Ebene verfolgen zu können, sind Unterorganisationen in einzelnen Bundesländern in Planung. YOIS sucht daher Leute, die bereit sind, an der Gründung von YOIS Hessen und YOIS Baden-Württemberg mitzuwirken.

Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Euch für die Themen und Ziele von YOIS interessiert und engagieren wollt und dass Euer Hauptwohnsitz in Hessen bzw. Baden-Württemberg ist. Für weitere Informationen wendet Euch einfach an Martin-Kuge@gmx.de (Hessen) bzw. stavros_antoniou@yahoo.de (Baden-Württemberg). YOIS Bayern wurde bereits erfolgreich gegründet. HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Filmkritik

Da man nicht immer arbeiten kann, bewerten unsere GG-Redakteure für Euch aktuelle Filme:

Rezensionen von Bruce Allmächtig, Matrix 2 und Natürlich Blond 2:

<http://www.srzg.de/ubb/Forum3/HTML/000009.html>

Die empfehlenswertesten Kinos

Frankfurt:



Heidelberg:



Heidi Horlamus schreibt uns:

Herzlichen Dank für Ihre Info-Sendung zur Generationengerechtigkeit. Habe sie mit großem Interesse gelesen und ich bitte Sie, mich in den Newsletter Verteiler aufzunehmen.

Was mich sehr beschäftigt, ist die Tatsache, dass Sie bei der jungen Generation sehr wenig bekannt sind. Ich denke aufgrund der großen Probleme, die von der jungen Generation zu bewältigen sind, wäre es sicher nötig, viel mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

In Ihrem Schreiben lese ich unter Kampagne für Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung, dass Sie eine Klageschrift in dieser Angelegenheit ausarbeiten. Wie kann man da mitklagen?

Jedenfalls werde ich Ihre Informationen an meine Kinder weitergeben, denn ich finde es ist längst überfällig, dass die junge Generation sich zusammenschließt, um bei der sehr „alterskopflastigen“ (aus wahltaktischen Gründen) Politik etwas zu erreichen. Ein Umdenken ist längst nötig. Anbei zu Ihrer Information ein Brief in obiger Angelegenheit den mein Mann an die Mainpost geschrieben hat. Demnächst werde ich eine Spende an Sie überweisen.

Die SRzG antwortet: Nun, wir arbeiten daran, bekannter zu werden. (siehe auch Medienpräsenz auf S.32).

Die Klagen gegen die Rentenversicherung sind bislang alle abgelehnt worden, so dass wir nun auf politischem Weg eine generationengerechte Rentenreform zu erreichen. Und, vielen Dank für Ihre Spende! Sie hilft!

Dipl.-Kfm. Wilfried Lehmann aus Kaarst schreibt uns:

Wenn Ihre Forderungen nach Generationengerechtigkeit tatsächlich realisiert werden würden- und zwar in jeder Beziehung-, würden die heutigen Jungen in die Knie gehen. Sie wären den Gefahren, den Strapazen und den Entbehrungen gar nicht gewachsen. Warum? Weil sie i.d.R. in Elternhäusern aufwachsen konnten, die ihnen solche Dinge vom Leibe halten konnten und gehalten haben. Also, erst einmal bringen und dann fordern! Gott sei dank scheinen jetzt die Rentner aus ihrer Lethargie zu erwachen und sich bewusst zu werden, dass sie einschließlich ihrer engsten Angehörigen bei der nächsten Wahl ca. 25 Millionen Stimmen auf die Waage bringen werden.

Die SRzG antwortet: Gott sei dank fordern immer mehr Politiker deshalb eine stärkere Berücksichtigung der Stimmen der Unterachtzehnjährigen..

Chris (ohne Ortsangabe) schreibt uns:

Nachdem ich mir die SRzG-Website angeschaut habe und mir in 1 min. die groben Info's abgeholt habe, weiß ich auch: DAS wird wieder nix. Gut gemeint - schlecht umgesetzt, leider wieder mal wie so oft. Wenn ehemalige Politiker eine Stiftung unterstützen, die den Zweck haben muss, deren Tun und Handeln

ad absurdum zu führen, na was kommt dann dabei raus? Wie kann ein Bundesminister wie Wolfgang Clement, der sich als exzellenter Experte in Sachen VWL, bewiesen hat als Schirmherr über einen „Generationengerechtigkeits-Preis“ fungieren? Was macht ihr denn da? Überparteilich, politisch korrekt? Wie dem auch sei. Junge Menschen brauchen Ziele und Ideale, wenn wir in unserer Bundesrepublik Absurdistan keine anderen mehr haben, dann eben SRzG.

Die SRzG antwortet: Natürlich ist es ein Problem, sich mit „dem Establishment“ einzulassen und gleichzeitig Protestbewegung zu bleiben. Aber nur konstruktive Kritik hilft.

Denis Ullrich aus Frankfurt schreibt uns:

Reformen müssen neue Wege öffnen und nicht auf die Wiederbegehrbarkeit der eingestürzten Brücken hoffen. Außerdem kann jeder an einer solchen Grundhaltung feststellen, dass Deutschland tatsächlich absolut reformunfähig ist - alle derzeitigen Diskussionen werden wieder einmal wie eine große Seifenblase zerplatzen. Wer, um ein altes, nicht mehr funktionierendes System über seine Lebenszeit hinwegzuretten, das weitere Bevölkerungswachstum predigt, damit wir wieder mehr Einzahler in die staatlichen Kassen haben (Beispiel auch: das Kindergeld als sogenannte „Bockprämie“), der hat nichts begriffen und wird also auch nicht in der Lage sein, ein neues System zu finden, das den veränderten Funktionsgrundlagen in der Realität Rechnung trägt. Es geht um zu viel. Es geht ja nicht um irgendeinen Jugendclub - es geht um die Zukunft.

Dr. Johannes Resch aus Jockgrim schreibt uns:

Der Definition von intertemporaler (und temporaler) Generationengerechtigkeit kann ich nur uneingeschränkt zustimmen. Im Falle eines Geburtenrückgangs wird aber die Generationengerechtigkeit dann zwangsläufig verletzt, wenn Renten weiter (fast) ausschließlich im Umlageverfahren bezahlt werden. Diese Situation haben wir heute. Die Generationengerechtigkeit wird aber dann nicht verletzt, wenn das aufgrund des Geburtenrückgangs nicht benötigte Geld gespart (statt wie heute verbraucht). Kosten und Nutzen von Kindern sind ohne Schaden für die Gesellschaft nicht trennbar.

Andreas Baumbach aus Wiesbaden: schreibt uns:

Solidarität hat für mich immer bedeutet, dass ich von meinem Kuchen etwas abgebe. Wenn mir von meinem Kuchen aber mehr als die Hälfte weggenommen wird, grenzt das für mein Empfinden mehr an Diebstahl, als an Solidarität.

Die heutigen Rentner pochen immer auf ihre „Ansprüche“, die sie unter großen Ent-

behrungen erworben haben, wie auch heute in der Sendung. Das es eine große Last für die Trümmerfrauen war, Deutschland wieder aufzubauen, ist sicher wahr. Das es auch eine große Chance war, wird leider nicht erwähnt. Manchmal habe ich das Gefühl, der Generation der heute 20-jährigen bleibt nichts anderes übrig, als alles wieder kaputtzuschlagen, damit sie endlich auch Arbeit hat. Aber selbst dann haben sie nicht die Chancen, die die Nachkriegsgeneration hatte, und das liegt an den hohen Lohnnebenkosten. In den Wirtschaftswunderjahren waren die Sozialversicherungsbeiträge so niedrig, dass den Werk-tätigen weitaus mehr netto blieb. Geld, das sie auch wieder investieren konnten.

Sammeln Sie doch bitte außer Ozonloch und Radioaktivität noch ein paar andere Hinterlassenschaften der Nachkriegsgeneration, zu denen ich auch eben unser marodes Rentensystem zähle.

Ihre Idee, der Lastenverteilung (die jungen zahlen mehr, wenn die Alten gleichzeitig dieselbe Menge sparen) finde ich sehr gut und fair. Da unser Rentensystem ein System der verpennten Gelegenheiten ist, sollte man aber vorher vielleicht auch einmal ausrechnen, wann der gerechte Zeitpunkt für diese Idee gewesen wäre. Schließlich haben die Parteien sich eine zeitlang beim Buhlen um Wählerstimmen mit immer höheren Rentenerhöhungen gegenseitig überboten.

Die SRzG antwortet: Tatsächlich ist es ein strukturelles Problem, dass Politiker erstens von den Renten-Entscheidungen, die sie treffen, gar nicht selbst betroffen sind und zweitens die Folgen ihrer Entscheidungen noch Jahrzehnte später zu spüren sind (wenn die Macht längst gewechselt hat). Deshalb brauchen wir eine institutionelle Verankerung von Langfristigkeit.

Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht.

Marie von Ebner-Eschenbach

Vorschau

„Wie hängen Familien- bzw. Bevölkerungspolitik und Generationengerechtigkeit zusammen?“

Darum dreht sich alles in der nächsten Ausgabe der GG!

Wodurch unterscheiden sich Familienpolitik und Bevölkerungspolitik? Ist die gegenwärtige Familienpolitik ein Unrecht an kommenden Generationen?

Wird sich eine progressive Familienpolitik als gesellschaftliches Leitbild durchsetzen?

Freuen Sie sich auf interessante Beiträge.

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen:
 Fax - Nr. 06171/ 952566, oder per Brief:

SRzG
 Postfach 5115
 61422 Oberursel

- Antrag auf Aufnahme als Fördermitglied bei der SRzG (je nach Alter 25 / 50 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Aufnahme als Fördermitglied im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ € 25,-/€ 50,-*
- Antrag auf Fördermitgliedschaft bei der SRzG für Organisationen (75 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“
- Jahresabonnement für der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (25 € p.a.)**
 Hiermit abonniere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von €25,-
- Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS (je nach Alter 40, 50 oder 75 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability - Europe“.

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ/Ort _____
 Telefon _____ Fax _____
 e-mail _____ Geburtstag _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV oder von YOIS werden? _____

Wie haben Sie von der SRzG bzw. YOIS erfahren? _____

Förder-Mitglieder der SRzG erhalten die Zeitschrift automatisch, außerdem einen Rabatt auf alle SRzG-Publikationen (für das Handbuch 10 €) und auf alle Eintritte zu SRzG-Tagungen. Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Ein Mindestbeitrag von 25 € für Unterdreißjährige und von 50 € für Ältere ist aber obligatorisch. Juristische Personen können ebenfalls Förder-Mitglied der SRzG werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 75 € jährlich je Mitgliedschaft. Für die Jugendorganisation YOIS gilt ein Mindestbeitrag von 10 € für Unterzwanzigjährige, von 15 € für Unterdreißjährige und 25 € für Ältere. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen.

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Theorie der Generationengerechtigkeit | <input type="checkbox"/> Bildung | <input type="checkbox"/> Arbeitsgesellschaft |
| <input type="checkbox"/> Ökologie | <input type="checkbox"/> Kinderrechte | <input type="checkbox"/> Methoden der Zukunftsforschung |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> Bevölkerungsentwicklung | <input type="checkbox"/> Stadt und Raumplanung |
| <input type="checkbox"/> Staatsfinanzen | <input type="checkbox"/> Globalisierung/Global Governance | <input type="checkbox"/> Medizin/Gesundheit/Biotechnologie |

_____ Ort und Datum
 _____ Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), und/oder YOIS-Europe, meinen Förderbeitrag bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ Euro jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unsere Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

_____ Konto-Nr. _____ Ort und Name der Bank _____ Bankleitzahl

_____ Ort und Datum _____ Unterschrift

Weitere Informationen unter Tel.: 06171/982367, www.srzg.de, e-mail: info@srzg.de